



Plenarprotokoll

72. Sitzung

Freitag, 10. Oktober 2014

Berichts Antrag zur HSH Nordbank

..... 5894

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2331

Monika Heinold, Finanzministerin 5894

Wolfgang Kubicki [FDP]..... 5896

Tobias Koch [CDU]..... 5898

Thomas Rother [SPD]..... 5900

Rasmus Andresen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 5902

Torge Schmidt [PIRATEN]..... 5904

Lars Harms [SSW]..... 5905

Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 18/2321 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt..... 5906

Flächendeckende Geburtshilfe in Schleswig-Holstein nachhaltig sicherstellen 5906

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2256

Änderungsantrag der Fraktionen von
PIRATEN und FDP
Drucksache 18/2364 (neu)

Flächendeckende Geburtshilfe im Krankenhausrahmenplan fortentwickeln 5906

Änderungsantrag der Fraktionen von
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2368

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]..... 5907

Birte Pauls [SPD]..... 5908

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 5909

Anita Klahn [FDP]..... 5911

Wolfgang Dudda [PIRATEN]..... 5912

Flemming Meyer [SSW]..... 5914

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	5915	Flemming Meyer [SSW].....	5933
		Serpil Midyatli [SPD].....	5934
Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 18/2256 und 18/2364 (neu) sowie des Änderungsantrags Drucksache 18/2368 als selbstständigen Antrag an den Sozialausschuss.....	5916	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	5935
Ehrenamt in Schleswig-Holstein stärken - Ehrenamtskarte attraktiver gestalten	5916	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2324 2. Annahme des für selbstständig erklärten Antrags Drucksache 18/2369.....	5936
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2281		Landesweit einheitliche Standards für Entwicklungsberichte von Kompetenzen in Grundschulen	5936
Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	5917	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2212	
Beate Raudies [SPD].....	5918	Zeugnisnoten in Kombination mit Lernentwicklungsberichten sind eine bereichernde Chance für alle	5937
Petra Nicolaisen [CDU].....	5919	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 18/2257 (neu)	
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5920	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 18/2328	
Anita Klahn [FDP].....	5922	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 18/2363	
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	5923	Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Berichterstatterin.....	5937
Flemming Meyer [SSW].....	5924	Sven Krumbek [PIRATEN].....	5937
Peter Eichstädt [SPD].....	5925	Heike Franzen [CDU].....	5938, 5946
Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	5926	Kai Vogel [SPD].....	5939
Verwaltungsabkommen zu Frauenhäusern auch auf andere Bundesländer ausweiten	5926	Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5941, 5947
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2324		Anita Klahn [FDP].....	5942
Kooperation der Bundesländer bei der Frauenhausfinanzierung vereinfachen	5926	Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	5944
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2369		Martin Habersaat [SPD].....	5945
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	5926	Tobias Koch [CDU].....	5947
Simone Lange [SPD].....	5927	Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung.....	5950
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5928	Beschluss: 1. Ablehnung der Änderungsanträge Drucksachen 18/2257 (neu) und 18/2363 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/2212 in der Fassung der Drucksache 18/2328.....	5952
Anita Klahn [FDP].....	5929		
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	5932		

Mobilität für Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein	5952	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2283	
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2161		Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	5954
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	5952		
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	5953	Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags	5954
Wahl der Mitglieder des Landtags für den Wahlkreisausschuss	5953	Drucksache 18/2350	
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2333 (neu)		Beschluss: Annahme.....	5954
Beschluss: Annahme.....	5953	Mobilität für Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein	5955
Sicherstellungszuschlag für kleine Grundschulstandorte	5953	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2161	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/2322		Volker Dornquast [CDU].....	5955
Grundschulstandorte in ihrer Existenz sichern und stärken	5953	Kai Vogel [SPD].....	5956
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2362		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5957
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/2322 sowie des Änderungsantrags Drucksache 18/2362 als selbstständigen Antrag an den Bildungsausschuss.....	5954	Christopher Vogt [FDP].....	5957
Lehrereinstellungsbedarf und Lehrereinstellungsangebote sowie Lehrerausbildungskapazitäten an den lehrerbildenden Universitäten in Schleswig-Holstein	5954	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	5958
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2282			
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....	5954		
Novellierung des Rettungsdienstgesetzes	5954		

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sitzung und wünsche Ihnen allen einen wunderschönen guten Morgen.

Heute sind erkrankt die Damen und Herren Abgeordneten Barbara Ostmeier, Hauke Götsch und Jens-Christian Magnussen. - Wir wünschen ihnen an dieser Stelle gute Besserung!

(Beifall)

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Grund- und Gemeinschaftsschule Pönitz und der Gemeinschaftsschule Kronshagen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Berichtsantrag zur HSH Nordbank

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2331

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig. Dann haben wir so beschlossen, und ich erteile für die Landesregierung der Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf den Antrag der FDP eingehe, möchte ich zwei aktuelle Dinge vorwegschicken.

Erstens. Ich freue mich, dass es gelungen ist, mit Herrn Dr. Philipp Nimmermann einen Staatssekretär zu gewinnen, der reichlich Erfahrung aus dem Bankensektor mitbringt.

(Beifall)

Damit ist sichergestellt, dass wir auch zukünftig einen kompetenten Vertreter unseres Landes im Aufsichtsrat der HSH Nordbank haben werden.

Zweitens. Wie Sie den Medien sicherlich entnommen haben, ist die **HSH Nordbank** erneut von ihrer Vergangenheit eingeholt worden. 2007 hat sie

(Ministerin Monika Heinold)

ein mehr als fragwürdiges Geschäft mit den **Stadtwerken Kiel** abgeschlossen. Ein rechtliches Schlupfloch wurde genutzt, um den Kieler Stadtwerken ein Steuersparmodell zu ermöglichen. Diese Form der Geschäftspolitik ist insbesondere für ein öffentlich-rechtliches Unternehmen nicht akzeptabel.

(Beifall)

Deshalb begrüße ich, dass die Bank ihre Vergangenheit aufarbeitet, und ich erwarte, dass sie dies auch zukünftig in voller Transparenz tut.

Nun zum **Antrag** der **FDP**, die einen mündlichen Bericht über die aktuellen Entwicklungen bei der HSH Nordbank, insbesondere über das Beihilfverfahren der EU-Kommission sowie den EZB-Stresstest, fordert. Außerdem soll dargestellt werden, welche Auswirkungen sich für den Landeshaushalt ergeben. Anschließend möge ich eine Aussage des Vorstands bewerten. Dies will ich gern tun.

Meine Damen und Herren, die **Europäische Zentralbank** prüft zurzeit systemrelevante Institute auf Herz und Nieren, bevor sie am 4. November 2014 die Aufsicht über diese übernimmt. Beim Asset Quality Review beleuchtet die EZB die wichtigsten Aktiva in den Bilanzen.

Beim **Stresstest** geht es darum, die Widerstandsfähigkeit der Banken in ungünstigen wirtschaftlichen Szenarien zu überprüfen. Die Regeln für den Stresstest sind klar. Wird bei einer Bank eine Kapitallücke festgestellt, muss sie einen Kapitalplan vorlegen, aus dem hervorgeht, wie die Lücke geschlossen wird. Die Ergebnisse werden aller Voraussicht nach am 26. Oktober 2014 bekannt gegeben. An Spekulationen über den Ausgang des noch laufenden Verfahrens werden wir uns als Anteilseigner nicht beteiligen.

Meine Damen und Herren, nach der Wiedererhöhung der Zweitverlustgarantie von 7 Milliarden € auf die bereits 2009 genehmigten 10 Milliarden € durch die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein lag die harte **Kernkapitalquote** mit Stand 30. Juni 2014 bei 12,8 % inklusive Garantiepuffer, wobei die aktuell gültigen Übergangsbestimmungen zu Basel III berücksichtigt sind.

Die Genehmigung steht, wie Sie wissen, noch aus. Im laufenden Beihilfverfahren der EU-Kommission zur Wiedererhöhung der Garantie muss die Bank beweisen, dass ihr neues Geschäftsmodell langfristig greift. Für die HSH Nordbank ist der Stresstest deshalb nur ein Teil der Herausforderung, die sie meistern muss. Sollte es durch den Stresstest zu-

sätzliche negative Auswirkungen geben, hätte dies ebenfalls Rückwirkungen auf das **Beihilfverfahren**, weil jede Form einer zusätzlichen Stärkung der Bank durch die Länder beihilferelevant wäre. Aktuell rechnet die Landesregierung mit einem Abschluss des bereits laufenden Beihilfverfahrens im ersten Quartal 2015. Bank und Länder stehen weiterhin in konstruktivem Austausch mit der Kommission.

Meine Damen und Herren, kommen wir nun auf die Auswirkungen der aktuellen Herausforderungen auf den **Landeshaushalt** zu sprechen. Die Landesregierung berichtet seit 2009 regelmäßig auf Basis aktualisierter Planungen der Garantiegeberin hsh finanzfonds AöR darüber, wie sich die Entwicklung der HSH Nordbank auf den Landeshaushalt auswirkt. Dabei handelt es sich immer nur um eine Momentaufnahme. Zum heutigen Stand geht die Bank davon aus, dass die Beanspruchung der Garantie 2019 bis 2025 1,6 Milliarden € umfassen wird. Dem stehen jährliche Einnahmen aus Garantiegebühren der HSH von derzeit 400 Millionen € gegenüber. Aktuell plant die hsh finanzfonds AöR, die Abrechnung aus der Garantie ohne Rückgriff auf die Länderhaushalte zu stemmen. Ob diese Planungen nach Abschluss der EZB-Prüfung aktualisiert werden müssen, wissen wir frühestens Ende Oktober.

Auf jeden Fall lässt sich sagen: Die HSH Nordbank ist nach wie vor das größte Haushaltsrisiko unseres Landes. Seien Sie sich deshalb sicher, dass wir uns auf allen Ebenen für unsere Bank einsetzen. Es gibt Gespräche mit dem Bundesfinanzministerium, der deutschen Bankenaufsicht, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission. Dort machen wir deutlich, wie sensibel die Situation für die Länder ist.

Bleibt die Bitte der FDP, ich solle das Zitat des HSH-Vorstandsvorsitzenden bewerten. Er wurde angesichts des letzten Halbjahresergebnisses in der „Welt“ mit folgendem Satz zitiert:

„Wir werden stetig besser, und wir haben ein stabiles Geschäftsmodell.“

Meine Damen und Herren, ein Vorstand, der in der jetzigen schwierigen Lage Pessimismus verbreiten würde, wäre kein guter Vorstand.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Bank weiß, dass sie schwer an ihren Altlasten trägt. Dass sie stolz darauf ist, dass es dennoch gelungen ist, das neue Geschäft zum 30. Juni 2014 im

(Ministerin Monika Heinold)

Vergleich zum Vorjahreszeitraum um zwei Drittel zu steigern und das Ergebnis vor Steuern von 137 Millionen € auf 432 Millionen € zu erhöhen, finde ich selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, die umfassende Prüfung der EZB mit ihren Bestandteilen AQR und Stresstest läuft noch. Die Ergebnisse werden - wie gesagt - voraussichtlich Ende Oktober 2014 vorliegen. Ich biete dem Finanz- und Beteiligungsausschuss an, wie bisher zeitnah und transparent zu informieren. Nicht Alternativlosigkeit, sondern rationale Entscheidung im Interesse des Landes müssen und werden für uns auch zukünftig die Leitlinie sein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki das Wort. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Frau Ministerin! Herzlichen Dank für Ihren Bericht. Zunächst einmal beglückwünsche ich Sie auch im Namen der FDP-Fraktion zu der herausragend guten Auswahl Ihres Staatssekretärs. Ich hoffe, er wird sein Amt antreten trotz der Debatte, die gestern Morgen über die Fragen von möglichen Karenzzeiten geführt worden ist.

(Zuruf)

- Das hoffe ich wirklich. Man kann jemanden, der mit großem Sachverstand aus der Wirtschaft kommt, nicht gerade einfach dafür begeistern, in Schleswig-Holstein aktiv zu werden. Jedenfalls ist es eine gute Wahl, und wir können uns darüber sehr freuen.

Anlass unseres Antrags war nicht nur die Halbjahrespressekonferenz, sondern die Besorgnis, dass **Informationen**, die **von der Bank** gegeben werden, mit der Wirklichkeit nur graduell in Übereinstimmung zu bringen sind. Wir - Sie und ich gemeinsam - kennen seit 2008 die regelmäßigen Erklärungen des Vorstands der Bank über die Situation, die zum Halbjahrestermin immer sehr optimistisch sind und sich am Ende des Jahres in das genaue Gegenteil verkehrt haben.

So, wie wir auch immer von besorgten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angesprochen werden, wie

es weitergeht - nicht nur bei der Provinzial, sondern auch bei der HSH Nordbank -, müssen wir uns Gedanken darüber machen, was Informationen und Aussagen des ehemaligen Wirtschaftsministers des Landes Schleswig-Holstein, **Werner Marnette**, bedeuten, der auch an den Entscheidungen der HSH Nordbank mitgewirkt hat, ob zugunsten oder zulasten. Denn entgegen der Aussage des Vorstands hat er öffentlich erklärt und uns wahrscheinlich allen seine Einschätzung der Qualitäten des Kollegen Koch - das will ich jetzt nicht weiter rühmen - zur HSH Nordbank zugeleitet. Er kommt zu dem Ergebnis - ich muss sagen, die Analyse der vorgelegten Bilanz lässt einiges in dieser Richtung als zutreffend vermuten -, dass die Ertragskraft der Bank weiter rückläufig sei und dem Trend der letzten Jahre folge. Das Geschäftsmodell - sagt er - sei nicht tragfähig.

Die positiven Ergebnisse im ersten Halbjahr 2014 432 Millionen € und im ersten Quartal 344 Millionen € seien ausschließlich auf rechnerische Effekte aus den Ländergarantien, die Reduktion der Risikovorsorgefonds und den Verzicht der Länder infolge der Kapitalschutzklausel zurückzuführen. Ohne diese **rechnerischen Effekte** - das war eigentlich Gegenstand unserer Frage - müsste die Bank per 30. Juni 2014 statt eines Gewinns einen Verlust von über 150 Millionen € ausweisen. Das ist eine durchaus signifikante Differenz zu dem, was öffentlich kommuniziert worden ist. Und: Die Bank kann die von der Bankenaufsicht geforderte harte Kernkapitalquote von 10 % nicht mehr erfüllen.

Er schreibt dazu:

„Nur deshalb darf auf Basis der Kapitalschutzklausel der Forderungsverzicht der beiden Länder in Höhe von 573 Millionen € erfolgen, wodurch das Ergebnis rechnerisch positiv, das heißt geschönt, dargestellt werden kann.“

Nun hoffen wir alle - Sie haben es richtig beschrieben, das größte Haushaltsrisiko, die größte Risiko baustelle ist für uns die HSH Nordbank -, dass es gelingen kann, die **Europäische Kommission** davon zu überzeugen, dass im Wege des Beihilfverfahrens keine weiteren Lasten auf die HSH Nordbank zukommen, denn es ist schon jetzt schwierig, die damit verbundenen Zahlungen wirklich operativ über längere Zeit zu stemmen.

Wir können und müssen hoffen, dass der EZB-Stresstest positiv verläuft, denn allein die Meldung darüber, dass es Nachforderungen gibt, möglicherweise das Eigenkapital zu verstärken, und es Pro-

(Wolfgang Kubicki)

bleme bei der HSH Nordbank gibt, wird dazu führen, dass deren Refinanzierungskosten drastisch in die Höhe gehen, weil natürlich die Refinanzierung am Kapitalmarkt oder bei institutionellen Anlegern dann schwieriger werden wird und wahrscheinlich nur mit einem höheren Zinsaufschlag gestemmt werden kann.

Was uns unruhig macht, ist die Tatsache, dass die HSH Nordbank der Öffentlichkeit gegenüber erklärt hat, sie habe durch eine sehr umfangreiche und auch sehr kostspielige Analyse der Geschäfte der Vergangenheit festgestellt, dass es eine Reihe von **Cum-Ex-Geschäften** gegeben habe - Cum-Ex ist die Frage des Dividendstrippings vor und nach dem Stichtag, an dem eine Hauptversammlung über die Dividendenausschüttung beschließt -, und man habe festgestellt, dass es da seit 2008 Probleme gebe, und habe es korrigiert, indem man bereits 116 Millionen € an das Finanzamt zurückgezahlt habe.

Wir erfahren jetzt erst, dass im Jahr 2007 - das finde ich wirklich bemerkenswert - Cum-Ex-Geschäfte ausgerechnet mit einer Stadtwerke GmbH gemacht worden sind. Die nächste Frage ist, ob das das einzige Geschäft gewesen ist, das in diesem Zusammenhang abgewickelt worden ist. Wenn die HSH Nordbank das anbietet, spricht sehr viel dafür, dass es noch weitere Beteiligte in diesem Bereich gibt, die entsprechend mit diesem Produkt versorgt worden sind.

Ich habe mich sachkundig gemacht und festgestellt, dass der **Aufsichtsrat** - was ich sehr bedauere - mit diesem Geschäft nicht befasst worden ist, denn 2007 saß im Aufsichtsgremium Kollege Dr. Stegner. Bei den sonstigen Auftritten, die wir hier erleben bei der Frage, was man machen darf und was nicht, ist es schon interessant, dass eine Bank in öffentlicher Hand - Frau Ministerin, Sie haben es zu Recht gesagt - Geschäfte tätigt, die zulasten des Steuerzahlers gehen, unabhängig von der Frage, ob es legal oder nicht legal war. Sie wissen, dass der Bundesfinanzhof am Mittwoch entschieden hat, dass es, jedenfalls bis 2012, legal war, wenn man ausländische Banken beteiligt hat.

Unabhängig davon ist die Frage: Darf eine öffentliche Bank Geschäfte zulasten des Steuerzahlers tätigen, wenn sie vom Steuerzahler selbst finanziert worden ist?

Interessant ist jedoch, dass der Risikoausschuss damit befasst worden ist, Herr Wiegard. Im **Risiko-**
ausschuss 2007 saßen Sie. Ich hätte gern eine Erklärung darüber, wie es möglich ist, dass der Fi-

nanzminister des Landes Schleswig-Holstein im Risikoausschuss Geschäfte sozusagen durchlaufen lässt, von denen er weiß, dass es zulasten des Fiskus geht. Das ist eine sehr wichtige Frage. Es hat keinen Sinn, dass wir politische Reden halten und in praktischen Handlungen dann das genaue Gegenteil passiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin hat es gesagt: Wir werden Ende Oktober die Ergebnisse erhalten, und wir werden uns mit Sicherheit danach wieder treffen müssen. Denn die Befürchtungen aus den Reihen der Bank gehen dahin, dass es, was wir in der Vergangenheit schon gesagt haben, einer erneuten Stärkung des **Eigenkapitals** bedarf. Dann stehen wir vor der Frage: Was machen wir dann?

Es wäre sinnvoll, dass wir uns im Vorfeld - unabhängig davon, dass wir es nicht im Plenum machen können - darüber verständigen, dass darüber jedenfalls keine massive politische Diskussion geführt werden kann. Denn wenn wir uns in dieser Frage zerstreiten, wird nicht nur der Bank damit geholfen, sondern unserem Land Schleswig-Holstein wird damit erheblicher Schaden zugefügt. Deshalb die Bitte, nicht nur zu informieren, sondern das Gespräch zu suchen und sich auf den Fall vorzubereiten, dass es neue Kapitalanforderungen geben sollte. Wir haben eine Verantwortung für wirklich Tausende von Mitarbeitern in Schleswig-Holstein und Hamburg.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Wir haben eine Verantwortung für den Standort Schleswig-Holstein, denn der Wegfall einer Landesbank, einer HSH Nordbank, eines Headquarters hier bei uns, wird durch nichts wieder gutzumachen sein. Der Bankenstandort Schleswig-Holstein ist ohnehin schon ausgedünnt worden. Unsere Verantwortung besteht darin, möglichst Sorge dafür zu tragen, dass wir hier noch Entscheidungsmöglichkeiten behalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich möchte geschäftsleitend darauf hinweisen, dass alle Redner eineinhalb Minuten mehr haben, aber danach weise ich darauf hin, dass die Redezeit abgelaufen ist. So habe ich es eben auch gehandhabt. -

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie auch mich mit einigen Vorbemerkungen beginnen, bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme. Herr Kubicki, ich bin erstaunt gewesen zu vernehmen, dass der Anlass für den Antrag das **Schreiben** von Herrn **Dr. Marnette** gewesen ist. Ich hätte gar nicht erwartet, dass die FDP-Fraktion bei der Analyse der Halbjahreszahlen Nachhilfe von Herrn Dr. Marnette nötig hat. Denn das, was er dort über einen Halbjahresgewinn geschrieben hat, resultiert aus der Auflösung von Rückstellungen für die zu zahlende Zusatzprämie an Hamburg und Schleswig-Holstein im Falle der Garantieanspruchnahme. Das war aus den Veröffentlichungen durchaus klar und eindeutig zu entnehmen. Ich hätte vermutet, dass die FDP das auch allein hätte analysieren können.

Zweite Vorbemerkung zu den Steuergeschäften der **HSH Nordbank** mit den **Kieler Stadtwerken**. Dazu sagte ich gestern bereits in meiner Rede, dass sich da aus meiner Sicht Abgründe auftun, und zwar nicht nur, Frau Ministerin, weil es öffentlich-rechtliche Unternehmen gewesen wären; denn das waren zu diesem Zeitpunkt beide nicht. Auch für öffentliche Unternehmen mit öffentlichen Anteilseignern halte ich solche Geschäfte auf keinen Fall für vertretbar.

Lassen Sie mich ausnahmsweise aus meiner eigenen Pressemitteilung vom 10. April dieses Jahres zitieren. Ich beschränke mich auf die Überschrift. Ich hatte damals in der Überschrift formuliert, dieses Jahr sei das **Jahr der Entscheidung** für die HSH Nordbank. Gemeint war schon damals die im Herbst dieses Jahres anstehende **Prüfung der EZB**, nämlich sowohl der Asset Quality Review als auch der anschließende Stresstest. Hinzu kommt noch die ausstehende Entscheidung der EZB zur beantragten Garantiefestsetzung. Jetzt steht die Veröffentlichung des AQR und des Stresstests unmittelbar bevor. Spätestens in zwei Wochen dürfte hierüber Klarheit herrschen.

Wenn man nun im Vorfeld dieser wichtigen Entscheidungen mit Bankenvertretern spricht, dann hört man überall ähnliche Aussagen: Man sei gut gerüstet und verfüge über eine ausreichende Kapitalbasis. Betont wird aber gleichermaßen auch die Unsicherheit mit dem jetzt von der EZB vorgegebenen Verfahren und dessen Ausgang. Wie wird mit

Immobilienkrediten umgegangen, für die keine externen, sondern ausschließlich bankinterne Ratings vorliegen, wie es in Deutschland üblich ist? Welches ist der richtige Ansatz bei der Bewertung von Schiffen? Wie wird bei der HSH Nordbank die vorläufig genehmigte Garantiefestsetzung berücksichtigt? Das sind nur einige Beispiele.

Bis in die letzten Tage hinein konnte man zudem verfolgen, wie die genauen Modalitäten des **Stresstests** zwischen Regierung, Bankenaufsicht und EZB Gegenstand von Verhandlungen gewesen sind. Zum heutigen Zeitpunkt Aussagen zum Ergebnis des EZB Stresstests bei der HSH Nordbank zu machen, wäre deshalb nichts anderes als Kaffeesatzleserei. Genauso wenig wäre es ohne nähere Kenntnisse über den Ausgang des Stresstests angebracht, darüber zu spekulieren, ob die HSH Nordbank ihn besteht oder nicht. Die CDU-Fraktion wird sich jedenfalls an solchen Spekulationen nicht beteiligen.

(Beifall CDU)

Fakt ist allerdings, dass die Länder **Hamburg und Schleswig-Holstein** noch bis Mitte des nächsten Jahres mit **Bürgschaften** von über 20 Milliarden € für die HSH Nordbank geradestehen. Hinzu kommt dann das Garantievolumen von 7 Milliarden respektive 10 Milliarden €. Der Ausgang des Stresstests ist damit nicht nur für die HSH Nordbank, sondern auch für den Landeshaushalt von herausragender, wenn nicht sogar von existenzentscheidender Bedeutung. Sollte der Fall der Fälle eintreten, dann ist akutes Krisenmanagement gefordert, um diese Bedrohung für den Landeshaushalt abzuwenden. Keine andere Frage ist für die Zukunft Schleswig-Holsteins so entscheidend wie diese.

Das bringt mich schon zu der Frage, was die Landesregierung in einer solchen Situation macht. Sie wechselt wenige Wochen vor diesem alles entscheidenden Datum den zuständigen Finanzstaatssekretär aus.

(Lachen Martin Habersaat [SPD])

- Darüber mögen Sie jetzt lachen. Aber wenn man sich den Lebenslauf von Thomas Losse-Müller anschaut, dann wird klar: Er wurde beim Regierungswechsel nach Kiel geholt, um gerade mit seiner beruflichen Erfahrung im Bankenbereich dieses kritische Thema HSH Nordbank abzudecken und der Finanzministerin den Rücken freizuhalten.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

(Tobias Koch)

Er ist es, der die Landesregierung im Aufsichtsrat vertritt. Er war für die Garantiefestsetzung federführend verantwortlich.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch albern!)

- Jetzt beruhigen Sie sich doch wieder.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Er hat bis zum Wechsel in die Staatskanzlei auch die jetzt anstehenden Prozesse gemanagt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Habersaat?

Tobias Koch [CDU]:

Eine Zwischenfrage des Bildungspolitikers zum Thema HSH Nordbank lasse ich selbstverständlich gern zu.

Martin Habersaat [SPD]: Vielen Dank, Kollege Koch. - Mich als Bildungspolitiker interessiert, wie Sie den aus meiner Sicht brillanten Schachzug der Regierung beurteilen, die Zahl der Bankenexperten zu verdoppeln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Vielen Dank, Herr Kollege Habersaat. Dann kann ich den weiteren Text meiner Rede jetzt in die Antwort auf Ihre Frage einkleiden. Denn erinnern wir uns einmal an den HSH Untersuchungsausschuss in der letzten Wahlperiode zurück.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Das ist Ihr Pech. Dafür kann ich nichts. Erinnern wir uns aber noch einmal gemeinsam an den HSH-Untersuchungsausschuss in der vergangenen Wahlperiode zurück. Er hat unter anderem das Ergebnis gehabt, dass Mitursache für die Krise der HSH Nordbank der häufige Wechsel in den Vorstandsressorts und die dadurch entstehenden Vakanzen, Mehrfachzuständigkeiten und ungeklärten Kompetenzen gewesen sind. Eine solche Situation schafft die Landesregierung mit ihrer Personalrochade jetzt selber. Der Posten des Finanzstaatssekretärs ist seit zwei Wochen unbesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Anschließend haben wir einen Chef der Staatskanzlei, der sich gerade in die neue Aufgabe der Koordi-

nation der Regierungspolitik einarbeitet. Wir haben einen neuen Finanzstaatssekretär, der am 20. Oktober 2014 und damit vier Tage vor dem alles entscheidenden Datum seinen Job antritt und der erst einmal dabei ist, sein Büro einzurichten. Diese beiden Staatssekretäre sollen sich dann, wenn am Freitag, den 24. Oktober 2014, das EZB-Stresstestergebnis verkündet wird, miteinander koordinieren. Sie haben also eine weitere unnötige Schnittstelle geschaffen.

(Zurufe SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, es mag ja sein, dass Sie diese Regierungsumbildung super, toll und spitze finden. Gleichwohl bleibt festzustellen: Bei der Reise nach Jerusalem im Kabinett blieb erst einmal ein Platz unbesetzt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Man merkt, dass Sie keine Regierungserfahrung haben! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Ich hätte mir auch nicht vorstellen können, dass Sie sich die Blöße gegeben hätten, die Nachbesetzung vor dem heutigen Tage nicht zu benennen. Das ändert aber nichts an dem Sachverhalt, den Sie geschaffen haben. Die Konsequenz Ihrer Regierungsumbildung ist, dass wir im Bereich der HSH Nordbank nicht optimal in diese alles entscheidende Phase hineingehen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung des Abgeordneten Dr. Klug?

Tobias Koch [CDU]:

Ebenfalls sehr gern.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Herr Kollege Koch, könnten Sie die Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion daran erinnern, dass der Ministerpräsident Torsten Albig einmal Pressesprecher der Dresdner Bank gewesen ist und dass die Landesregierung insofern eine Verdreifachung ihrer Bankenkompetenz aufweisen kann?

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr Kollege Dr. Klug, ich habe die Zurufe von der Seite der Regierungsfractionen so verstanden, dass die Kollegen aus den Regierungsfractionen, wenn von einer Verdoppelung der Bankexperten

(Tobias Koch)

gesprochen wurde, Herrn Albig nicht als Bankexperten ansehen und deshalb keine Verdreifachung gesehen haben.

(Zurufe SPD)

Frau Finanzministerin, lassen Sie mich Ihnen gleichwohl ausdrücklich zu der Wahl Ihres neuen Staatssekretärs gratulieren. Dass es Ihnen gelungen ist, einen grünen Staatssekretär mit Bankexpertise zu finden, ist positiv. Man staunt ja, wie viele grüne Banker es dann doch gibt.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg mit dem neuen Staatssekretär an Ihrer Seite.

Das ändert nichts an der von mir gerade beschriebenen Situation. Jetzt müssen Sie sich noch einmal anhören, was die Finanzministerin dazu im Ausschuss gesagt hat. Sie hat gesagt, es sei ihr nicht leichtgefallen, ihren Finanzstaatssekretär abzugeben. Aber sie habe aufgrund übergeordneter Überlegungen schließlich zugestimmt. Mit anderen Worten, es waren parteipolitische Gründe, noch deutlicher: Es war der Machterhalt der rot-grün-blauen Koalition, der bei dieser Personalie über die Sacharbeit und über die Interessen des Landes Schleswig-Holstein gestellt wurde.

(Vereinzelter Beifall CDU - Martin Habersaat [SPD]: Aus Gründen der Staatsraison!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Koch, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Auch das immer gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Koch, ich hätte nicht gedacht, dass dieser Morgen für uns so erkenntnisreich sein würde. Ich bin wirklich begeistert. Vor allen Dingen habe ich jetzt gelernt - das wusste ich noch gar nicht, Herr Kollege Günther -, was für Sie übergeordnete Gründe sind. Für einen Unionspolitiker sind übergeordnete Gründe parteipolitische Gründe. Das haben wir jetzt gelernt. Für uns ist das anders, lieber Kollege. Aber es ist nett, dass Sie uns das enthüllt haben. Ich bedauere die CDU-Fraktion ein bisschen, dass sie ganz allein auf Sie angewiesen ist in ihrer Expertise. Aber es kann ja noch etwas werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr Kollege Dr. Stegner, Ihr Hohn und Spott ist an dieser Stelle fehl am Platz.

(Beifall CDU - Lachen SPD)

Wir sprechen hier wahrlich über keine Kleinigkeiten.

(Beate Raudies [SPD]: Dann reden Sie einmal für die HSH Nordbank! - Martin Habersaat [SPD]: Dann fangen Sie nicht auf so einem Niveau an! - Weitere Zurufe)

In wenigen Tagen stehen wir vor der 30-Milliarden-€-Frage. Da kann man doch wohl erwarten, dass eine Landesregierung dieser Frage oberste Priorität beimisst und alles dafür tut, um mit bestmöglicher personeller Aufstellung in die entscheidende Runde hineinzugehen.

(Beifall CDU)

Sie werden doch nicht ernsthaft behaupten wollen, dass Sie das mit Ihrer Personalrochade getan haben, die durch ganz andere Gründe motiviert war, die überhaupt nichts mit der Frage der HSH Nordbank zu tun hatten.

Die HSH Nordbank ist die Leidtragende Ihrer Personalentscheidung. Daran ändert Ihr ganzes Gelächter heute auch nichts.

(Beifall CDU - Martin Habersaat [SPD]: Es sind immer die Kinder, die am meisten leiden!)

Im Endeffekt trägt der Ministerpräsident die alleinige Verantwortung dafür. Das ist bei dieser Frage genauso wie beim Lehrkräftebildungsgesetz, als er sich dort eingemischt hat. Das müssen Sie am Ende verantworten, wenn es in zwei Wochen so kommen sollte. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte nicht gedacht, dass ich im Nachhinein noch so viel Verständnis für die Beurteilungen von Herrn Marnette aufbringen würde.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Thomas Rother)

Es wundert mich, wenn man sich in seiner Rede gegen Kaffeesatzleserei wendet, man aber gleichzeitig davon ausgeht, dass das 30-Milliarden-€-Risiko eintritt und man nicht darauf vorbereitet ist. Es ist schwierig, das zusammenzubringen.

Bitte gestatten Sie mir eine zweite Vorbemerkung. Herr Kubicki hat auf die **Steuervermeidungsmo-delle** - so will ich sie einmal nennen - hingewiesen, die die Bank in ihrer wilden Zeit Anfang des Jahrzehnts vereinbart hat. Er hat auch darauf hingewiesen, dass Herr Stegner im Aufsichtsrat saß, aber natürlich nicht damit befasst war. Herr Wiegard war damals Mitglied des Risikoausschusses, dessen Vorsitz Herr Kamischke geführt hat. Das Ziel des Geschäftes ist natürlich offenkundig. Insofern stellte sich die Frage, wie so etwas zugelassen werden konnte. Das halte ich für durchaus berechtigt. Das ist ein Punkt, mit dem wir uns auch weiter im Beteiligungsausschuss befassen werden.

Es geht hier tatsächlich um Grundlegendes. In der Sache können wir heute aber nicht über die Ergebnisse des **Stresstests** sprechen, weil schlicht und ergreifend keine Ergebnisse vorliegen. Diese werden bekanntermaßen für Ende Oktober erwartet.

Die Übernahme der **Aufsicht** über die HSH Nordbank durch die **Europäische Zentralbank** steht bevor. Das betrifft im Übrigen nicht nur die HSH Nordbank, sondern rund 125 Großbanken in ganz Europa. Schon seit Anfang 2014 wurden diese rund 125 Großbanken einer Bilanzprüfung unterzogen, einem sogenannten Asset Quality Review. Dies erforderte umfangreiche Vorarbeiten, darunter Analysen und Prüfungen sowohl bankintern als auch in Zusammenarbeit mit externen Prüfern. Dabei handelte es sich um aufwendige Prozesse, die im Dialog mit der Bank und den Wirtschaftsprüfern gestaltet wurden.

Erst im Anschluss daran wurde der **Stresstest** durchgeführt. Dieser hat im zweiten Quartal 2014 begonnen und endet in diesem Monat. Getestet wird, wie die Bank mit künftigen Risiken zurechtkommen wird. Die bisherigen Prüfungen haben - bis auf Spekulationen in der Presse; manche erinnern sich vielleicht an den Beitrag im „Spiegel“, der dann einen Tag später durch das „Handelsblatt“ wieder relativiert wurde - keine offenkundigen Belastungen ergeben. Daher kann man durchaus die Hoffnung haben, dass die Bank den Stresstest erfolgreich bestehen wird. Ich denke, man hat mit Philipp Nimmermann eine geeignete Person gefunden. Ich wünsche ihm von unserer Seite aus viel Erfolg bei seiner Tätigkeit.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SSW)

Dank gilt ebenso Thomas Losse-Müller, der uns wirklich gut beraten hat. Selbst Herr Kollege Koch hat dies offenkundig anerkannt. Aufgrund seiner Qualität wird er sicherlich auch an anderer Stelle Wichtiges bewegen können. Wenn tatsächlich dieser Fall eintreten sollte - lieber Herr Koch, Sie haben das Risiko beschrieben -, dann wird es auf mehr ankommen als nur auf einen Staatssekretär, sondern dann ist Grundlegendes in Bewegung. Dann wird es darauf ankommen, wie die ganze Regierung einen solchen Prozess, der auf uns zukommen könnte, bewältigt. So weit sind wir aber noch nicht.

Ziel muss es sein, dass die HSH Nordbank aufgeräumt und ohne **Steuerleichen** im Keller - der ziemlich groß und verwinkelt sein muss; vielleicht sind noch manche Sachen eingemauert - und in gutem Zustand ab 2015 unter europäische Aufsicht gestellt wird. Grundsätzlich ist es für uns als Eigentümer von Bedeutung, wie die Umstrukturierung vorangeht.

Hinzu kommt die Frage nach dem laufenden **Beihilfverfahren** - auch das ist schon angesprochen worden -, das Anfang des kommenden Jahres abgeschlossen werden soll und hoffentlich nicht durch negative Ergebnisse des Stresstests belastet wird.

Welche Kriterien schließlich den Ausschlag für die Entscheidung der EU geben werden, wissen wir im Detail noch nicht. Es wird sich zeigen, ob die EU für die HSH Nordbank eine langfristige Perspektive sieht.

Die **Ergebnisse**, die die **HSH Nordbank** für die ersten beiden Quartale 2014 vorgestellt hat, können sich tatsächlich sehen lassen in Bezug auf das Neugeschäft, in Bezug auf die harte Kernkapitalquote - diese Darstellung ist tatsächlich zulässig, auch wenn man sie anders bewerten mag -, in Bezug auf die reduzierte Risikovorsorge und in Bezug auf die Gewinnaussichten für das Jahr 2014. Die Entstehung dieses Gewinns kann man aber natürlich unterschiedlich bewerten, wie es Herr Marnette, aber auch Herr Koch gemacht haben. Ich denke, wir wissen das. Für den Vorstand muss dies aber Grund zu Optimismus sein. Es gibt keinen Anlass, davon auszugehen, dass sich der Vorstand der HSH Nordbank der Risiken nicht bewusst ist.

Die Bank reduziert weiterhin ihren **Verwaltungsaufwand**, insbesondere den Personalaufwand. Wir werden bei diesem Prozess weiter darauf schauen, dass in Kiel nicht zugunsten von Hamburg Personal

(Thomas Rother)

reduziert oder Kompetenz abgezogen wird. Wichtig ist für uns auch, dass ein Abbau von Aufgaben mit einem Abbau von Personal einhergeht. Beide Prozesse müssen Hand in Hand gehen.

Wichtig war für uns natürlich auch immer, dass die Arbeitsplätze und die Expertise in Kiel erhalten bleiben.

- Meine Redezeit rutscht schon ins Minus. Frau Heinold, vielen Dank für den offenen Bericht. Die Ergebnisse des Stresstests sollten wir unmittelbar nach der Sitzungsfreien Zeit im Beteiligungsausschuss erörtern. Der Kollege Garg hat gestern schon einen Terminvorschlag gemacht. Ich denke, diesem Vorschlag sollten wir folgen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer gut und vor allem wichtig, dass wir nicht nur in den zuständigen Ausschüssen - der Beteiligungsausschuss ist mehrfach angesprochen worden, der Finanzausschuss gehört auch dazu -, sondern auch im Plenum über die HSH Nordbank sprechen. Dem, was die Kollegen zu dem Volumen und zur Bedeutung der HSH Nordbank für den Landeshaushalt gesagt haben, kann ich mich restlos anschließen. Die HSH Nordbank bleibt aufgrund der heftigen Verfehlungen, die es bei der Bank in der Vergangenheit gegeben hat, unser größtes Haushaltsrisiko. Unsere einzige Handlungsmaxime ist - an dieser Stelle möchte ich für die grüne Fraktion der Ministerin zustimmen -, alles zu tun, um unser Landesvermögen zu schützen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Kollege Kubicki, als ich Ihren Antrag gelesen habe, war ich mir zunächst nicht sicher, wie ich diesen einsortieren soll. Ich war mir nicht sicher, ob uns dieser Antrag in der jetzigen Zeit weiterhilft, zumal noch viele Entscheidungen ausstehen, wir aber noch keine Entscheidungen auf dem Tisch liegen haben. Ich will mich aber auch für Ihren Redebeitrag bedanken, den ich als sehr nachdenklich

empfundene habe. Ich finde, in diesem Sinne kann man heute auch gut über die HSH Nordbank sprechen. Am Anfang war ich mir aber nicht sicher, ob das wirklich Ihr Ziel war. Ich bin eines Besseren belehrt worden. Das finde ich ausdrücklich positiv.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben den **EZB-Stresstest**. Wir haben das **EU-Beihilfieverfahren**. Man kann auch über kommende Ratings beispielsweise sprechen. Man kann auch überlegen, was diese bedeuten. Ich glaube, dass wir uns auf alle möglichen Eventualitäten vorbereiten müssen. Angesichts der Sensibilität der Finanzmärkte müssen wir aber sehr vorsichtig sein, was **öffentliche Spekulationen** angeht. Ich sage aber auch, dass die Beschwichtigungsaussagen aus der Bank, die es zum Teil gibt - ich will das aber nicht pauschalisieren -, uns auch nicht weiterhelfen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Richtig ist, dass wir vor entscheidenden Wochen für die HSH Nordbank stehen. Zu diesem Zeitpunkt kann man allerdings festhalten, dass es unser gemeinsames Anliegen sein muss, dass die HSH Nordbank ihre Altlasten weiter abarbeitet und nicht zur Milliardenbelastung für unseren Haushalt wird.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Andresen, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. - Ich habe aber auch eine Frage an Sie. Ich dachte, wir hätten 1,5 Minuten mehr Redezeit.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die kommt auch nachher dazu. Sie können einfach 1,5 Minuten länger reden.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dann ist gut.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Lieber Kollege, ich habe mich jetzt nicht gemeldet, damit Sie noch eine weitere Minute Redezeit bekommen. Ich wollte eigentlich nur die Frage stellen, ob Sie mit mir übereinstimmen, dass anders als früher wir nicht erst auf den Eintritt von bestimmten Entwicklungen warten dür-

(Rasmus Andresen)

fen, weil die Reaktionszeit extrem verkürzt sein wird. Vielmehr müssen wir uns auf verschiedene Eventualitäten vorbereiten, und zwar unabhängig von der Frage, wie wahrscheinlich deren Eintritt ist. Die Reaktionszeit wird relativ kurz sein.

- Das war ja keine Frage. Ich gebe Ihnen aber recht, dass das so ist. Deswegen stand in meiner Rede - diesen Satz habe ich gerade vorgetragen -, dass wir gut beraten sind, uns auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Das ist aber etwas anderes als eine öffentliche Spekulation in den Medien. Den Unterschied muss man zulassen.

Ich nenne nur zwei Zahlen, die veranschaulichen, was für ein großes Risiko die HSH Nordbank darstellt. Der Kollege Koch hat dies angesprochen. Bei der Inanspruchnahme der Garantie liegen wir schon jetzt bei mindestens 1,6 Milliarden €. Die **Gewährträgerhaftung** liegt noch bei über 21 Milliarden €. Im Verlauf der nächsten Jahre verringert sie sich langsam, aber diese Zahlen verdeutlichen, welch großes Haushaltsrisiko die Bank für uns ist.

Durch die Wiedererhöhung der **Garantie**, die wir als Koalition vorgenommen haben und vornehmen mussten, was alle vorliegenden Zahlen belegen, ist die Bank überhaupt noch im Rennen. Dies ist durch die Zahlen, die wir in den letzten Monaten in den Ausschüssen beraten haben, deutlich geworden. Dieser Schritt war richtig, er ist uns nicht leichtgefallen. Dass wir ihn gegangen sind, ist einer der wenigen Gründe dafür, dass die Bank noch im Rennen ist. Daher haben wir verantwortlich gehandelt.

Jetzt sind wir in einer Situation, in der wir noch darüber reden können, wie es weitergeht und was auf uns zukommen könnte.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Winter [SPD])

Sehr viel hängt davon ab, wie sich die Lage auf dem **Schiffahrtsmarkt** weiter entwickeln und wie die Lage von Experten beurteilt werden wird. Das ist so. Es ist offenkundig unser größtes Problem, dass die Schiffahrtsmarktkrise noch nicht beendet ist.

Das bedeutet bei aller Kritik, die man an der Bank äußern kann, was ich auch tue, ausdrücklich nicht, dass es der Bank in den letzten zwei Jahren nicht gelungen ist, Fortschritte zu erzielen. In der Bank hat man in den letzten zwei Jahren etwas dafür getan, das Geschäft zu verbessern, Altlasten abzubauen und ein positives Neugeschäft zu beginnen.

Auch das gehört zur Wahrheit, wenn man die kritischen Punkte in die Debatte wirft.

Wir Grüne haben sehr großes Vertrauen in unsere Finanzministerin. Aus unserer Sicht handelt sie verantwortungsvoll im Interesse des Landes. Ich glaube, dass ihr Bericht heute Morgen dies noch einmal gezeigt hat. Dass es dafür Applaus im ganzen Haus gab, untermauert dies eindrucksvoll.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir möchten uns an dieser Stelle auch beim ehemaligen Finanzstaatssekretär Thomas Losse-Müller bedanken, für den das Gleiche gilt wie für die Finanzministerin. Wir sind uns sicher, dass er seine Kompetenzen in der Staatskanzlei weiter gut einsetzen kann, Herr Kollege Koch. Die HSH Nordbank ist im Finanzministerium gut aufgehoben, aber ihre Bedeutung ist so groß, dass die gesamte Landesregierung damit zu tun haben wird. Ich kann nicht erkennen, dass dies eine Schwächung bedeuten soll. Im Gegenteil, der Kollege Habersaat hat dies in seiner Zwischenfrage schon festgestellt: Wir haben keine Bankenfachleute verloren, sondern wir haben einen zusätzlichen Experten gewonnen. Für die Fraktion der Grünen kann ich erklären: Falls der Einzug in das Büro oder der Umzug insgesamt problematisch werden sollte, dann helfen wir gern beim Umzug. Daran soll es nicht scheitern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Bei allen Unterschieden, die es zwischen uns Fraktionen in der Sache und in der Bewertung der Vergangenheit auch geben mag, sage ich, dass es gut ist, dass keiner die Zukunft der HSH Nordbank für politische Muskelspiele missbraucht. Es ist gut, dass dies so ist. Ich hoffe, dass dies in den nächsten Wochen so weitergeht; egal was kommt und egal wie die Situation dann sein wird. Das Risiko ist so groß, dass wir es uns nicht erlauben können, hier in ein Klein-Klein zu verfallen.

Normalerweise sage ich zum Abschluss meiner Rede immer, dass ich mich auf die Beratungen im Ausschuss freue. Ich sage jetzt, ich hoffe, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen können und dass uns das Schlimmste erspart bleibt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nun hat der Fraktionsvorsitzende der Piratenfraktion, Herr Abgeordneter Torge Schmidt, das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren Bericht. Zu Beginn möchte ich ausführen: Wir reden heute viel über Staatssekretäre. Ich finde die Entscheidung zumindest auf dem Papier gut. Ich kenne den Herrn leider noch nicht, ich würde ihn gern kennenlernen. Ich sehe aber, dass die Grünen wieder gut qualifizierte Leute in den Norden kriegen. Das schafft nicht jeder.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei dem ganzen Gerede über Staatssekretäre sollte man jedoch nicht die Verantwortung und die Kompetenz der Ministerin vergessen. Die politische Hausspitze wird in jedem Fall Entscheidungen dahin gehend treffen müssen, wie es weitergeht. Ich sehe nicht, dass Frau Heinold dieser Verantwortung nicht gerecht wird und nicht handlungsfähig ist. Ihre Erfahrung und Kompetenz sollte man nicht vernachlässigen.

Die Zeiten sind im Moment nicht leicht. Wir haben mit der Bank große Sorgen und Probleme. Der Stresstest ist eine der Herausforderungen, vor denen wir gerade stehen. Er ist eine sehr große Herausforderung für diese Bank.

Die **Cum-Ex-Geschäfte** sind schon angesprochen worden. Sie geraten immer wieder ans Tagelicht. Aktuell sind die Kieler Stadtwerke im Fokus. Man muss definitiv sagen: Die Bank hat im Moment kein gutes Image. Sie steht in keinem guten Licht da. Die Frage ist, wie es auf Kunden wirkt, wenn immer wieder neue Nachrichten über dubiose Steuergeschäfte mit kommunalen Betrieben ans Licht kommen. Das kann nicht gut sein, und es ist moralisch definitiv zu verurteilen.

Wo aber stehen wir gerade? - Der letzte **Jahresabschluss**, über den wir hier schon debattiert haben, war katastrophal. Dieser Jahresschluss hat aber eine Wirkung gehabt: Die Bank hat eine massive Risikovorsorge betrieben, weil sie in diesem Jahr dem Stresstest ausgesetzt ist. Kapital wurde in der Bank angesammelt, und man hat bewusst Liquidität beschafft. Die wirtschaftliche Lage der Bank ist nach wie vor angespannt. Es wurde schon angesprochen, dass der **Schiffmarkt** im Keller ist, und es sieht nicht so aus, als würde er sich erholen. Dies ist schon seit Jahren so. Die Prognosen darüber, wann der Schiffmarkt sich wieder erholen wird, werden immer weiter in die Zukunft verschoben.

Das **neue Geschäftsmodell** der Bank muss sich entwickeln und greifen. Die Zahlen hierzu sind schwer zu beurteilen. Ich hoffe, dass das Geschäftsmodell greift und dass wir vorankommen. Die Bank muss in jedem Fall noch viel leisten. Wir haben die Garantie in der Vergangenheit auf 10 Milliarden € erhöht. Wenn man sich die Frage stellt, ob diese Entscheidung richtig war, dann muss ich zu diesem Zeitpunkt sagen: Herr Andresen, wir können noch nicht sagen, ob sie richtig war. Das wird erst die Zukunft zeigen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann man allerdings auch noch nicht sagen, dass die Entscheidung falsch war.

Wir müssen uns vor Augen führen, wo wir heute stehen wollten. Die ursprüngliche Entscheidung, die Garantie zu leisten, hat, abgesehen davon, dass wir das Garantievolumen bis heute schon weiter abgesenkt haben wollten, Bestand. Das sind natürlich keine schönen Fakten, über die wir hier sprechen. Nichtsdestotrotz ist es unsere Aufgabe hier im Parlament, Schaden vom Land abzuwenden. Ich sehe, dass wir diese Aufgabe sehr wohl wahrnehmen. Das Problem ist: Wir können globale wirtschaftliche Entwicklungen nicht beeinflussen. Wir als Parlament haben nur sehr wenig Einfluss darauf, wie sich der Schiffmarkt in Zukunft entwickeln wird.

Der **EU-Stresstest** läuft, dies wurde häufig angesprochen. Die Ergebnisse liegen bald vor. Wir können an dieser Stelle nur abwarten. Dennoch sollten wir uns auf alle Eventualitäten vorbereiten. Ich glaube, dass wir uns im Beteiligungsausschuss gut auf gemeinsame Handlungsvarianten für alle möglichen Fälle verständigen können.

Tatsächlich ist laut Medienberichten etwas Gutes passiert. Wir konnten es auch vernehmen: Die Garantierhöhung auf 10 Milliarden € wird zum Beispiel laut Medienberichten von Reuters im Stresstest voll angerechnet. Das ist positiv, weil dadurch eine Frage beantwortet wird. Es bleiben aber noch viele Fragen im Stresstest offen. Wichtig wird sein, dass wir gemeinschaftlich die richtigen Entscheidungen treffen. Ich glaube, wir kriegen das hin. Nach den Ergebnissen des Stresstests werden wir hier entsprechend verfahren.

Das Problem ist: Wenn der Stresstest vorbei ist, dann treten wir in die nächste Phase ein, in der wir handeln müssen. Dann kommt das **EU-Beihilfeverfahren**. Es ist klar, dass die EU abwartet, wie das Ergebnis des Stresstests sein wird, um im Beihilfeverfahren weitere Entscheidungen zu treffen. Wir alle wissen, dass die EU dem deutschen Bankenmarkt sehr kritisch gegenübersteht. Auch dies wird nicht leicht werden.

(Torge Schmidt)

Wir wissen, dass der Stresstest in Europa Opfer fordern wird. Irgendwelche Banken werden definitiv leiden und Kapital nachschießen müssen. Wir hoffen, dass es nicht die HSH Nordbank sein wird und dass das Land Schleswig-Holstein somit auch nicht darunter leiden muss. Die nächsten Wochen werden heiß werden. Es wird noch spannend werden, und wir werden uns auf Dinge vorbereiten müssen. Ich bin guter Dinge. Wir sollten uns im Beteiligungsausschuss mit den Ergebnissen des Stresstests beschäftigen. Ich freue mich auf die Beratungen und bin guter Dinge. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich zunächst herzlich bei der Frau Ministerin für den Bericht und für die Offenheit bedanken, in welchem Rahmen auch immer, manchmal auch in nicht öffentlicher Sitzung und manchmal gegenüber dem Parlament, sodass wir, was die HSH Nordbank betrifft, nun wirklich eine vernünftige Grundlage haben, auf der wir debattieren und insbesondere entscheiden können.

Das Zweite, das mir wichtig ist, ist dieses: Bei allen Entscheidungen, die wir in den nächsten Wochen und Monaten zu treffen haben, sollten wir es vielleicht unterlassen, **persönliche Schuldzuweisungen** zu machen oder immer mal wieder daran zu erinnern, wann sich mal wer wie möglicherweise auch verkehrt verhalten hat. Vielmehr sollte man versuchen, sich nur an der Sache zu orientieren. Ich glaube, das wäre in dieser Situation das Klügste; denn hier geht es um das Landesvermögen und um wichtige Entscheidungen, die wir nur gemeinsam treffen können. Vor diesem Hintergrund sind die gesamten Personalgeschichten aus den letzten Jahren Sachverhalte, die zwar seinerzeit wichtig waren, heute aber nicht mehr unbedingt wichtig sein müssen.

Meine dritte Vorbemerkung: Ich glaube, die **Zuweisung** von 3 Milliarden € in das **Eigenkapital** war richtig, jedenfalls kurzfristig richtig; denn sonst hätten wir jetzt schon eine Situation, die wahrscheinlich hoffnungslos wäre. Vor dem Hintergrund der Gegebenheiten ließ sich gar nichts anderes machen. Ob diese Maßnahme lang- und mittelfristig von Erfolg gekrönt sein wird, stellt in der Tat

ein gewisses Risiko dar. Aber dieses Risiko waren wir uns durchaus bewusst. Hätten wir diesen Nachschuss jedoch nicht gemacht, hätten wir nicht einmal mehr dieses Risiko, sondern dann hätten wir bereits jetzt den Katastrophenfall. Ich glaube, vor dem Hintergrund ließ sich gar nichts anderes machen; das war wohl die klügste Entscheidung, die wir treffen konnten.

Mein vierter Punkt: Ich glaube, es ist wichtig, dass wir alle hier in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsame Entscheidungen treffen und dass wir uns davor hüten sollten, diese Entscheidungen vor dem politischen Hintergrund zu sehen, sondern, wenn man so will, wie ein guter hanseatischer Banker wirklich nur sachbezogen. Anders sollten wir mit dieser Fragestellung nicht umgehen, vor allem sollten wir uns nicht auseinanderdividieren lassen.

Meine Damen und Herren, der aktuelle Stand in Sachen HSH Nordbank heißt derzeit: abwarten. Die HSH muss sich derzeit einem **Stresstest der Europäischen Zentralbank** unterziehen. Das Ergebnis kennen wir noch nicht. In zwei bis drei Wochen wird das Ergebnis bekannt gegeben. Von daher können wir zum jetzigen Zeitpunkt nur Vermutungen äußern. Ob dies nun so hilfreich ist, ist eine andere Frage.

Fest steht, dass nach der Bekanntmachung des Ergebnisses Bewertungen und eventuell auch politische Entscheidungen getroffen werden müssen, je nachdem, wie dieses Ergebnis dann aussehen mag. Den Teufel jetzt schon an die Wand zu malen, halten wir vom SSW für die falsche Strategie. Das gilt nicht nur für uns als Politiker, sondern selbstverständlich auch für die Vertreter der Bank, die sich natürlich positiv zu ihrer eigenen Bank äußern sollen. Das tun sie dann auch in unserem Interesse.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Situation durchaus ernst zu nehmen ist. Ich kann jedoch nur davor warnen, sich parteipolitisch dazu hinreißen zu lassen, die HSH Nordbank schlechter zu reden, als sie ist. Damit ist weder der HSH noch sonst wem geholfen.

Was sich in Bezug auf die **Zukunftsaussichten** der Bank bisher abzeichnet, ist, dass diese Absicherung Wirkung zeigt. Die Maßnahmen zur Erhöhung des Eigenkapitals können funktionieren, und die Bank konnte mit ihrem Neugeschäft auch Fuß fassen und zusätzliche Kunden gewinnen.

Auch im Bereich der **Energiefinanzierung** verzeichnet die Bank durchaus positive Zahlen. Dort hat man nun einen neuen Schwerpunkt gesetzt, der zunächst erst noch anläuft. Man muss insoweit ja

(Lars Harms)

immer sehr vorsichtig formulieren. Aber trotzdem kann man sagen, dass die Strategie, die man dazu fährt, durchaus eine vernünftige ist.

Ein Bereich, der sich allerdings noch nicht so erholt hat, wie man sich das erhofft hatte, ist immer noch der **Schifffahrtsbereich**. Schon seit einigen Jahren trägt die Bank dieses Sorgenkind vor sich her. Das ist sicherlich ein Segment, aus dem man sich nicht so leicht verabschieden kann; denn die Geschäfte sind vielschichtig strukturiert, und die Bank bedient natürlich viele Kredite inländischer Reedereien, die eigenkapitalschwach aufgestellt sind und die selber vor riesigen Schwierigkeiten stehen. Das macht die Sache natürlich nicht einfacher. Für das kommende Jahr erhofft man sich jedoch im Umgang mit der Schifffahrtsbranche, diese Risiken noch weiter reduzieren zu können. Dies ist die eigentliche Herausforderung, die es weiterhin zu bewältigen gilt. Insoweit muss man mit Prognosen auch extrem vorsichtig sein.

Das Gleiche gilt für das laufende **Beihilfeverfahren**, welches durch die EU-Kommission durchgeführt wird. Auch hier steht das Resultat noch nicht fest und wird frühestens zum ersten Quartal 2015 erwartet. Denn die Entscheidung kann erst fallen, wenn der Stresstest der Europäischen Zentralbank abgeschlossen ist.

Sie merken, es handelt sich hier um einen aufeinander abgestimmten Vorgang, der uns in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen wird. Die HSH Nordbank muss also in gleich zwei länger währenden Prüfungsverfahren ihre Leistungs- und Tragfähigkeit beweisen. Danach werden wir wissen, wo die Bank steht und wo genau die Ziele für die Zukunft liegen werden.

Bei allen Entscheidungen aber hat vor allem eine Sache Priorität, nämlich der **Schutz des Landesvermögens**. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Klar ist nur, dass nach den Ergebnissen der Tests vergangene Entscheidungen bewertet sowie neue Entscheidungen in Bezug auf die Ergebnisse getroffen werden müssen. Diese Ergebnisse können in der Tat sehr vielschichtig sein. Wir wissen heute überhaupt noch nicht, was uns als Auftrag auch von der europäischen Ebene aufgetragen werden wird. Vor dem Hintergrund sind wir jetzt in der Tat in einer - lassen Sie es mich so sagen - schwimmenden Situation. Insoweit wird sich möglicherweise in den nächsten Wochen, wenn der Stresstest beendet sein wird, etwas am Horizont abzeichnen, wie man sich möglicherweise verhalten muss.

Allerdings steht dann auch noch das Beihilfeverfahren aus. Wahrscheinlich werden wir somit erst gegen Mitte nächsten Jahres vor einer relativ gefestigten Situation stehen, und dann werden wir wahrscheinlich bis zum Jahresende eine gewisse Zeit zur Verfügung haben, um unsere Entscheidungen zu treffen. Diese Entscheidungen aber sollten dann in der gebotenen Ruhe, nicht mit Hektik und vor allem ohne politischen Kampf geführt werden. Ich glaube, das Wichtigste dabei ist, dass wir uns immer vor Augen halten müssen: Egal, wer regiert und wer opponiert, welcher Partei man angehört: Hier geht es um das Landesvermögen, und hier geht es um Risiken für das Land und für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Aus diesem Grund sollte man dann, wenn es geht und möglich ist, auch gemeinsam handeln.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag, Drucksache 18/2331, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Ein Antrag ist nicht gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einen kleinen Nachtrag. Heute ist Bundesratssitzung. Deswegen sind der Herr Ministerpräsident Albig, der Herr Minister Dr. Habeck und der Herr Minister Studt heute in Berlin. Auf der Bank des Ministerpräsidenten sitzt deshalb heute Frau Ministerin Spooren-donk.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 13:

Flächendeckende Geburtshilfe in Schleswig-Holstein nachhaltig sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2256

Änderungsantrag der Fraktionen von PIRATEN
und FDP
Drucksache 18/2364 (neu)

Flächendeckende Geburtshilfe im Krankenhausrahmenplan fortentwickeln

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2368

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann von der CDU-Fraktion.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Dezember letzten Jahres haben wir uns erstmals hier im Landtag mit der **Zukunftsfähigkeit der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein** beschäftigt. Anlass dafür war die Situation auf der Nordsee-Insel Sylt. Dort stand die Schließung der Geburtshilfeabteilung kurz bevor, und alle Bemühungen, von welchen Seiten auch immer, scheiterten und verliefen im Sande - mit den bekannten Folgen.

Frau Ministerin Alheit kündigte am 12. Dezember 2013 an, ein landesweites Konzept für die Geburtshilfe auf die Beine zu stellen. Ich möchte insoweit aus dem Redebeitrag der Ministerin zitieren:

„Wichtig ist daher, ein landesweites Konzept auf die Beine zu stellen, mit dem wir in allen Landesteilen, auch da, wo wir den Rückzug der Geburten tatsächlich zu verzeichnen haben, für die Zukunft sicherstellen, wie Geburtshilfe aussehen soll.“

Einen von uns geforderten „**Runden Tisch**“ zur aktuellen Situation in der Geburtshilfe lehnten Sie seinerzeit ab.

So traf uns dann ein weiterer Einschlag mit der Schließung der Geburtshilfe in Oldenburg in Ostholstein. Sodann wurden diese beiden betroffenen Orte zu Modellregionen erklärt und für 45.000 € Konzepte und Netzwerkstrukturen für alle Beteiligten angekündigt. Das, liebe Landesregierung, nannten Sie bislang Ihr Konzept. Das ist eindeutig zu wenig.

(Beifall CDU)

Doch weiter geht es: Es gab wieder Proteste, dieses Mal schon viel lauter und intensiver. Mittlerweile liegen uns Resolutionen der Kreistage aus Nordfriesland und Ostholstein vor, immer mit den Inhalten, die flächendeckende Versorgung der Schwangeren mit Geburtshilfe durch Kliniken und Hebammen

als elementaren Teil der Daseinsvorsorge sicherzustellen.

Anfang Juni 2014 forderten wir dann, alarmiert durch die aktuellen Fälle Sylt und Oldenburg, auch durch die vorherigen Erfahrungen der Schließungen in Kaltenkirchen, Kappeln, Helgoland, Mölln, Brunsbüttel, Elmshorn, Flensburg - Förde-Klinik - und Bad Oldesloe, die Schließung der Sana-Klinik Oldenburg zu verschieben, um gemeinsam ein Konzept für diese Region aufzustellen. - Vergebens. Die Klinik schloss pünktlich zum August, und schon kurz darauf hatte man den Eindruck, dass Babys vermehrt auf Autobahnen und Landstraßen geboren wurden. Die Empörung war groß, und das kann ich auch verstehen. Des Weiteren beschlossen wir im Juli dieses Jahres dann gemeinschaftlich, ein Konzept zur Sicherstellung der Geburtshilfeversorgung unter Beteiligung von unabhängigen Experten zu erstellen, ein halbes Jahr nachdem es die Ministerin schon einmal angekündigt, aber noch nicht geliefert hatte.

Wir alle wissen, dass wir in unserem Land mitten drin sind im Prozess der **Regionalisierung der Geburtshilfe**. Das kann man an den Zahlen der Kliniken sehen, die geschlossen haben. Unser Ziel kann und darf aber nicht sein, dass wir eine höchstmögliche Konzentration auf die großen Kliniken herbeiführen. Das würde sich der Verband der Ersatzkassen zwar wünschen - das haben wir ja am Montag so gehört -, aber nicht die Schwangeren und nicht die Familien. Ich glaube, wir auch nicht.

(Beifall CDU)

Hier bei uns mit Verhältnissen wie in Portugal, Finnland oder Schweden zu werben, halte ich für falsch. Falsch ist aber auch zu glauben, dass alles so bleibt, wie es ist. Denn es hat sich doch schon einiges verändert. Heute sind - das haben wir auch am Montag gehört, und das ist auch nicht neu - bis zu 75 % aller Schwangerschaften Risikoschwangerschaften. Die brauchen eine besondere Betreuung. Das muss uns auch klar sein.

Auf diese Veränderungen müssen wir die Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den Krankenhasträgern vorbereiten, und zwar rechtzeitig - rechtzeitig, damit wir die Veränderungen im neuen Krankenhausplan ab 2016 berücksichtigen können; denn wir wollen mit unserem Antrag unserer gemeinsamen Forderung nach dem dringend notwendigen und von allen Beteiligten erwarteten Konzept zur flächendeckenden Geburtshilfe Nachdruck verleihen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, bereits seit zehn Monaten beschäftigt uns dieses Thema. Liebe Frau Al-

(Katja Rathje-Hoffmann)

heit, es ist langsam Zeit, nicht nur Förderbescheide zu überreichen, sondern auch Ergebnisse zu liefern, um nicht schon mit der nächsten Schließung kalt erwischt zu werden. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

(Beifall CDU)

Deswegen beantrage ich, die drei eingegangenen Anträge beziehungsweise Änderungsanträge dem Sozialausschuss zu überweisen in der Hoffnung, dass wir uns gemeinsam für einen gemeinsamen Antrag einsetzen und den auf den Weg bringen, gemeinsam für die Schwangeren in Schleswig-Holstein; denn das ist unsere Zukunft. Das hört sich etwas abgegriffen an, ist aber so. Das würde ich mir wünschen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mensch, Katja, das Ganze sprühte ja gerade so vor kreativen Vorschlägen. Ich denke, in einer eigentlich ganz grundlegenden Sache sind wir uns komplett einig, und zwar alle: Die Sicherheit und die **Gesundheit von Mutter und Kind** haben absoluten Vorrang.

In einer zweiten Sache sind wir uns wahrscheinlich auch einig: Das Land Schleswig-Holstein hat natürlich **regionale Besonderheiten** wie Inseln und Halligen, die eine ganz gezielte Planung einer risikoarmen Geburt notwendig machen.

Wenn das so ist, müssen wir uns nur noch genauer Zahlen der **demografischen Entwicklung** und wissenschaftliche Untersuchungen anschauen. Dann wissen wir, dass es bis zum Jahre 2025 circa 15 % weniger gebärfähige Frauen geben wird, die dann auch noch bei ihrer ersten Geburt immer älter sind. Bei älteren Erstgebärenden steigt unter anderem das Risiko für Frühgeburten oder Komplikationen. Frühgeburten, Mehrlingsgeburten oder Komplikationen können aber durch eine enge medizinische und fachliche Begleitung rechtzeitig erkannt werden.

Das erfordert aber eben auch eine entsprechende medizinische Versorgung vor, während und nach der Geburt, laut Richtlinie des Gemeinsamen Bun-

desausschusses am besten in einem **Perinatalzentrum Level 1**. Das sind die Einrichtungen zur Versorgung von Früh- und Neugeborenen mit einer besonderen räumlichen, technischen und personellen Ausstattung. Wir haben laut dieser Richtlinie vier Stufen von Geburtskliniken. Level 1 entspricht der Hochleistungsmedizin mit entsprechender Versorgung für Mutter und Kind. Geburtskliniken der Level 2 und 3 verfügen über eine Kinderstation, während die Geburtskliniken mit Level 4 keinerlei Mindestvorgaben haben. Alle die von Ihnen eben aufgezählten Kliniken, die in den letzten 14 Jahren geschlossen worden sind, sind Kliniken des Levels 4 gewesen.

Jede Frau - daran möchte ich überhaupt nicht rütteln - hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo und unter welchen Umständen und mit welcher Begleitung sie ihr Kind zur Welt bringen möchte - selbstverständlich. Aber wir müssen dafür Sorge tragen, dass alle Frauen über ihre Schwangerschaft und die Möglichkeiten und Risiken der Geburt bestens informiert sind. Das müssen und wollen wir sicherstellen durch das Angebot einer engen, **wohnortnahen, flächendeckenden Begleitung durch Gynäkologen und durch Hebammen**. Deshalb war der Vorstoß von Ministerin Alheit auf Bundesebene zur Sicherung der Tätigkeit der freiberuflichen Hebammen auch total wichtig. Man arbeitet aktuell mit dem Gesundheitsminister der CDU an Lösungen. In diesem Sinne sagt auch die Landesvorsitzende des Berufsverbandes der Frauenärzte in Schleswig-Holstein, Frau Dr. Doris Scharrel: Die Geburt eines Kindes ist kein Sekundenergebnis.

(Zurufe)

- Das ist die Aussage einer Fachärztin. Wenn ihr das besser wisst, ist es ja schön.

Und weiter: Bei regelhaft durchgeführter Mutterchaftsvorsorge sind Risiken weit vor der Geburt bekannt und beginnen nicht erst auf dem Transport zur Klinik.

2011 lag Schleswig-Holstein im Qualitätsindex der Frühgeborenenversorgung auf Platz 13 von 16. 2012 hatte sich die Quote zwar verbessert, aber trotzdem ist Schleswig-Holstein auf Platz 14 abgerutscht. Die anderen Bundesländer hatten sich in den Versorgungsstrukturen deutlicher verbessert. Warum? - Sie haben sich zum Beispiel an Portugal und an Finnland orientiert, wo man nämlich genau diese Konzepte schon umgesetzt hat, nämlich die **Geburtskliniken stärker zu zentralisieren** und damit die Anzahl der Geburten in einer Klinik und somit die Ergebnisqualität zu steigern. Das kann

(Birte Pauls)

natürlich auch längere Anfahrtswege bedeuten - selbstverständlich. Aber es ist doch wiederum Sache der Frauen zu entscheiden, wie sie entbinden möchten. Die Zahlen zeigen uns ganz deutlich, dass sie auch schon heute längere Anfahrtswege in Kauf nehmen, um eine höhere Sicherheit zu haben. Das ist übrigens auch der Grund gewesen, dass man Oldenburg geschlossen hat, weil dort zum Schluss eben nur noch 180 Geburten im Jahr stattgefunden haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete Pauls, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann?

Birte Pauls [SPD]:

Wenn Sie die Zeit anhalten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ja, die halten wir an, wir geben die drei Sekunden auch wieder drauf. - Bitte schön.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Liebe Frau Pauls, wir waren gemeinsam beim vdek am vergangenen Montag.

Birte Pauls [SPD]:

Nein, ich war da nicht.

- Na ja, aber Sie haben mitschreiben lassen. Jedenfalls finden sich die Fakten, die wir dort gehört haben, alle in Ihrem Beitrag wieder.

- Ja.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Geben Sie den Protagonisten des vdek recht, wenn sie sagen: Geburtskliniken sind nur noch gut, wenn sie mehr als 1.500 Geburten pro Jahr haben? - Das bedeutet, dass wir in Schleswig-Holstein nur noch vier Geburtskliniken haben werden!

- Ich glaube, das haben Sie meiner Rede nicht entnehmen können. Ich laufe auch nicht blind dem hinterher, was uns Krankenkassen vorgeben wollen. Das ist nicht meine Art von Politik. Aber ich höre es mir gern an, genauso wie ich mir gern die Meinung von Fachärzten anhöre, die sich zu dem Thema äußern, und die Meinung von Hebammen, die sich zu dem Thema äußern. Dann muss ich feststellen, dass ich eine unterschiedliche Einschätzung ha-

be. Die muss ich bewerten. Das ist meine Aufgabe als Politikerin.

(Beifall SPD, Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal auf meinen Anfangssatz zurückkommen, denn ich glaube, das ist das, was für alle Entscheidungen grundlegend ist: Die **Sicherheit und Gesundheit von Mutter und Kind** haben absoluten Vorrang. Wie man sieht, müssen diese ganzen vielen Parameter und auch die ganzen Ideen, die wir hier diskutieren, und die ganzen Kriterien, die wichtig sind - Anfahrtswege, die demografische Entwicklung, dazu gehören unsere regionalen Besonderheiten, dazu gehört aber auch eine wissenschaftliche und medizinische Entwicklung -, das alles muss in ein Konzept gepackt werden. An diesem **Konzept** wird gearbeitet.

(Volker Dornquast [CDU]: Aber viel zu lange schon!)

Da möchte ich lieber gründliche Ergebnisse haben. Wir haben vor den Sommerferien die Landesregierung beauftragt, mit Fachexperten dieses Konzept zu erarbeiten - vor den Sommerferien!

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Daran wird jetzt gearbeitet.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, kommen Sie zum Schluss!

Birte Pauls [SPD]:

Ja. - Ich würde mich sehr freuen, wenn wir jetzt nicht irgendwelche Ergebnisse vorwegnehmen, sondern unsere Ideen zusammen mit den Ergebnissen der Experten bewerten und dann anschließend unsere Entscheidung treffen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Etwa 20.000 Kinder erblicken pro Jahr in Schleswig-Holstein das Licht der Welt -

(Dr. Marret Bohn)

20.000-mal die Aussicht auf ein gutes Leben im schönsten Bundesland der Welt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Die **Geburtshilfe** - darauf hat die Schwangere einen Anspruch - gehört für uns Grüne zur **Daseinsvorsorge**. Wir sind davon überzeugt, dass sie nicht in die Hände privater Kliniken gehört.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Wolfgang Dudda [PIRATEN] und Flemming Meyer [SSW])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Geburtshilfe darf es keine blinden Flecken geben. Das gilt fürs flache Land, und das gilt ausdrücklich auch für die Inseln und Halligen. Jede Schwangere hat nach dem Sozialgesetzbuch das Recht auf Leistungen vor, während und nach der Geburt. Das beinhaltet Schwangerschaftsvorsorge, Geburtshilfe und Wochenbettnachsorge. Die Leistungen von Hebammen und Frauenärzten können ambulant und stationär in Anspruch genommen werden. So weit der theoretische Anspruch.

In der Praxis haben wir allerdings einige Probleme - da muss ich der Kollegin Rathje-Hoffmann ausdrücklich recht geben -, um die sollten wir uns gemeinsam kümmern. Die Bevölkerung schrumpft, weniger Menschen bekommen weniger Kinder. Paare gründen später eine Familie. Unterm Strich gibt es immer weniger Geburten, und der **Anteil an Risikoschwangerschaften** nimmt zu. Inzwischen ist er bei sage und schreibe 75 % angelangt. Das liegt unter anderem daran, dass die Schwangeren über 35 als Risikogebärende gelten, und es liegt daran, dass chronische Erkrankungen und starkes Übergewicht leider deutlich zunehmen.

Weil viele Eltern auf Nummer sicher gehen, gehen sie in ein **Perinatalzentrum** mit maximaler medizinischer Sicherheit und maximaler medizinischer Betreuung, weil das Ziel aller Eltern - da bin ich mir ganz sicher - ein gesundes Kind und eine gesunde Mutter ist.

Die Geburtenzahlen in reinen **Geburtshilfeabteilungen** ohne Perinatalzentren sinken allerdings. Dann kommt der Dominoeffekt in Gang, den die Kollegin gerade aufgezählt hat. Es sind in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein eine ganze Reihe von Geburtshilfeabteilungen geschlossen worden. Für Sylt und Oldenburg haben wir die Entwicklung hier im letzten Jahr ausführlich diskutiert. Die Geburten reichten nicht aus. Es gibt einen ausgeprägten Fachkräftemangel. Der trifft diese Kliniken be-

sonders. Denn je höher die Geburtenzahlen, desto besser die Facharztweiterbildung. Es ist eine ganze Kette, die diese Entwicklung nach sich zieht.

Eines ist nach dem Gespräch am Montag ganz klar geworden: Es ist gut und richtig, dass der Verband der Ersatzkassen ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, um das einmal von unabhängigen Experten beleuchten zu lassen. Ich sage ganz deutlich: Der Kollege, der Sozialmediziner, der das vorgetragen hat, ist für mich ein unabhängiger Experte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Er hat deutlich gemacht, dass wir uns einmal darüber Gedanken machen müssen, was oberste Priorität ist. Es darf nicht nur darum gehen, einen kurzen Weg zu haben, sondern oberste Priorität ist die Qualität, die Sicherheit für Mutter und Kind.

(Beifall)

Das bedeutet für uns alle, dass wir kritisch hinterfragen müssen, wie wir mit den Vokabeln „flächendeckend“ und „wohnnah“ umgehen.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Dr. Heiner Garg [FDP] und Flemming Meyer [SSW])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen brauchen wir für Schleswig-Holstein ein **Konzept**. Wir brauchen eine Idee, wie es aus einem Guss funktionieren kann. Auf der anderen Seite müssen auch regionale Besonderheiten berücksichtigt werden.

(Beifall)

Deswegen finde ich es gut und richtig, dass Ärztinnen, Hebammen, Krankenkassen, Klinikträger, alle vom Ministerium mit ins Boot geholt werden. Wir müssen alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Dann kann es funktionieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind Montag ausführlich darüber informiert worden. Ich gebe der Kollegin Pauls recht: Wir müssen selber entscheiden, wie wir das letztendlich alles bewerten. Aber eines sollte uns klar sein: Die jetzige Lage ist ernst genug, wir müssen uns auf zu neuen Wegen machen. Für uns Grüne gibt es dabei keine Denkverbote.

Wenn es um **Boardingkonzepte** geht, sagen wir nicht: nein, auf gar keinen Fall, das geht nicht, sondern wir sagen: Ja, wenn wir Boardingkonzepte brauchen, dann müssen sie aber auch gut gemacht werden.

(Dr. Marret Bohn)

(Beifall Karsten Jasper [CDU] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wenn es um die **Einbindung** des **Rettungsdienstes** geht, können wir nicht sagen: Nein, auf gar keinen Fall darf sich der Rettungsdienst um Schwangere kümmern, das müssen immer Hebammen und Frauenärzte machen. Nein, wir müssen den Rettungsdienst mit einbeziehen, aber dann muss das Personal auch darauf eingestellt sein.

(Beifall)

Ich möchte auch den letzten Punkt gern aufgreifen: Ja, wir müssen uns den **Krankenhausplan** genau angucken, gern überarbeiten, aber immer mit der obersten Priorität: Qualität, gesunde Kinder, gesunde Schwangere.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich ausdrücklich auch über den Antrag des Kollegen Dudda, der sich die Mühe gemacht hat, die vielen Anregungen von Montag in einen Antrag zu gießen, und würde mich sehr freuen, wenn wir am Ende eine gemeinsame Linie im Sozialausschuss finden würden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das ist die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass der Antrag von Herrn Dudda jetzt ein Antrag der Piratenfraktion und der FDP-Fraktion geworden ist. Sie haben die Drucksache soeben auf den Tisch gelegt bekommen.

Jetzt gehen wir weiter in den Beratungen. Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass Sie darauf hingewiesen haben, dass wir uns dem Antrag der PIRATEN anschließen konnten, weil er tatsächlich all die Probleme im Detail aufgelistet hat.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Ich bin der Kollegin Bohn für ihren Beitrag ausgesprochen dankbar.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

In der Art und Weise, wie Sie das eben vorgetragen haben, beschreiben Sie die Situation sehr genau. Ich

würde mir wünschen, dass Sie in der Regierungskoalition entsprechenden Einfluss haben, damit wir da jetzt wirklich vorankommen.

(Beifall FDP und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn die Geburtshilfe in Schleswig-Holstein hat, wie es zurzeit aussieht, einen ganz schweren Stand. Wir haben rückläufige Geburtenzahlen bei gleichzeitiger Zunahme der Risikogeburten, erhöhte Qualitätsanforderungen durch den Gemeinsamen Bundesausschuss, niedrige Fallpauschalen für die Geburten, gleichzeitig die Verpflichtung, eine 24 Stunden an sieben Tagen die Woche zu leistende Versorgung. Das bringt Vorhaltungskosten mit sich mit zusätzlichen, exorbitanten Haftpflichtprämien. Tragische Unglücksfälle wie in Oldesloe und Sylt unterstützen die Vorbehalte gegen die kleinen Geburtshilfestationen zusätzlich. Letztendlich sind die geriatrischen Abteilungen einfach lukrativer. Wer will es da verdenken, dass die Krankenversicherungen und Krankenhausbetreiber da genau hingucken?

Sie haben es erwähnt, bis 2012 waren die Schließungen relativ unspektakulär. Die jungen Familien haben Ausweichmöglichkeiten gefunden, die sie akzeptiert haben. Mit der angedachten Schließung der **Eckernförder** Geburtsklinik wendete sich das Blatt. Die Kommunalpolitik hat sie erhalten. Leider haben wir das für **Sylt** und **Oldenburg** nicht hinbekommen. Liebe Kollegin Pauls, es geht nicht mehr nur um die Inseln und Halligen, sondern es geht inzwischen um ganz Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wir diskutieren seit Jahresbeginn nahezu monatlich über die Entwicklung der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Landesregierung hier Lösungen anbietet und den Familien und Schwangeren angemessene Lösungen aufzeigt.

Sie haben **Boardingkonzepte** angesprochen. Das ist sicherlich richtig, aber Sie verweisen immer wieder auf andere Länder, ganz besonders gern auf Skandinavien. Dort gibt es Patientenhotele. Das ist etwas ganz anderes als Boarding. Wenn man hört, wie es übergestülpt wurde, wie es kurzfristig gemacht wurde, ist es sicherlich eine erste Lösung, Ferienwohnungen anzumieten, aber eine wirkliche Lösung ist das nicht.

(Zurufe)

(Anita Klahn)

Meine Damen und Herren, ich höre trotz aller Be-
teuerungen des Ministeriums, dass etwas getan wer-
de und es voraussichtlich keine weiteren Schlie-
ßungsabsichten gebe, genau das Gegenteil. Ich habe
den Eindruck, dass es dem Ministerium an dieser
Stelle nicht unangenehm ist, dass die Krankenversi-
cherungen und Klinikbetreiber diese unangenehme
Strukturentscheidung treffen. Denn bereits in den
Jahren 1998/99 wurde im Rüschemann-Gutachten,
das Ihnen allen bekannt sein sollte, auf den notwen-
digen Umbau der medizinischen Versorgung, und
zwar in allen Disziplinen, bei einer sich verändern-
den Bevölkerungsstruktur hingewiesen. Eine ehrliche
öffentliche Diskussion hat es dazu nicht wirk-
lich gegeben.

Zum **Vergleich** mit der Geburtshilfe in **anderen
europäischen Ländern!** Die Kollegin Rathje-Hoff-
mann hat auf die Veranstaltung des vdek hingewie-
sen. Dort wurde gesagt, dass wir in Ländern wie
Portugal, Finnland, Schweden, Dänemark eine ganz
andere Situation vorfinden. Ja, wunderbar. In Portu-
gal leben 118 Einwohner auf einem Quadratkilome-
ter, in Dänemark 129, in Schweden 22 und in Finn-
land 7. In Deutschland - ich muss ja die Länder im
Ganzen vergleichen - leben 226 Einwohner pro
Quadratkilometer, in Schleswig-Holstein immerhin
noch 178.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Diese Zahlen zeigen auf, dass wir einen wesentlich
höheren Bedarf haben. - Natürlich kann ich das im
Durchschnitt berechnen, Frau von Kalben.

(Unruhe)

Beim Thema **Säuglingssterblichkeit**, das immer
wieder angeführt wurde und wo darauf verwiesen
wurde, dass Deutschland dort einen schlechten Sta-
tus einnehme, möchte ich auf einen Bericht aus
Österreich hinweisen. Dort werden schlicht die ge-
meldeten Daten angezweifelt. Die Zahlen wurden
von den 184 bewerteten Ländern mit völlig unter-
schiedlichen Kriterien gemeldet, was die Bewer-
tung von Lebend- und Totgeburten betrifft.

Wir haben in Deutschland einen ganz anderen An-
spruch als die Österreicher. Bei uns wird das Kind
als lebend geboren gemeldet, wenn es - ich sage es
so; es ist eine traurige Geschichte - auch nur eine
kurze Schnappatmung gemacht hat und dann ver-
stirbt. Das wird in anderen Ländern ganz anders be-
wertet.

Es wird argumentiert: Wir haben einen neunprozen-
tigen Anteil von **Frühgeborenen** in Schleswig-

Holstein. Er ist in diesem Vergleich extrem hoch.
Sie vermischen in der Argumentation um die
Schließung der Geburtshilfe schlicht und einfach
die Sterblichkeit bei Frühgeborenen unter 1.500 g
mit normalen Geburten. Ich kann das nicht akzep-
tieren. An dieser Stelle sollten wir uns die ehrliche
Frage stellen, wie viele hochspezialisierte Kliniken
wir für diese Frühgeburten in Schleswig-Holstein
brauchen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie zum Schluss.

Anita Klahn [FDP]:

Vom vdek wurde uns aufgezeigt, wir bräuchten ei-
gentlich nur noch zwei. Dann sind aber die Landbe-
reiche, die Westküste, Ostholstein, völlig ausge-
blendet. Daraufhin wurde von dem Vertreter gleich
korrigiert, dass wir natürlich auch andere Angebote
bräuchten. Die Frage ist, in welchem Level sie da
sein müssen. Das müssen wir ganz dringend klären.

Ich möchte zum Schluss kommen. Das Schwarze-
Peter-Spiel der Landesregierung ist für die Schwan-
geren, ehrlich gesagt, unwürdig. Wälzen Sie die
Verantwortung nicht ab!

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Formulieren Sie bitte Ihren letzten Satz!

Anita Klahn [FDP]:

Zeigen Sie nicht auf andere! Frau Ministerin - ich
sehe, Sie hören mir sehr aufmerksam zu -: Tun Sie
etwas! Tun Sie etwas für die Schwangeren! Nicht
nur Papiere! Handeln Sie!

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Herr Abgeord-
nete Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Um eines gleich vorwegzunehmen: Dieses Thema
ist keines, an dem sich die Opposition wahltaktisch
abarbeiten sollte. Auch alle anderen Fraktionen
sollten das nicht tun. Es ist ein Thema, das Men-
schen berührt, weil es Menschen konkret und in ei-
ner besonderen Situation privat betrifft.

(Beifall PIRATEN, CDU, FDP und SSW)

(Wolfgang Dudda)

Geburtshilfe - das halte ich ausdrücklich fest - ist ein Thema, das allen hier im Raum hoffentlich gleichermaßen am Herzen liegt, das keine parteipolitischen Gräben aufreißen lassen sollte und das auf dem ersten Blick viel einfacher aussieht, als es in seiner Komplexität tatsächlich ist. Das haben alle gesundheitspolitischen Sprecher am Montag bei einem Empfang beim **vdek**, als wir das Thema Pränatalzentrum besprochen haben, mitbekommen. Ich danke dem vdek ausdrücklich dafür, weil es eine gelungene Veranstaltung war, in der wir sehr viel erfahren und gelernt haben. Das ist auch der Grund für den Änderungsantrag der PIRATEN zum CDU-Antrag, dem sich die FDP angeschlossen hat.

Worum geht es? Nach den vielen Diskussionen und Gesprächen, nach Besuchen von aktiven Müttern mit Kindern und Hebammenaktivistinnen gelangte das Thema der Schließung von Geburtshilfestationen einmal mehr - muss man ja sagen - auf die politische Tagesordnung. Der Reflex der meisten von uns war damals: Geht gar nicht! Stationen müssen erhalten bleiben, um kurze Wege für die werdenden Mütter zu gewährleisten und so ein Mindestmaß an Qualität und Sicherheit sicherzustellen. Das war auch mein Reflex - das gebe ich zu. Das war auch ein Reflex, weil ich immer in Zorn gerate, vor allem, wenn auf **Gewinnoptimierung** ausgerichtete Privatkonzerne vermeintlich weniger gewinnbringende Stationen zugunsten lukrativer Stationen schließen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch wenn ich in der Sache dabei bleibe, dass dies ein großes Problem ist, nehme ich mich an dieser Stelle ausdrücklich zurück und möchte das **Gesamtproblem** auf die Fakten lenken, die uns am vergangenen Montag von Herrn Dr. Koke vom MDK nahegebracht wurden. Wir alle kennen die Faktoren, die heute die **Rahmenbedingungen für die Geburtshilfestation** im Land setzen: rückläufige Geburtenzahlen, immer älter werdende erstgebärende Mütter, steigende Risikofaktoren mit einhergehenden steigenden Anforderungen an die medizinische Qualität.

Man muss auch unangenehme Wahrheiten sagen können und sagen können, dass wir im Parlament und in der Politik auch lernen. Dazu gehört eben auch, dass der bloße Erhalt der behandelnden Geburtshilfestationen eben nicht mehr diesen Anforderungen Rechnung trägt. Wissenschaftlich untermauern konnte Herr Dr. Koke auch die unmittelbaren Zusammenhänge zwischen Qualität und der Geburtenanzahl und die Tatsache, dass die Entfernung zu-

nächst nichts mit der Qualität der Sicherheit zu tun hat. Am Montag wurde die Vorsorge, die Hinführung zur Geburt, in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt - eine Perspektive, die für uns unmittelbare Konsequenzen für die Politik haben muss.

Politik muss ausgestalten, was Praxis erfordert. In diesem Fall habe ich den politischen Auftrag gemacht, ein **regionales Konzept**, einen Masterplan einzufordern, der allem, was wir wissen, allem, was wir dazugelernt haben, und allem, was für die Zukunft nötig ist, Rechnung trägt.

Der CDU-Antrag kam vor dem Gutachten und der wissenschaftlichen Betrachtung der Situation. Ich gebe zu, dass mich die Tatsache, dass **Schleswig-Holstein** bei den **Frühgeborenen** im Bundesdurchschnitt schlechte Werte hat, sehr betroffen gemacht hat. Mich machen auch die bundesweit schlechten Werte im internationalen Vergleich betroffen. So hoffe ich, dass wir gemeinsam für Schleswig-Holstein und von Schleswig-Holstein ausgehend ein Zeichen setzen werden, dass wir nicht an den Erkenntnissen aus anderen europäischen Ländern vorbei an alten Merkmalen festhalten, weil es so schön einfach ist.

Ich wünsche mir, dass der Antrag von FDP und PIRATEN als Einladung zum Gespräch verstanden wird. Ich sage klipp und klar, was ich erwarte: Der Masterplan dazu muss öffentlich mit maximaler Transparenz entwickelt werden, damit er verstanden und akzeptiert wird. Seine Kernpunkte müssen von uns allen erklärt werden. Denn machen wir uns nichts vor: Wir haben **zu viele Geburtshilfestationen**, und es wird viel Vermittlungsarbeit notwendig sein, um die Skeptiker zu überzeugen.

(Beifall PIRATEN, FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gleichzeitig sage ich: Diejenigen, die an alten Strukturen festhalten, sind nicht in der Mehrheit. Die ganz große Mehrheit der werdenden Mütter wendet sich gern an medizinische Spitzenzentren. Sie nehmen funktionierende Boardingkonzepte gut an.

Ich hoffe, dass es gelingt, in einem sachlichen und offenen Verfahren ein modernes, **zukunftsfähiges Regionalkonzept** zu entwickeln, das am Ende alle überzeugt.

Der CDU-Antrag ist gut, weil wir seinetwegen die Situation der Geburtshilfe bei uns verantwortlich angehen. Die Erkenntnisse des MDK-Gutachtens konnte er noch nicht berücksichtigen. Deshalb ist er

(Wolfgang Dudda)

etwas ungenauer als die Folgeanträge. Der von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Änderungsantrag ist mir zu unverbindlich, was den Zeitplan angeht. Was Ankündigungen angeht, hat die Kollegin Rathje-Hoffmann schon ausführlich Stellung bezogen. Von daher ist er mir einfach zu unverbindlich.

(Beifall PIRATEN, FDP und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Wir brauchen auch wegen des Zeitdrucks an dieser Stelle Präzision.

Inhaltlich jedoch ist der Koalitionsantrag ziemlich deckungsgleich mit dem Antrag von PIRATEN und FDP. Weil alle Anträge das Richtige wollen, könnte ich allen Anträgen zustimmen, auch dem der Koalition. Ich habe erfahren, dass wir weiteren Beratungsbedarf haben und möglicherweise - diese Zeichen deuten sich an - zu einem **interfraktionellen Antrag** kommen, der dem Land vielleicht besser hilft, als wenn wir uns hier rumstreiten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Herder-Gymnasiums in Rendsburg. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben uns in der letzten Zeit intensiv mit dem Thema Geburtshilfe beschäftigt - und das aus sehr gutem Grund. Ich denke, die Situationen auf **Sylt** und in **Oldenburg** haben eines deutlich gemacht: Wenn es um die Sicherstellung einer **flächendeckenden** und **qualitativ hochwertigen Geburtshilfe** geht, gibt es keine einfachen Lösungen. Auch die bloße Aussage: „Wo ein Wille ist, ist auch Weg“, hilft uns nicht weiter, denn für solch einfache Parolen ist das Thema einfach zu komplex.

Die besorgniserregende Tendenz in diesem wichtigen Bereich der Gesundheitsversorgung ist auch in der letzten Debatte hier im Landtag deutlich geworden: Die Zahl der Kliniken mit Geburtshilfeabteilung ist in Deutschland zum Beispiel im Zeitraum

von 1991 bis 2010 von 853 auf 453 gesunken. Diese Zahl spricht eine deutliche Sprache. Umso wichtiger ist für mich der Hinweis, dass es natürlich nicht nur um Profit gehen darf. Ich denke, so manche **Klinik** sollte sich immer wieder einmal darauf besinnen, dass sie einen **Versorgungsauftrag** zu erfüllen hat. Auch wenn die Einflussmöglichkeiten der Politik sicherlich begrenzt sind, hoffe ich, dass wir alle gemeinsam die Praxis, sich Rosinen herauszupicken und unrentable Bereiche fallenzulassen, verurteilen.

Kein Zweifel, losgelöst von Einzelfällen steht fest, dass wir alle - die Kreise, das Land und der Bund - in der Pflicht sind, einen verlässlichen Rahmen für ein bedarfsgerechtes Angebot in der Geburtshilfe sicherzustellen. Wir brauchen funktionierende Netzwerke im Land, an denen nicht zuletzt die Hebammen beteiligt werden. Auch die Probleme bei der Finanzierung ihrer Leistungen und bei den Versicherungsprämien müssen endlich gelöst werden. Für die Kinderkliniken und Geburtshilfeabteilungen, die in Regionen liegen, die heute und in der Zukunft besonders von der demografischen Entwicklung betroffen sind, muss dringend eine tragfähige Lösung her. In diesem Zusammenhang ist es ungemein wichtig, dass alle, auch der Bund, ihrer Verantwortung nachkommen.

Es ist offensichtlich, dass die Sicherstellung einer flächendeckenden Geburtshilfe nur gelingt, wenn sich alle betroffenen Ebenen engagieren und wenn wir intensiv zusammenarbeiten. Das Land ist hierbei auf einem richtigen Weg.

Ich möchte daran erinnern: In diesem Haus haben wir uns kürzlich mit großer Mehrheit auf wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein geeinigt. Auf dieser Grundlage arbeitet unsere Landesregierung gerade mit großem Einsatz. Dass sich nicht alle Probleme von heute auf morgen lösen lassen, versteht sich von selbst.

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Unser Ziel ist und bleibt ein **umfassendes Konzept** für die Sicherstellung der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein, das sowohl **stationäre** als auch **ambulante Angebote** enthalten muss. Es soll - das können Sie unserem Antrag ebenfalls entnehmen - Eingang in den überarbeiteten Krankenhausrahmenplan finden. Hierbei müssen nicht nur besondere regionale Bedürfnisse berücksichtigt, sondern auch alle betroffenen Gruppen angemessen beteiligt werden. Genau das werden wir tun.

(Flemming Meyer)

Ich freue mich auf die Anträge, die sowohl von der CDU als auch gemeinsam von PIRATEN und FDP gekommen sind. Es bringt uns in der Sache weiter, gemeinsam auf Lösungen hinzuarbeiten.

Vorhin wurden Vergleiche mit Schweden, Finnland oder Portugal angesprochen. Es gibt immer wieder Vergleiche zur **Säuglingssterblichkeit**. Man muss dabei jedoch viel tiefer gehen.

(Anita Klahn [FDP]: Ja!)

Ich habe mir die Situation in Dänemark angesehen. Dort dreht es sich nicht nur um die Säuglingssterblichkeit. So sind beispielsweise spastische Lähmungen aufgrund von Unterversorgung in Dänemark stark zurückgegangen, nachdem man Konzentrationen gemacht und Perinatalzentren des Levels 1 eingeführt hat. Das sind wichtige Faktoren, die man einbeziehen muss.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht also nicht nur um Säuglingssterblichkeit. Deshalb lohnt es sich sehr wohl, auch einmal über den Tellerrand zu schauen, obwohl man nicht alles vergleichen kann.

(Anita Klahn [FDP]: Genau! Das ist es doch!)

- Man kann nicht alles vergleichen.

(Anita Klahn [FDP]: Genau!)

Aber es lohnt sich sehr wohl, mal über die Grenze zu schauen und ins Detail zu gehen. Denn dabei kann man bestimmt einiges lernen.

Wie gesagt: Der bloße Vergleich der Zahlen der Säuglingssterblichkeit erzählt nicht die ganze Wahrheit.

(Anita Klahn [FDP]: Das machen doch aber die Verbände auch!)

Da gibt es noch ganz andere Probleme. - Mangel!

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Aus dem Kreis der Abgeordneten sehe ich keine weitere Wortmeldung. - Dann hat nun für die Landesregierung die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Frau Kristin Alheit, das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Danke schön, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir alle erleben in den letzten Monaten, wie wichtig das Thema Geburtshilfe für ganz viele Menschen bei uns im Land ist - auch emotional. Sie erwarten von uns, der Landesregierung, aber auch von ihren parlamentarischen Vertreterinnen und Vertretern, wir sollten ihre **Geburtshilfe vor Ort** sichern. Ehrlich gesagt: Wie sollte man ihnen das verdenken? Wie sollte man das nicht verstehen können?

Ich glaube: In allen Beiträgen, die wir gehört haben, sind wir uns in dem Ziel einig, eine **qualitativ hochwertige** und möglichst gut erreichbare **Geburtshilfe flächendeckend** zu sichern.

Angesichts der komplexen rechtlichen und tatsächlichen Bedingungen ringen wir um die bestmögliche Lösung. Das kommt in den vorliegenden Anträgen, auch in dem Antrag von PIRATEN und FDP, ganz deutlich zum Ausdruck. Es wird deutlich, wie in ganz unterschiedlichen Ansätzen für dieses Ringen geworben wird und wie diese Anträge für dieses Ringen stehen.

Eines kann man an allen drei Anträgen erkennen und ablesen: Es gibt keine einfachen, vor allem auch keine schnellen Lösungen für die Geburtshilfe. Es steht uns gut an, das gemeinsam so zu sagen. Wer die Erwartung an schnelle politische Antworten weckt, weckt, ehrlich gesagt, nicht erfüllbare Erwartungen, die am Ende nicht nur einer Person, etwa mir, sondern uns allen auf die Füße fallen werden. Das sollten wir bei allem notwendigen Streit gemeinsam im Kopf behalten.

Denn, meine Damen und Herren, natürlich sind hier alle für eine Geburtshilfe, die flächendeckend, wohnortnah und qualitativ hochwertig ist. Nur sind **Wohnortnähe** und **hohe Versorgungsqualität** nicht immer einfach unter einen Hut zu bringen. Das ist bei der Botschaft ganz schön deutlich geworden, die von der vdek-Veranstaltung bei Ihnen offensichtlich angekommen ist. Das erleben wir auch ganz aktuell im Zielkonflikt. Das lässt sich nicht so einfach wegdiskutieren. Es ist in mehreren Beiträgen deutlich geworden, dass viele werdende Mütter das ganz genau verstehen. Sie machen das deutlich, indem sie in die geburtshilflichen Zentren gehen, denen eine Kinder- und Intensivstation angeschlossen ist.

Ich möchte einen Qualitätsindikator nennen, der hier noch nicht so häufig genannt wurde wie die Geburtssterblichkeit: In Schleswig-Holstein sind

(Ministerin Kristin Alheit)

die niedrigsten **Kaiserschnittsraten** in den größeren geburtshilflichen Einrichtungen zu verzeichnen. Im Jahr 2013 haben zwei Drittel aller Geburten in diesen regionalen Zentren stattgefunden. Dies ist ein Teil der Entwicklung - das ist erkennbar bei allen angekommen -, den wir nicht wegdiskutieren können und bei dem ich der festen Auffassung bin, wir sollten ihn gestalten. Zu dieser Gestaltung gehören Stichworte wie **unterstützende Maßnahmen** dort, wo es sich nicht verhindern lässt, dass die Wege weiter werden, und dass auch die hier bereits genannten Boarding-Konzepte gut und vernünftig ausgebaut wurden. Auch die Schulung von Rettungsdienstkräften gehört dazu, ebenso wie die Stärkung der ambulanten Versorgungsstrukturen und -netzwerke.

Auch die in den Anträgen genannten Instrumente wie die Abbildung der Geburtshilfe im Krankenhausplan oder ein Konzept der stationären Geburtshilfe durch regionale Akteurskooperation zu stärken, sind wichtige Ziele und stellen ganz wichtige Bausteine dar, die wir selbstverständlich bei der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein einbeziehen. Mein Haus arbeitet - das wissen Sie - am **Konzept zur Sicherstellung der stationären geburtshilflichen Versorgung in Schleswig-Holstein**.

Natürlich holen wir uns Fachleute dazu. Diesen Auftrag hat uns der Landtag vor den Sommerferien gegeben. Ich finde es eigentlich ein bisschen schade, dass noch gar nicht anerkannt wurde, dass wir vor den Sommerferien einen dicken **Bericht** vorgelegt haben, der die Situation sehr genau beschreibt und der die Perspektiven und Handlungsnotwendigkeiten aufzeigt, auf denen wir jetzt alle aufbauen.

(Anita Klahn [FDP]: Oh!)

Ich will hier etwas zu Protokoll geben, das ich zwar schon häufig gesagt habe, das aber ein bisschen unterzugehen droht.

(Anita Klahn [FDP]: Der Bericht war eher dürftig!)

Der Krankenhausplan ist ein wichtiges Instrument. Aber er ist ein Instrument, um Träger zur Versorgung zuzulassen. Er ist kein Instrument, um Träger zur Versorgung unabhängig von Qualitätserfordernissen zwingen zu können. Selbstverständlich werden wir an keiner Stelle solche Kriterien definieren, die den fachlichen Mindeststandard der Leitlinien der Fachgesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe infrage stellen. Bereits im jetzigen Krankenhausplan haben wir qualitativ hochwertige Versorgungsstrukturen als Leitgedanken gehabt. Dies gilt

übrigens für alle Fachbereiche, auch für die Geburtshilfe.

Wir werden diesen Gedanken, wenn wir den **Krankenhausplan** überarbeiten, natürlich verstärkt in den Blick nehmen, ebenso wie die demografische Entwicklung, die wir schon jetzt haben und die sich zukünftig fortsetzen wird. Wir werden mit der Bearbeitung beginnen, sobald uns die derzeitigen Überarbeitungen, die auf bundesgesetzlicher Ebene erfolgen, bekannt sind. Das werden wir dann hier diskutieren und mit unseren neuen Anforderungen mit allen Beteiligten erörtern. Denn schon von Gesetzes wegen gehören die Krankenhausträger und die Krankenkassen dazu.

Aber wenn wir über Geburtshilfe reden - Sie wissen, wie wichtig der Landesregierung die Hebammen sind; wir haben uns sehr für ihre Stärkung eingesetzt -, sage ich Ihnen: Ich bin froh, wenn jetzt gesetzgeberische Vorhaben von Herrn Gröhe auf den Weg gebracht werden. Aber natürlich werden wir Sie bei all diesen Gedanken einbeziehen. Das ist elementar für unser Verständnis von guten Netzwerkstrukturen. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Es wurde beantragt, den Antrag Drucksache 18/2256 sowie die Änderungsanträge Drucksache 18/2364 (neu) und Drucksache 18/2368 als selbstständige Anträge dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig. Dann wird das überwiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 37 auf:

Ehrenamt in Schleswig-Holstein stärken - Ehrenamtskarte attraktiver gestalten

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2281

Ich erteile zunächst der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Frau Kristin Alheit, das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass ich zweimal hintereinander ans Pult gehen kann und zwei Tagesordnungspunkte von mir gesetzt werden, dafür danke ich Ihnen sehr, vor allem, weil es wichtig und gut ist, an dieser Stelle einmal über das **ehrenamtliche Engagement** unserer aktiven Bürgerinnen und Bürger zu reden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn das Anliegen, das Ehrenamt in Schleswig-Holstein zu stärken, ist auch das Anliegen der Landesregierung und - ich glaube auch - des gesamten Landtags.

Der Landtag hat die Landesregierung im Juni 2014 um Prüfung gebeten, wie die **Ehrenamtskarte** bekannter und attraktiver gemacht werden kann und zugleich noch mehr Ehrenamtliche in den Genuss der Ehrenamtskarte kommen können. Der Ihnen dazu vorliegende Bericht ist kurz und knackig, was bitte nicht mit fehlendem Gehalt zu verwechseln ist, denn manchmal haben wir Berichte, die vielleicht lang und ausladend sind, aber deren Ertrag gar nicht so groß ist. Das ist hier ausdrücklich nicht der Fall.

Mein Haus hat innerhalb der kurzen Frist nicht nur den Bericht vorgelegt, sondern ganz konkrete Schritte für eine attraktive Ehrenamtskarte nicht nur geprüft, sondern tatsächlich auf den Weg gebracht und gemeinsam mit den Akteuren, die die Karte organisieren und tragen, besprochen und umgesetzt.

Ich finde, das ist gut so, denn ehrenamtliche beziehungsweise bürgerschaftliche Tätigkeit und Engagement sind Ausdruck und Fundament einer **freiheitlichen Zivilgesellschaft**. Es ist ganz oft die Basis dafür, dass gesellschaftlich wichtige Leistungen überhaupt möglich werden. Das trifft zum Beispiel für die ehrenamtlichen Trainerinnen und Trainer im Sport zu, durch Engagement für Kultur und Umweltschutz, in den Kirchen, im sozial-karitativen Bereich und nicht zuletzt bei dem großen Bereich der Freiwilligen Feuerwehr.

Diese und ganz viele andere Beispiele stehen für die Bereitschaft, sich für andere stark zu machen, und das, ohne zu fragen: Was habe ich selbst davon? Gerade weil das so ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es richtig und wichtig, dass wir als Gesellschaft denen, die sich dort engagieren, etwas zurückgeben.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine **Kultur der Anerkennung** für Ehrenamtliche ist aus dem Selbstverständnis der Landesregierung nicht wegzudenken. Unter der Federführung des Sozialministeriums bestehen vielfältige Aktivitäten in dieser Hinsicht, auch Kooperationen zur Förderung des Ehrenamts ganz konkret in praktischer Unterstützung der ehrenamtlich engagierten Menschen bei uns im Land.

Aber danke sagen kann und soll auch die Gesellschaft als Ganzes tun. Die **Ehrenamtskarte** ist ein Instrument, Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit auszudrücken, verbunden mit einem ganz praktischen Nutzen. Und sie ist auch eine Möglichkeit für Unternehmen, Organisationen und Gemeinden mit besonderen Angeboten und Vergünstigungen einmal danke zu sagen.

Aktuell ist es in Schleswig-Holstein so, dass schon 75 solcher Bonusgeber da sind und es Preisnachlässe, Verlosungen und die Teilnahme an besonderen Ereignissen gibt, von denen man profitieren kann. Bisher bekamen diejenigen die Ehrenamtskarte und damit in den Genuss dieser Bonusangebote, die sich in einer gemeinnützigen Organisation unentgeltlich mindestens fünf Stunden pro Woche beziehungsweise 200 Stunden im Jahr engagierten und dies für die vergangenen zwei Jahre nachweisen konnten. Das waren hohe Hürden.

Wir wissen, dass die durchschnittlich fünf Wochenstunden an ehrenamtlicher Tätigkeit hauptsächlich von der **Generation 50 plus** geleistet werden konnten. **Jugendliche** und **Berufstätige** kamen sehr viel seltener in den Genuss der Karte, obwohl ich finde, dass eigentlich ihr Engagement nicht weniger zu würdigen ist, zumal sie es eben mit den Anforderungen ihrer Berufstätigkeit, ihrer Ausbildung oder der Familie unter einen Hut gebracht haben. Daher wurden die **zeitlichen Mindestanforderungen** von uns jetzt deutlich auf durchschnittlich drei Stunden pro Woche beziehungsweise 150 Stunden im Jahr gesenkt.

Ein weiterer Aspekt: Wir alle wollen, dass mehr junge Menschen sich noch stärker und dauerhaft ehrenamtlich engagieren, trotz Schule, Studium und Beruf, die dazu in Konkurrenz stehen. Daher haben wir die Ehrenamtskarte auch an die **Jugendgruppenleitercard** gekoppelt, die sogenannte JuLeiCa. Damit haben wir eine weitere Zugangsmöglichkeit speziell für junge Menschen ab 16 Jahren geschaffen, diese Karte in Anspruch zu nehmen.

(Ministerin Kristin Alheit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesen Neuerungen können mehr Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner eine Ehrenamtskarte erhalten. Es wird daher auf zweierlei ankommen:

Erstens. Es sollen mehr Menschen von dem Angebot erfahren. Deswegen werden wir für die Ehrenamtskarte im kommenden Jahr noch intensiver werben.

Zweitens sollten aber auch noch mehr Bonusgeber für ein attraktives Angebot für die Ehrenamtlichen gewonnen werden. Deshalb bedanke ich mich für die Gelegenheit, dass wir heute darüber sprechen können, und bitte Sie alle ganz konkret um Ihre Unterstützung. Denn die Gewinnung von **Bonuspartnern** wird vom Netzwerk Ehrenamt Schleswig-Holstein weiter vorangetrieben, mit signifikant erkennbarem Erfolg seit 2012. Meine Damen und Herren, viele Türen von Akteuren vor Ort lassen sich doch viel einfacher durch Sie als Landtagsabgeordnete vor Ort öffnen als durch ein Büro aus Kiel. Deswegen meine Bitte an Sie, den Ausbau eines engmaschigen Netzes von Partnern der Ehrenamtskarte durch Ihre Mithilfe zu unterstützen.

Ich bin sicher, die Möglichkeiten, das Ehrenamt im Land weiter zu stärken, bieten sich uns allen. Ich glaube, das ist unser gemeinsames Ziel. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute überzogen. Das bekommen Sie alle gutgeschrieben.

Ich möchte, bevor ich die Aussprache eröffne, darauf hinweisen, dass der Ältestenrat der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine zehninminütige Redezeit eingeräumt hat. Wir kommen jetzt zu den Beratungen. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin Alheit, herzlichen Dank an Sie und an Ihr Haus für diesen Bericht. Insbesondere möchte ich mich dafür bedanken, dass Sie nicht nur geänderte Eingangsvoraussetzungen für die **Ehrenamtskarte** geprüft, sondern gleich Tatsachen geschaffen haben. Mein Dank schließt ausdrücklich alle Akteure ein, die die praktische Arbeit mit der Karte haben.

Wir freuen uns, dass unsere Anregungen umgesetzt werden. Wir versprechen uns von den Änderungen, dass wir mehr Menschen für das Ehrenamt gewinnen können. Angesichts des demografischen Wandels ist ehrenamtliches Engagement nötiger denn je, und - Ministerin Alheit hat es gesagt - nicht zuletzt stärkt es die Zivilgesellschaft.

Meine Damen und Herren, mit der neuen Ehrenamtskarte werden die **Eingangsvoraussetzungen** vereinfacht. Schon wer drei Stunden pro Woche ehrenamtliche Arbeit leistet, kann die Karte beantragen. Damit wird es für deutlich mehr Menschen als bisher möglich werden, eine Ehrenamtskarte zu erhalten. Denn auch wenn es sich nach wenig anhört, fünf Stunden ehrenamtliche Arbeit in der Woche sind eine ganze Menge.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem, wenn Frau oder Mann mitten im Leben steht und Beruf, Familie, Sport oder Musik und Ehrenamt unter einen Hut bringen soll oder auch wenn Schule, Ausbildung oder Studium das Hauptaugenmerk gilt.

Meine Damen und Herren, auch die **Aufnahme der Jugendleiterinnen und Jugendleiter** in den Kreis der Berechtigten findet unsere Zustimmung. Rund 20.000 Jugendliche im Land engagieren sich ehrenamtlich. Die Zahl habe ich vom Landesjugendring, falls Sie sich fragen, woher ich die habe. Viele von ihnen sind im Besitz einer Jugendleiterkarte, der so genannten JuLeiCa, und ihr Engagement wird künftig ohne weitere Nachweise anerkannt. So hatten wir es übrigens auch im Koalitionsvertrag vereinbart.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anita Klahn [FDP]: Genau!)

Das ist gerade für junge Menschen ein großer Anreiz, nicht noch zusätzlich etwas anschieben zu müssen, sondern es einfach auch zu bekommen.

Natürlich sehe ich auch die kritischen Punkte. 75 **Bonuspartner** im ganzen Land sind ein Anfang, aber bei Weitem nicht genug. Deswegen schließe ich mich dem Appell von Ministerin Alheit an: Wir alle sind aufgefordert, vor Ort für die Ehrenamtskarte und um neue Bonuspartner zu werben. Wenn jede und jeder von uns aus diesem Hohen Haus in seiner Kommune einen Bonuspartner wirbt, könnten wir die Zahl auf einen Schlag fast verdoppeln. Das ist doch einmal ein Anreiz.

Sicherlich wird niemand nur wegen dieser Karte ein Ehrenamt annehmen, aber vielleicht ist sie doch ein

(Beate Raudies)

Anreiz und trägt zur positiven Entscheidung bei. Auf jeden Fall ist sie für diejenigen, die die Vergünstigungen in Anspruch nehmen, ein kleines Dankeschön für ihren Einsatz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Ehrenamtskarte unterstützen wir das bürgerschaftliche Engagement von Einzelpersonen, in gemeinnützigen Organisationen und in Vereinen und Verbänden. Es wird Sie nicht wundern, wenn ich unter diesen Verbänden die **Freiwilligen Feuerwehren** besonders hervorhebe, weil sie nicht nur in fast jedem Ort zu finden sind, sondern auch mit ihrer großen Zahl an Jugendfeuerwehren eine bundesweit herausragende Arbeit leisten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darum freut es mich besonders, dass es für die Feuerwehr eine **eigenständige Werbekampagne** geben wird. Das macht Sinn, denn die Feuerwehr braucht neue und vor allem jüngere Mitglieder. Wenn wir diese Kampagne dann irgendwann auf alle freiwilligen Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz ausweiten könnten, hätten wir eine Vielzahl von ehrenamtlich Tätigen im Land erreicht.

Meine Damen und Herren, die demografische Entwicklung beschert uns eine große Zahl aktiver älterer Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, ihre Kraft, ihre Lebenserfahrung und ihre Zeit für die Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen.

Allerdings machen sie leider häufig auch schlechte Erfahrungen mit ihrem Ehrenamt. Deswegen muss die Ausübung des Ehrenamtes insgesamt noch mehr erleichtert werden und darf nicht durch **steuer- und haftungsrechtliche Hürden** erschwert oder gar verhindert werden. Die rechtlichen Aspekte ehrenamtlicher Arbeit müssen deshalb transparenter gestaltet und zugunsten der ehrenamtlich Tätigen weiter vereinfacht werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen möchte ich in diesem Zusammenhang auch Finanzministerin Monika Heinold danken, auch wenn sie jetzt nicht mehr anwesend ist. Denn mit der Neuauflage der **Broschüre zum Steuerrecht für Vereine** ist ein wichtiger Schritt dieser Unterstützung schon geleistet worden. Dass sich die Finanzministerin auch noch die Zeit nimmt, um diese Broschüre den Ehrenamtlichen landesweit vorzustellen, verdient, so denke ich, einen besonderen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dadurch - das können Sie mir glauben - wird das Steuerrecht zwar nicht einfacher, aber es gibt immerhin eine sehr umfangreiche und umfassende Hilfestellung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es schon gesagt: Für das Ehrenamt gibt es noch viel zu tun. Die Ehrenamtskarte ist dabei ein Mosaiksteinchen, das wir mit den neuen Bedingungen zum Glänzen gebracht haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Petra Nicolaisen das Wort.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von meiner Seite, Frau Ministerin, herzlichen Dank für den vorgelegten Bericht.

Ehrenamtliches Engagement hat in Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert. Ohne ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger könnten viele Vereine, Kirchen, soziale Einrichtungen, Feuerwehren und andere lokale Initiativen nicht existieren.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke, Herr Kollege. - Die **Ehrenamtlichen** wenden hierfür einen beträchtlichen Anteil ihrer Zeit und Kraft auf. Ohne diesen Einsatz wäre unsere **Gesellschaft** ärmer. Wer sich freiwillig und unentgeltlich für die Gesellschaft engagiert, verdient besondere Anerkennung. Im Namen der CDU-Landtagsfraktion sage ich allen Ehrenamtlichen herzlichen Dank für Ihr ehrenamtliches Engagement.

(Beifall)

Durch den Besitz der **Ehrenamtskarte** erhalten die Ehrenamtlichen einen echten Mehrwert. Sie gewährt ihren Trägern Vergünstigungen, zum Beispiel in öffentlichen und privaten Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Sie ist ein Zeichen und gibt ein wenig von dem zurück, was sehr viele Schleswig-Holsteiner in die Gesellschaft einbringen.

Die Ehrenamtskarte ist allerdings nicht neu. In den Jahren 2009 bis 2011 und im Jahre 2013 wurde sie

(Petra Nicolaisen)

circa 1.000 Mal vergeben, 2012 circa 650 Mal. Sie wurde von der Landesregierung überarbeitet. Am **Bekanntheitsgrad** der Ehrenamtskarte ist mit Sicherheit noch zu arbeiten. Dem Bericht entnehme ich, dass einige Kreise noch keinen einzigen Bonuspartner haben. Da gibt es also noch viel zu tun.

In meiner Kleinen Anfrage vom 11. Dezember 2013 fragte ich, ob die Landesregierung eine **Ab-senkung** der **Mindestvoraussetzungen** in Bezug auf die zu leistende Stundenzahl für angemessen hält. Darauf bekam ich die Antwort: Nein.

„Eine Senkung der Zugangsvoraussetzungen auf durchschnittlich drei Stunden pro Woche hätte zur Folge, dass mehr als doppelt so viele Engagierte die Voraussetzungen für eine Ehrenamtskarte erfüllen würden. Die jetzt geforderte Stundenzahl wurde gewählt, weil die Ehrenamtskarte als Anerkennung für ein zeitlich besonders herausragendes Engagement gedacht ist.“

Der Kollege Garg stellte übrigens eine ähnlich lautende Kleine Anfrage, in der unter anderem nach den Auswirkungen einer Senkung der Zugangsvoraussetzung auf durchschnittlich drei Stunden pro Woche gefragt wurde.

Liebe Landesregierung, mehr als doppelt so viele ehrenamtlich Engagierte, das ist nicht schlimm. Freuen wir uns doch einfach darüber!

(Beifall CDU und FDP)

Frau Ministerin, die **Herabsetzung** des **Mindestalters** auf 14 Jahre für den Erwerb der Karte, auf die Sie ja nicht eingegangen sind, wäre übrigens ein weiterer Schritt zur Motivierung Jugendlicher für das Ehrenamt gewesen.

(Beifall CDU)

Ein zeitlich besonders herausragendes Engagement sind aus meiner Sicht im Übrigen auch schon die drei Stunden, die in den Kleinen Anfragen gefordert wurden. Aufgrund schulischer und beruflicher Belastungen sind mehr Stunden vielfach gar nicht leistbar.

Die Kleinen Anfragen und der Antrag der PIRATEN haben die Regierung anscheinend ein wenig zum Umdenken motiviert. Das ist gut und richtig so. Es war übrigens schwierig genug, die Landesregierung davon zu überzeugen, die **Übungsleiterpauschale** in Schleswig-Holstein auf 2.400 € pro Jahr **steuer- und sozialversicherungsfrei** anzuhängen.

Wenn Sie es mit der Wertschätzung des Ehrenamtes ernst meinen, dann nehmen Sie das Innenministerium in die Pflicht und sorgen vielleicht auch wieder einmal dafür, dass es bei den 125-jährigen Feuerwehrjubiläen anwesend ist.

(Beifall CDU)

Ehrenamtliches Engagement darf keine Nachteile mit sich bringen, sondern muss gefördert werden. Sie, liebe Ehrenamtliche, tun mehr als Ihre Pflicht und machen Schleswig-Holstein lebens- und liebenswert. Sie bereichern unsere Gesellschaft und sind ein Segen für das Land. - Herzlichen Dank!

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen zehnminütigen Beitrag erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Eka von Kalben für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Keine Sorge, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sicher, dass ich mich kürzer fassen kann.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Oh, wie schön!)

Aber ich finde es trotzdem richtig und wichtig, dass wir diese Debatte auch noch mit aller Ernsthaftigkeit und Wichtigkeit, die das Ehrenamt für uns im Land hat, führen. Deshalb war es mir wichtig, dem hier genügend Zeit widmen zu können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, das Ehrenamt geht alle an, Sie und mich im Plenarsaal genauso wie die Menschen draußen im Land. Mehr als ein Drittel aller Menschen in Deutschland engagiert sich neben Beruf, Ausbildung und manchmal Familie für die Allgemeinheit.

Ich habe im Frühjahr einige der **Ehrenamtsmessen** im Lande besucht und war davon beeindruckt, wie vielfältig das Ehrenamt ist und wie viele unterschiedliche Aufgaben man wahrnehmen kann. Die Liste des möglichen Engagements ist schier endlos. Da sind zum Beispiel die Freiwillige Feuerwehr oder das Technische Hilfswerk. Tausende Frauen und Männer sind bereit, ihre Gesundheit und manchmal auch ihr Leben zu riskieren. Sie schützen und bewahren uns alle vor Gefahren. Ein anderes Beispiel sind die Sportvereine. Auf jedem Sportplatz und in jeder Halle stehen Tag für Tag

(Eka von Kalben)

Übungsleiterinnen und Übungsleiter, die andere zur Bewegung motivieren oder es zumindest versuchen. Zum Beispiel die Naturschutzvereine. Umweltschützerinnen und Umweltschützer schützen Feuchtgebiete, zählen Vögel und erklären Interessierten die ökologischen Zusammenhänge der Natur. Oder schauen wir auf die Pflege: Gute Geister ersetzen und ergänzen Familie und Freunde. Ohne ihr freiwilliges Engagement wäre der Alltag der Menschen um einiges ärmer. In der Jugendarbeit, in der Flüchtlingsbetreuung, in der Kultur, in der Politik - überall füllt das Ehrenamt unser Gemeinwesen aus.

Alle diese Ehrenamtlichen fragen nicht nach Bezahlung. Sie wissen, dass die Gesellschaft nicht jede gute Tat entlohnen kann. Diese Ehrenamtlichen sind der Kitt unserer Gesellschaft. Ihnen allen gilt unser Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich einmal vor, wir müssten auf all das verzichten. In einigen Bereichen ist es mit dem Nachwuchs jetzt schon ziemlich problematisch. Wir haben dies an verschiedener Stelle diskutiert. Deshalb ist es enorm wichtig, dass wir das ehrenamtliche Engagement honorieren, wahrnehmen und unterstützen. Salbende Worte reichen da nicht immer, wenngleich diese sicherlich auch nötig sind.

Bei meinem Rundgang über die Messen habe ich Postkarten verteilt mit der Bitte, Anregungen zur Verbesserung des Ehrenamts mitzuteilen. Der Rücklauf war gering, vermutlich weil engagierte Menschen genug zu tun haben. Trotzdem konnte man feststellen, dass es einige gemeinsame Wünsche gab, die sich auch in den Gesprächen zeigten.

Zunächst einmal haben viele kritisiert, dass die Freistellung von Arbeitgebern, von Lehrerinnen und Lehrern, aber auch im Studium für freiwilliges Engagement besser werden könnte, gerade auch zum Beispiel für das Engagement bei der **Feuerwehr**.

Natürlich ist es für manchen **Arbeitgeber** schwierig, wenn sich in einem Dorf Mitglieder der Feuerwehr in einem Betrieb bündeln. Das ist eine Herausforderung, und das kann auch zu Unwuchten führen. Wenn ein Schüler mehr Zeit beim Ehrenamt als im Unterricht verbringt, kann das natürlich dazu führen, dass der Stoff nicht mehr aufholbar ist.

Im Grundsatz gilt aber: **Ehrenamt** darf nicht zur Benachteiligung führen, sondern soll im Gegenteil positiv anerkannt werden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Da könnte zum Beispiel freiwilliges gesellschaftliches Engagement ein wichtiges Kriterium sein bei Bewerbungen oder bei Stipendienvergaben. Auch bei der Studienplatzvergabe wünschte ich mir, dass das Engagement mindestens so viel zählt wie eine Abiturnote.

Die schleswig-holsteinische **Ehrenamtskarte** ist ein Dankeschön, das von Herzen kommt und das gern gegeben wird. Viele Kooperationspartner beteiligen sich - Frau Alheit hat darauf hingewiesen -, angefangen vom Schleswig-Holstein Musik Festival über Wattwanderungen und Museumsbesuche bis hin zum PC-Shop oder Marli-Café.

Ich weiß, dass vor Ort die Kommunen - Frau Damerow, Sie haben darauf hingewiesen, dass manche Kreise noch gar nichts anbieten - dabei sind, sich weiterzuentwickeln, und dass es sehr schwierig ist, **Kooperationspartner** zu gewinnen. Interessant war, dass die Kooperationspartner zum Teil sagen, die Karte werde an zu wenige ausgegeben. Das heißt, es besteht nicht die Sorge, dass massenhaft Karten verteilt werden, sondern es ist tatsächlich so, dass es sich für manche Unternehmen nicht lohnt, Kooperationspartner zu werden, wenn die Karte nicht an genügend viele Menschen verteilt wird.

Deshalb hoffen wir, dass die Ausweitung und die Senkung der Kriterien dazu führen, dass es einen Schub gibt. Ich finde die Idee gut. Wenn jeder von uns auch nur einen Kooperationspartner für das Projekt gewinnen würde, dann würde sich die Zahl der Kooperationspartner verdoppeln. Insofern sollte das für uns alle eine Aufgabe vielleicht für die Herbstferien sein.

(Beifall Dr. Gitta Trauernicht [SPD])

Meine Damen und Herren, so wichtig das Ehrenamt auch ist, wir dürfen es aber erstens nicht überstrapazieren und zweitens keine Festanstellung verdrängen. Ein Verdrängen, ein Crowding-out von Fachkräften kann nicht in unserem Interesse sein. Ehrenamtspolitik - das muss auch klar sein - ist nicht ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Das darf auch nicht die Antwort sein auf die Lücken, die der **Fachkräftemangel** reißen mag.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Eka von Kalben)

Gerade in der **Flüchtlingspolitik** beobachte ich in Schleswig-Holstein eine enorme Bereitschaft, sich zu engagieren. Das ist aus zweierlei Gründen sehr gut. Erstens erleichtert es die Integration der Menschen, wenn sie mit ihrem Nachbarn zusammenkommen. Zweitens könnten wir - ehrlicherweise - die Aufgaben, die sich uns stellen, allein mit hauptamtlichen Kräften nicht erfüllen, weil diese schlichtweg gar nicht zur Verfügung stehen.

Insbesondere an dieser Stelle sieht man, dass es zwei Probleme gibt. Erstens kann Ehrenamt auch zur Überforderung führen, weil zum Beispiel nicht jeder Ehrenamtliche mit traumatisierten Personen umgehen kann. Es ist auch nicht jeder Flüchtling immer dankbar für die Hilfe, die ihm angeboten wird. Das kann leicht zu Frust führen, und zwar auf beiden Seiten.

Zweitens kann mit ehrenamtlichem Engagement auch nicht immer der Grad an Verlässlichkeit erreicht werden, der dringend notwendig ist. Jugendliche entscheiden sich zum Beispiel dazu, Nachhilfeunterricht zu geben. Irgendwann geht dann aber der Abiturstress los, und zur Studienaufnahme wechselt man den Wohnort. Dann entsteht häufig eine Lücke, die nicht einfach so wieder geschlossen wird.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir ehrenamtliches Engagement mit professionellen Kräften unterstützen. Es muss Menschen geben, die vernetzen und die Ehrenamtliche unterstützen.

Dabei entsteht natürlich eine Konkurrenzsituation. Manchmal gibt es den einen oder anderen Profi, der sagt: Oh Mann, warum müssen wir jetzt die Laien auf die Menschen loslassen? - Das ist zum Beispiel häufig im Bereich der offenen **Ganztagschule** der Fall. Fakt ist aber, dass manche Dinge ohne Amateure gar nicht stattfinden können.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, die Ehrenamtskarte ist ein Dankeschön, nicht mehr und nicht weniger. Ich freue mich über die Anregungen, die zum Teil auch aus der Praxis kamen.

Liebe Opposition, dabei mussten wir uns aber nicht von Ihnen treiben lassen durch Ihre Kleinen Anfragen. Es ist eine schwierige Entscheidung, sich aus dem gemeinsamen Kanon der Länder zu verabschieden und zu sagen, dass man einen Schritt weitergeht. Das gilt auch für die Frage, ob wir die Anforderungen senken. Das haben wir uns in Ruhe überlegt. Es war aber nicht notwendig, dass Sie uns

treiben. Frau Raudies hat schon darauf hingewiesen. Das ist eine gemeinsame Koalitionsinitiative. Wir sind froh, dass wir das gemeinsam mit Regierung und Fraktion - danke, Frau Alheit - so umsetzen konnten.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der FDP hat die Frau Kollegin Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank für den Bericht.

Meine Damen und Herren, im Verborgenen wertvolle Arbeit zu leisten und dabei nicht im Rampenlicht zu stehen, das zeichnet viele Ehrenamtler aus. Wie wichtig **ehrenamtliches Engagement** für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist, wurde von meinen Kollegen bereits an verschiedenen Beispielen deutlich hervorgehoben. Ich kann mich dem anschließen.

Meine Damen und Herren, Verantwortung für andere zu übernehmen, seine Freizeit für andere zur Verfügung zu stellen und manchmal auch seine eigene Gesundheit, ja sogar sein eigenes Leben aufs Spiel zu setzen, ist keine Selbstverständlichkeit und auch nie eine gewesen. Dabei denke ich nicht nur an die Freiwillige Feuerwehr, sondern auch an die Menschen, die in jedem Sommer an unseren Stränden für Sicherheit sorgen, an diejenigen, die in den Hochwassergebieten oder bei schweren Unfällen vor Ort sind, und an diejenigen, die im Hospiz, beim Kinderschutzbund, bei den Tafeln, in den Sportvereinen, in der Migrationsberatung und so weiter tätig sind.

Sie alle fragen nicht nach einer Gegenleistung. Es ist ihnen selbstverständlich, ihr Können, ihre Zeit und ihre Empathie denjenigen zukommen zu lassen, die diese Zuwendung brauchen. Mit diesem **Gemeinsinn** schaffen diese Menschen einen der wichtigen Grundpfeiler unserer Gesellschaft und unseres Zusammenlebens. Dafür zollen wir ihnen Respekt und Dank. Diesen Dank möchte ich an dieser Stelle im Namen der FDP-Landtagsfraktion an die vielen Menschen in unserem Land aussprechen, die sich ehrenamtlich engagieren.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Anita Klahn)

Meine Damen und Herren, es ist durchaus liberale Meinung, dass der Staat nicht für alles sorgen muss. Er kann und sollte aber die Rahmenbedingungen schaffen, dass die bürgerliche Gesellschaft ihre Verantwortung übernehmen kann. Dazu gehört zum einen ein rechtlicher Rahmen, wenn Vereine, Verbände und Institutionen mit besonders Schutzbedürftigen umgehen und ehrenamtliche Hilfe nutzen wollen.

Aus sicher nachvollziehbaren Gründen und aufgrund von Vorkommnissen werden sich Menschen, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, einer besonderen Kontrolle unterwerfen müssen. Andererseits dürfen überbordende Auflagen aber auch keine Abschreckung darstellen.

Ich finde es richtig, wenn der Staat Anreize setzt, sich ehrenamtlich zu betätigen. Ehrenamtskarten sind ein kleines Dankeschön. Es ist erfreulich, dass die Zahl der teilnehmenden Bonuspartner stetig wächst. Ich gehe davon aus, dass die heutige Diskussion und die anschließend hoffentlich positive Berichterstattung dazu beitragen, dass sich die Zahl der Partner deutlich erhöhen wird. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die Zahl der Bonuspartner lediglich in zwei Städten, nämlich in Kiel und Lübeck, zweistellig ist. In allen anderen Städten gibt es entweder gar keinen oder nur einen oder zwei Bonuspartner. Insofern ist es richtig, hierüber zu debattieren.

Allerdings bietet die **Ehrenamtskarte** so geringe geldwerte Vorteile, dass sie sicher nicht der alleinige Anreiz ist, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dazu gehört eine innere Lebenseinstellung. Sie könnte aber ein Anreiz sein, in ein bürgerschaftliches Engagement hineinzuwachsen.

Gerade Jugendliche, aber auch viele Ältere verfügen oftmals nicht über ein so großes Einkommen, als dass ihnen zum Beispiel ein preisreduzierter Theater- oder Schwimmbadbesuch nicht gelegen käme. Außerdem haben an dieser Stelle die Bonuspartner die Möglichkeit, sich gesellschaftlich zu engagieren in dem Rahmen, der ihnen möglich ist. Ich denke: geben und nehmen.

Es ist daher richtig, dass der Gesetzgeber den Rahmen für die ehrenamtliche Arbeit verbessert; wie hier auf Landesebene durch die Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen für die Ehrenamtskarte oder auf Bundesebene durch das Anfang 2013 erlassene Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts, das bürokratische Hemmnisse abbaut und die steuerfreien Ehrenamts- und Übungsleiterpauschalen angehoben hat, oder durch die von uns angestoßene Bereitstel-

lung von Mitteln für die Nachwuchsgewinnung bei der **Feuerwehr**.

Schon Albert Schweitzer sagte: Das wenige, das du tun kannst, ist viel. Ohne ehrenamtliches Engagement und dessen Leistungen wären eine Vielzahl von Aktivitäten und gemeinnützige Arbeit heute nicht mehr darstellbar. Der von ehrenamtlich arbeitenden Personen erbrachte Wert für die Gesellschaft ist unbezahlbar. Aber auch für die Menschen, die ehrenamtlich tätig sind, zahlt sich das Engagement aus. Jugendliche profitieren von den Erfahrungen, die ihnen ein **soziales Engagement** abverlangt, im späteren Berufsleben. Immer mehr Arbeitgeber verlangen von ihren Führungskräften diese sogenannten Soft Skills. Ich begrüße dies durchaus.

Aber auch für ältere Menschen, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, erhöht sich die Lebensqualität. Ihr Alltag ist durch sinnvolles Handeln ausgefüllt. Man trifft andere Menschen und ist in die Gesellschaft eingebunden. So hilft das ehrenamtliche Engagement allen daran Beteiligten. Wir haben deshalb allen Grund, dies zu unterstützen und damit auch die Ehrenamtskarte. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich der Kollegin von Kalben für ihre eindrucksvolle Rede und dafür, dass sie sich zehn Minuten Zeit dafür genommen hat, das wichtige Ehrenamt in dieser Form zu ehren und Dank auszusprechen, danken. Dem Dank schließen wir uns als Fraktion ausdrücklich an.

(Beifall PIRATEN, SPD und SSW)

Wenn ich schon beim Dank bin; Frau Ministerin, auch ich danke Ihnen für den Bericht. Er beschreibt die Situation der **Ehrenamtskarte** ziemlich genau. Er zeigt auch die Grenzen auf. Die Karte allein kann keine Ehrenamtler generieren. Würde man sie so umfangreich gestalten und ausstatten, dass sie es doch könnte, so wäre das Ehrenamt an sich in Gefahr. Das **Ehrenamt** muss um seiner Nachhaltigkeit willen idealistisch geprägt sein. Es darf sich daher einer Kosten-Nutzen-Analyse desjenigen, der das Ehrenamt ausübt, nicht aussetzen.

(Wolfgang Dudda)

(Beifall Beate Raudies [SPD] und vereinzelt PIRATEN)

Vor diesem Hintergrund verbietet es sich meiner Meinung nach auch, die Ehrenamtskarte finanziell so auszustatten, dass dadurch massiv Ehrenamtler gewonnen werden. Die so gewonnenen Menschen würden nämlich eine Jobmentalität in das Ehrenamt einbringen, die wir sicherlich nicht gebrauchen können. Es wurde schon gesagt, wir brauchen **Idealisten**, die sich aus gefühlter **Verantwortung** heraus engagieren. Genau die sollen belohnt und anerkannt werden. Dafür ist die Ehrenamtskarte das absolut richtige Mittel.

(Beifall PIRATEN und Beate Raudies [SPD])

Vor dem Hintergrund, dass sich die Menschen leider zunehmend ins Private zurückziehen und nicht einmal mehr zu Wahlen gehen, um sich in ihre eigenen Angelegenheit einzumischen, ist es aktuell besonders schwierig, Menschen zur Übernahme von Aufgaben auf Basis eines Ehrenamts zu bewegen. Was an dieser Stelle durch offizielle Empfänge, Veranstaltungen et cetera geleistet werden kann, findet in diesem Land in einem ausreichenden Maße statt. Hier gibt es keinen Nachholbedarf. Den Nachholbedarf haben wir dort, wo wir selbst direkt wirken können; in unseren Parteien, in den Organisationen, in denen wir außerdem tätig sind, in unserem direkten Umfeld. Frau Ministerin, insofern haben Sie völlig recht: Der beste Bonuspartner des Ehrenamts sind wir.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die Art und Weise, wie wir es mit den Vereinen, den Verbänden und beispielsweise den Feuerwehren halten, ist die zentrale Botschaft für die Anerkennung des Ehrenamts bei uns. Mit anderen Worten: So, wie wir das Dach des Ehrenamtlers behandeln, regnet es bei ihm herein und bestimmt, wie lange, ob und wie intensiv er sich engagieren wird.

Woher soll die Motivation zum Helfen und zum Unterstützen kommen, wenn die Leute sehen, dass bereits Hauptamtler im Grunde genommen ausgebeutet werden? In den Beratungsstellen oder in den Frauenhäusern hierzulande ist dies leider eher der Regelfall als die Ausnahme, das wissen wir. Die klammen öffentlichen Haushalte tragen der Kostenentwicklung bei Löhnen und Mieten, Energiekosten und anderen Dingen bei Weitem nicht ausreichend Rechnung. Wir alle kennen genug Beispiele von Menschen, die der Sache wegen beinahe ganztätig tätig sind, obwohl sie nur halbtags bezahlt werden.

Das sind übrigens Leute, denen wir mindestens genauso viel Dank schulden.

Wenn wir hier nicht nachsteuern, nimmt uns niemand ab, dass wir die Ehrenamtler wirklich wollen, weil sie gut für unser Miteinander sind. Das ist aber wichtig. Im Gegenteil, man wird uns die Anerkennung des Ehrenamts nur als kostenlosen warmen Händedruck abkaufen, der die öffentlichen Kassen entlasten soll, weil der Staat sich zurückzieht und sich durch Ehrenamtler ersetzen lassen will. Diesen Eindruck dürfen wir nicht zulassen. Sonntagsreden sind eben nicht das, was vornehmlich gebraucht wird, wenn wir es ernst meinen mit der Anerkennung des Ehrenamts. Den Rückzug in das Private können wir also nur verhindern, wenn sichtbar wird, dass sich das öffentliche Engagement im Ehrenamt lohnt. Der Lohn ist die persönliche Befriedigung, eine Gesellschaft, die sich aus sich selbst heraus um sich kümmert, und gern auch eine Ehrenamtskarte. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im letzten Altenparlament am 26. September wurde intensiv über einen Antrag diskutiert, der letztlich auch beschlossen wurde. Er beruhte auf einer guten Idee, und zwar, dass die **Ehrenamtskarte** erweitert werden soll. Zukünftig soll die Ehrenamtskarte in Museen des Landes einen ermäßigten Eintritt gewähren. Die Idee kommt nicht von ungefähr, schließlich repräsentiert das Altenparlament die Mehrheit der Ehrenamtskarten-Besitzer. In dem Bericht ist es nachzulesen: 51 % der Ehrenamtskarten werden an Personen ausgegeben, die zum Zeitpunkt der Antragstellung mindestens 60 Jahre alt waren. Die **Senioren** in Schleswig-Holstein sind also die Hauptnutzer der Ehrenamtskarte. Diese Nutzer haben nun einen Vorschlag auf den Tisch gelegt, den wir ernst nehmen sollten.

Die Landesregierung würde mit der Anerkennung der Ehrenamtskarte in allen Landesmuseen mit gutem Beispiel vorangehen. So würde nicht nur die Zahl der Vergünstigungen mit einem Schlag erheb-

(Flemming Meyer)

lich erhöht, sondern dem **Ehrenamt** würde ein unübersehbares Signal der **Wertschätzung** übermittelt. Darüber hinaus würde die Ehrenamtskarte für alle Ehrenamtler attraktiver gemacht.

Das Altenparlament verweist auf die Erfahrungen, die mit der bayrischen Ehrenamtskarte gemacht wurden. Dort kann man in ungefähr 100 Museen einen Rabatt erhalten. Allerdings ist die Karte in Bayern von vornherein ein Vorhaben der Landkreise und der Staatsregierung. Die Erfahrungen sind also nicht direkt übertragbar, weil Schleswig-Holstein hier einen anderen Weg geht.

Allerdings ist völlig richtig, dass der Ehrenamtskarte ein ordentlicher Paukenschlag gut zupasskäme. Genau das wären die vom Altenparlament vorgeschlagenen Ticketrabatte der Landesmuseen. Damit steigen die Chancen, die Ehrenamtskarte auf ein breiteres Fundament zu stellen. Pressemitteilungen und Präsenzen auf Ehrenamtsmessen sind sicherlich probate Mittel, doch die große Masse an Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern muss man auf eine andere Weise erreichen. Neue Bonuspartner findet man nur bei steigender Bekanntheit der Karte, zum Beispiel durch bereits bestehende Partnerschaften in der näheren Umgebung. Dem Land kommt hier eine Vorreiterrolle zu.

Der Bericht zeigt noch große weiße Flecken auf der Karte der Bonuspartner: Drei Landkreise haben überhaupt noch keine Bonuspartner, nämlich Pinneberg, Plön und Herzogtum Lauenburg. Hier, wie übrigens landesweit, müssen also noch dicke Bretter gebohrt werden. Auch die großen Städte stehen bis auf Kiel und Lübeck noch ziemlich unterversorgt da.

Wenn die Ehrenamtskarte mehr sein soll als eine nette Idee, ist es jetzt an der Zeit, eine Schippe draufzulegen. Der vorgelegte Antrag will darum die Antragstellung der Karte vereinfachen, das Angebot vergrößern und die Reichweite erhöhen. Das ist durchaus ambitioniert, aber ich bin davon überzeugt, dass wir damit das richtige Zeichen setzen.

An dieser Stelle möchte ich allerdings deutlich darauf hinweisen, dass wir hier über die Ehrenamtskarte reden. Wir reden aber nicht automatisch über die Ausweitung des Ehrenamts, denn niemand wird aufgrund der Angebote der Ehrenamtskarte Trainer in einem Sportverein oder übernimmt in seiner Kirchengemeinde die Betreuung einer Seniorengruppe. Das Ehrenamt folgt einem inneren Impuls. Daran wird und soll die Ehrenamtskarte nichts ändern. Sie soll eine Anerkennung und ein Dankeschön für eine unheimlich wertvolle und unersetzliche Arbeit zum

Wohle aller Menschen in diesem Land sein. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Kollegen Peter Eichstädt von der Fraktion der SPD das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die gemachten Ausführungen gerne um einen Punkt ergänzen, weil dieser den Schleswig-Holsteinischen Landtag ganz direkt beschäftigt. Gerade der letzte Satz des Kollegen vom SSW, dass niemand wegen einer Vergünstigung durch eine wie auch immer genannte **Ehrenamtskarte** sich dazu überzeugen lässt, nun **bürgerschaftliches Engagement** zu zeigen, ist wichtig. Wichtig ist dabei auch, dass es letztlich darum geht, wie wir über ehrenamtliche Tätigkeit bürgerschaftliches Engagement als Teil unserer Gesellschaft fördern.

Ich finde, insoweit macht der Schleswig-Holsteinische Landtag seit vielen Jahren etwas sehr Wichtiges. All diejenigen, die bei der Verleihung des Bürgerpreises in der Vergangenheit anwesend waren, haben viele junge Menschen, aber nicht nur junge Menschen kennengelernt, die von diesen Vergünstigungen zum Teil überhaupt nichts wissen und sich dennoch in ganz besonderer Weise in Schleswig-Holstein engagieren. Der Schleswig-Holsteinische Landtag verleiht dazu gemeinsam mit dem Sparkassen- und Giroverband immer auch entsprechende Preise. Ich lade alle diejenigen ein, die sich davon ein Bild machen wollen, wie engagiert dort gearbeitet wird und welche Leistungen dort erbracht werden, zur nächsten Veranstaltung zu kommen. Ich glaube, am 6. November wird der diesjährige **Ehrenamtspreis** verliehen, und zwar zum Generalthema „Vielfalt fördern, Gemeinschaft leben“.

Einige von uns haben in der Jury erlebt, welche Bewerbungen und Vorschläge es gegeben hat. Ich finde, das ist anerkennenswert nicht nur für den Sparkassen- und Giroverband, sondern es ist wichtig und richtig, dass sich auch der Schleswig-Holsteinische Landtag einbringt. Ich lade wirklich alle ein mitzukommen, weil es beeindruckend ist zu sehen, wie sich die jungen Menschen dort in großer Zahl auch gerade für dieses schwierige Thema engagieren, das wir dieses Mal haben „Vielfalt fördern, Gemeinschaft leben“. Da wird deutlich, dass es sicher

(Peter Eichstädt)

eine wichtige und richtige Anerkennung ist, die diesen Menschen über die Ehrenamtskarte zuteil wird. Das ist jedoch bei Weitem nicht der Grund dafür, dass sie sich engagieren, und das ist gut so. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Ich bin mir etwas unsicher, ob wir über den Bericht im Ausschuss noch weiter diskutieren wollen und ob ein entsprechender Antrag gestellt worden ist. Vielleicht können Sie mir ein Signal geben.

(Zuruf: Der ist erledigt!)

Sie möchten ihn also für erledigt erklären. Damit ist dann auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Ich danke Ihnen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Verwaltungsabkommen zu Frauenhäusern auch auf andere Bundesländer ausweiten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2324

Kooperation der Bundesländer bei der Frauenhausfinanzierung vereinfachen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2369

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort der Frau Kollegin Katja Rathje-Hoffmann von der CDU-Fraktion.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! 123 Frauen aus Hamburg und 162 Frauen aus anderen Bundesländern, das ist das Ergebnis der Kleinen Anfrage des Kollegen Volker Dornquast, in der es um die Frage ging, wie viele Frauen im Jahre 2013 in den hiesigen Frauenhäusern nicht aus Schleswig-Holstein gekommen sind. Nicht mit eingerechnet wurden dabei die zahlreichen Kinder, mit denen die Mütter kamen. Im

Durchschnitt war es ungefähr ein Kind pro Frau, sodass sich die Zahl noch einmal verdoppelt.

Damit steht fest, dass ein nicht unerheblicher Teil von Frauen, die Zuflucht vor häuslicher Gewalt in schleswig-holsteinischen Frauenhäusern suchen, aus Hamburg und - das hat mich ein wenig erstaunt - noch häufiger aus anderen Bundesländern kommen. Es freut mich natürlich, dass die Arbeit der schleswig-holsteinischen **Frauenhäuser** auch länderübergreifend sehr geschätzt wird, haben wir doch mit der Platzpauschale im Vergleich zu anderen Bundesländern eine feste, unkomplizierte und stabile Finanzierung.

Wie schwierig es ist, ein länderübergreifendes einheitliches Finanzierungssystem zu installieren, muss ich Ihnen hier sicherlich nicht erklären, denn jedes Bundesland hat seine eigenen Regeln, was die Finanzierung betrifft.

Vor allem unter dem Aspekt der Überregionalität der Frauenhausplätze, was die Zahlen in Schleswig-Holstein ja auch belegen, spricht jedoch vieles dafür, dass eine bundesweit vergleichbare und verbindlich gestaltete Finanzierungsstruktur zu schaffen ist. Bereits seit einiger Zeit fordern wir daher als Erstes ein Abkommen mit der Hansestadt **Hamburg**, um eine Basis für einen gerechten **Kostenausgleich** zu erhalten.

(Beifall CDU)

Das, liebe Frau Alheit, ist nun endlich im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung geschehen, und das ist gut so. Ich hoffe aber auch, dass Sie sich auf diesem Abkommen nicht ausruhen.

(Heiterkeit SPD)

Gut wäre es - das sagen die Belegungszahlen der Frauen aus anderen Bundesländern deutlich aus -, weitere **Verwaltungsabkommen** mit den übrigen Bundesländern abzuschließen,

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

um so zu einem gerechteren Kostenausgleich zwischen den Bundesländern zu kommen.

Zugegeben, es ist durch unser pauschaliertes Platzkostenverfahren mit einem Kostensatz von 10.800 € pro Platz im Jahr nicht einfach, einen Kostenausgleich zu erwirken. Aber die Einigung mit Hamburg zeigt ja, dass es keinesfalls unmöglich ist. Dieser Ausgleich ist auch deswegen nötig, weil Schleswig-Holstein keine rechtlichen Grundlagen hat, auf dem jetzigen Weg einen Kostenausgleich zu erwirken, während andere Bundesländer für schleswig-

(Katja Rathje-Hoffmann)

holsteinische Frauen in ihren Einrichtungen gleichwohl einen Kostenausgleich verlangen.

Das Verwaltungsabkommen mit Hamburg muss hier als Einstieg verstanden werden. Das, was wir langfristig benötigen, ist ein verlässliches und lückenloses Hilfesystem für den sofortigen Schutz, die Beratung, Unterstützung und Unterkunft für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder.

(Beifall CDU)

Wir stehen für den Schutz von Frauen und deren Kinder vor häuslicher Gewalt. Unser Antrag baut auf dem gerechten Ausgleich und einem fairen Verfahren durch weitere Verwaltungsvereinbarungen der Art auf, wie sie mit der Hansestadt Hamburg zustande gekommen sind. Denn es besteht der Eindruck, dass unser System zu einseitigen Kostenverteilungen führt, und zwar zu unseren Ungunsten. Genau das wollen wir ändern.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Also, Frau Rathje-Hoffmann, bei dem, was Ihre Koalition angeht, richtet hat!)

Wir beantragen, beide Anträge in den Sozialausschuss zu überweisen mit der Möglichkeit, auch hier einen gemeinsamen Antrag zu verfassen. Ich gebe ja die Hoffnung nicht auf, Herr Stegner. Sie thematisieren in Ihrem Antrag die Aufgaben des Bundes; das ist zwar auch nicht schlecht, wir wollen aber auch die Kooperation mit den Bundesländern. Das ist eindeutig unsere Sache. Aber vielleicht kriegen wir ja etwas Gemeinsames hin. - Danke schön.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort für die Fraktion der SPD hat nun die Kollegin Simone Lange.

Simone Lange [SPD]:

Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Katja Rathje-Hoffmann, Ihr Engagement in allen Ehren, aber ich muss Bezug nehmen auf das Agieren der gesamten Fraktion. Ihr Antrag ist vielleicht gut gemeint, aber das ist eben das Gegenteil von gut.

(Volker Dornquast [CDU]: Wollen Sie auf das Geld verzichten oder was?)

Wenn ich an der Stelle überlege, dass Sie jetzt nach zwei Jahren, nachdem Sie in der Tat, wie es eben

hieß, mit der Abrissbirne durch die Frauenhäuser geflogen sind,

(Beifall SPD)

die Ministerin beauftragen wollen, etwas zu tun, was die CDU-Fraktion zu Regierungszeiten nicht zustande gebracht hat, dann überrascht mich das doch.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist der Punkt! Da waren Sie noch im Kindergarten, da saßen Sie schon im Landtag! - Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Wir haben uns geändert!)

- Ja, Sie haben sich geändert. Umdenken ist ja auch nicht verboten. Ich finde aber, wenn schon Umdenken, dann bitte richtig.

Ich komme nun auf Ihren Antrag beziehungsweise auf unseren Änderungsantrag. Es ist in der Tat so, dass die **Frauenhausfinanzierung** länderspezifisch geregelt wird und dass es im gesamten Bundesbild Unterschiedlichkeiten gibt. Sie loben nun - das lege ich jetzt Ihrem Antrag einfach einmal zugrunde - die Ministerin dafür, dass sie es geschafft hat, mit **Hamburg** eine **Vereinbarung** zu treffen. Das will ich an der Stelle noch einmal deutlich hervorheben; denn anders als es immer suggeriert wird, haben Sie damals noch nicht einmal Verhandlungen aufgenommen. Das durfte ich jedenfalls einem Bericht aus dem Jahre 2012 entnehmen.

(Beifall SPD)

Auch ich bin sehr froh darüber, dass dieses Verhandlungsergebnis nunmehr erreicht werden konnte. Vielen Dank dafür, Frau Ministerin Alheit.

(Beifall SPD)

Ich denke aber schon, dass es für die Frauenhauslandschaft im ganzen Land viel sinnvoller ist, sich dem anzuschließen, was die Gleichstellungs- und Frauenministerinnen-Konferenz bundesweit tut. Sie hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit der Qualität der **Frauenhäuser** im gesamten Bundesgebiet beschäftigt, obwohl dies eigentlich Ländersache ist.

Weil wir in Schleswig-Holstein diese sehr gute Regelung über das FAG haben und weil wir die sehr gute Platz-Kosten-Regelung haben, ist es ganz besonders wichtig, dass wir unsere Ministerin beauftragen, an dieser größeren Stellschraube mitzudrehen und auch bundesweit dafür zu sorgen, dass erstens unsere Standards natürlich Schule machen und zweitens, dass wir etwas, was Sie durchaus richtig beschreiben, was wir mit anderen Bundesländern noch besser machen können, nämlich **Ausgleichs-**

(Simone Lange)

möglichkeiten zu finden, dann aber richtig machen und nicht mit 16 Bundesländern bilateral regeln, denn das nimmt auch entsprechend Zeit in Anspruch, die wir für andere Dinge viel besser verwenden können.

Eines ist mir noch einmal ganz wichtig hervorzuheben, im Grunde wollte ich es zu Anfang tun. Hier glauben zu machen, dass die rot-grüne-blaue Regierung in der Tat Aufträge braucht und die Ministerin sich jetzt Mühe geben soll oder wie auch immer Sie gerade ausgedrückt haben: Ich habe selten eine Ministerin oder einen Minister erlebt, der so viel für Frauenhäuser tut wie unsere Sozialministerin Kristin Alheit.

(Beifall SPD, SSW und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nach Regierungsübernahme hat sie beziehungsweise haben wir alle als Regierungskoalition

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Trümmerhaufen beseitigt!)

die 553.000 € - das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, es waren mehr als 12 %, um die Sie damals die Frauenhäuser beschnitten haben - umgehend zurückgegeben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Genau!)

Das hat die Frauenhauslandschaft und die Frauenberatungslandschaft gestärkt. Das Frauenhaus der AWO in Lübeck war schon geschlossen worden, weil Sie denen damals 440.000 € gestrichen haben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Unfassbar! Kahl-schlag hoch drei!)

Wedel konnte nur durch ein absolut herausragendes Engagement überhaupt erhalten bleiben. Das Engagement war wirklich einzigartig. Dort erhält man endlich wieder die Förderung.

Darüber hinaus gibt es eine **Projektphase des AWO-Hauses in Lübeck**. Wir haben zusätzliche Plätze in Ahrensburg und Schwarzenbek geschaffen. Außerdem bringt sich die Ministerin in Berlin ein in die Qualitätsdiskussion. Unserer Ministerin sagen zu wollen, dass sie endlich aktiv werden oder in die Puschen kommen müsse, halte ich für absolut unangebracht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist purer Hohn!)

Ich sage ein ganz großes Dankeschön an das Ministerium.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich spreche mich heute einmal für eine fünfjährige Karenzzeit für die CDU-Fraktion aus, bevor man glauben kann, dass Sie sich wieder tatsächlich und ernsthaft für die Frauenhauslandschaft einsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fünf Jahre Karenzzeit - da kann ich mich leider nicht anschließen. Ich kann mich bei vielem anschließen, aber wenn ich es richtig in Erinnerung habe - und da bin ich mir ziemlich sicher -, hat sich die CDU-Fraktion sehr wohl bewegt, was die Kürzungen angeht. Sie hat nämlich eingesehen, dass man die jetzt zurücknehmen kann. Ich glaube, das liegt auch am Engagement der Kollegin Rathje-Hoffmann. Das will ich ausdrücklich begrüßen, dass Sie das zur Kenntnis genommen haben und da an unserer Seite sind.

(Beifall CDU - Zurufe)

- So ist das manchmal. Ich sage Ihnen aber auch einmal eines, was mich insgesamt - jetzt wird gleich niemand klatschen, ich sage es trotzdem - an der Debatte stört: Hier geht es nicht in erster Linie um Finanzen, hier geht es in allererster Linie um die Frauen und ihre Kinder.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

- Es klatscht doch jemand. Bei **Schutz vor Gewalt** geht es nicht um Finanzen, es geht darum, dass es für uns Grüne ein **Menschenrecht** ist. Uns ist völlig egal, welche Hautfarbe jemand hat, ob eine Frau einen Aufenthaltsstatus hat oder nicht - wie es in anderen Bundesländern leider ein Ausschlusskriterium ist -, ist uns völlig egal. Ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Es ist auch völlig egal, aus welchem Bundesland sie kommt. Wenn sie von Gewalt bedroht und hier Schutz bei uns braucht, dann muss sie den auch bekommen.

(Dr. Marret Bohn)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Wolfgang Dudda [PIRATEN] - Volker Dornquast [CDU]: Trotzdem ist die Frage, wer das bezahlt! - Serpil Midyatli [SPD]: Die CDU hat sich doch nicht verändert! - Weitere Zurufe)

- Lieber Kollege Dornquast, nun habe ich versucht, ein paar freundliche Worte an Ihre Fraktion zu richten, und dann das! Ich bleibe dabei: Erst einmal geht es darum, dass wir uns alle dazu verpflichten, dass die oberste Handlungsmaxime ist, dass wir die Frauen und Kinder nicht im Stich lassen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dann können wir gern einmal über die Finanzen reden. Wir als Koalition bekennen uns ausdrücklich zu der **Finanzierung dieser Frauenhäuser** und Frauenberatungsstellen. Wir sollten uns auch einmal Gedanken darüber machen, wie wir das gute System, das wir in Schleswig-Holstein haben, eher auf andere Bundesländer übertragen und nicht von unseren Standards abweichen.

(Beifall SPD und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insbesondere für die Frauenhäuser am Hamburger Rand ist die Situation die, dass das Frauenhaus in Hamburg völlig überfüllt ist. Das kommt immer wieder vor. Ich finde es tragisch, dass das vorkommt, weil jede einzelne Frau und jedes einzelne Kind, die mit Gewalt in der Familie leben oder aufwachsen, für mich ein Kind und eine Frau zu viel sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wir können alle froh sein, dass durch das Engagement das Frauenhaus Wedel über die Zeit gerettet werden konnte, bis wir denn endlich an die Regierung kamen. Wir können alle froh sein, dass das AWO-Frauenhaus in Lübeck noch da ist. Ich denke, dass es eher in den nächsten Jahren darum gehen wird zu sehen, wie sich die Bundesebene entschließt. Ich wünsche mir auch, dass die Kosten - da sind wir dann wieder beieinander, Kollege Dornquast, es ist ja auch Freitag kurz vor den Herbstferien - keine Rolle mehr spielen, sondern dass wir auf der Bundesebene eine Lösung finden, durch die genau das umgesetzt wird, dass bundesweit alle Frauen einen guten Schutz vor Gewalt bekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben in diesem Bereich wirklich von Anfang an Akzente gesetzt. Ministerin Alheit ist tätig geworden. Ich erinnere daran: Es ist nach meinem Kenntnisstand in schwarz-gelben Zeiten - das will ich durchaus zugeben - einmal versucht worden, diese Gespräche mit Hamburg zu führen. Es hat nur leider nicht funktioniert. Wir haben es möglich gemacht. Die Ministerin hat erfolgreich verhandelt. Dann sollten wir uns doch alle zusammen darüber freuen, dass es ein guter Erfolg für Schleswig-Holstein war.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Es ist sicherlich so, dass in Mecklenburg-Vorpommern und anderen Bundesländern auch geschaut wird: Wie machen die das eigentlich in Schleswig-Holstein? - Wir haben eine Delegation aus Nordrhein-Westfalen, das Tausende von Frauen abweisen muss, hier bei uns zu Besuch gehabt, und die hat gesagt: Wir interessieren uns für euer **Finanzierungsmodell**. Wir interessieren uns dafür, dass es auch in Nordrhein-Westfalen besser wird. - Das sind die Punkte, auf denen wir aufbauen können.

Ich kann für uns Grüne sagen: Das ist für uns ein Herzensthema. Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht. Wir würden gern darüber abstimmen, weil wir darüber nicht zu diskutieren brauchen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön. - Das Wort hat Frau Kollegin Anita Klahn von der FDP-Fraktion.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Bohn, ich möchte gleich vorweg unsere Position zu den beiden Anträgen darstellen, denn wir sind der Meinung, dass sie sich nicht widersprechen, sondern eher sogar ergänzen. Wir werden auch beiden Anträgen zustimmen.

Ich möchte Ihnen auch an dieser Stelle meinen Dank aussprechen, dass Sie deutlich gemacht haben, dass eben auch dem Engagement von Katja Rathje-Hoffmann in der letzten Legislaturperiode zu verdanken war, dass wir über die Frauenhäuser sehr lange und sehr heftig diskutiert haben und dass

(Anita Klahn)

wir es geschafft haben, Minister Schmalfuß von der Dringlichkeit zu überzeugen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Am Ende der Legislaturperiode alles zusammengestrichen!)

- Nein, lieber Herr Kollege Stegner. Wir müssen nämlich über zwei Aspekte diskutieren: Wir haben einerseits die hohen **Belegungsanteile durch Frauen aus anderen Bundesländern** in unseren Frauenhäusern. Das haben Sie, Frau Kollegin Bohn, auch ausgeführt. Dazu möchte ich Ihnen eine Zahl nennen. Es sind rund 30 % Frauen, die aus anderen Bundesländern nach Schleswig-Holstein kommen

(Wolfgang Baasch [SPD]: Aber das habt ihr doch nicht gelöst! Ihr habt Plätze gestrichen!)

- Herr Baasch, mehrheitlich kommen die aus Hamburg -, während im Bundesdurchschnitt dieser Wechsel nur bei um und bei 10 % liegt. Um zu wissen, weshalb wir die vielen Frauen aus Hamburg haben, müssen wir tatsächlich einmal zurückschauen, obwohl von Ihnen immer gefordert wird, das nicht mehr zu machen: Die Hamburger haben aus Kostengründen Frauenhäuser geschlossen - mit der Argumentation, dass die Frauen sowieso nach Schleswig-Holstein an den Hamburger Rand gehen.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

- Nein, das haben wir nicht gesagt! Das haben wir nicht.

(Wortmeldung Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Halten Sie meine Zeit an?

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich gehe davon aus, dass das ein Hinweis darauf war, dass Sie bereit sind, eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Kollegin Bohn zuzulassen.

(Unruhe)

Ich bitte die Kollegen der SPD, sich möglicherweise für Zwischenfragen und -bemerkungen ans Mikrofon zu begeben, damit wir das ein wenig ordnen können. - Frau Bohn, bitte.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Liebe Kollegin Klahn, besteht denn Anlass zur Hoffnung - ich bin absolute Optimistin -, dass auch in der FDP-Fraktion ein Ruck durch Ihre Reihen geht und Sie bei den Kürzungen bei den Haushaltsberatungen sagen werden: „Ja, genau, das war richtig, was die Küstenkoalition macht. Es geht nicht um die Parteifarbe, sondern es geht um die Sa-

che, und wir unterstützen das“? - Werden Sie das bei den Haushaltsberatungen mit der ganzen Fraktion mittragen?

Anita Klahn [FDP]:

Liebe Frau Kollegin Bohn, ich glaube, Sie kennen mein persönliches Engagement für die Frauenhäuser sehr gut und wissen, dass Frau Rathje-Hoffmann und ich da auch mit Ihnen einer Meinung sind. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie das Ergebnis unserer Klausurberatung zum Haushalt sein wird, aber Sie können sicher sein, dass ich mich mit ganzer Kraft und voller Überzeugung für die Frauenhäuser einsetze.

Nichtsdestotrotz - das muss ich leider sagen, dafür bin ich Liberale - muss ich schauen, wie die **Auslastung** ist. Ich muss auch hingucken, wie die Wechselbeziehungen sind. Aus diesem Grund bin ich der Ministerin sehr dankbar, dass sie sich mit Hamburg erfolgreich an einen Tisch setzen und dieses Abkommen schaffen konnte, damit da ein finanzieller Ausgleich stattfindet.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

- Herr Baasch, Sie haben mir überhaupt nicht zugehört. Ich habe gesagt, dass wir auch über die Finanzierung nachdenken müssen. Was Sie gemacht haben, ist genau der richtige Weg. Wenn ich meine Rede weiter halten könnte, würde ich darauf eingehen. Auch wir haben unter Herrn Schmalfuß versucht, die Wechselbeziehung hinzubekommen. Selbstverständlich nehmen wir die Frauen auf, egal, aus welchem Bundesland sie kommen. Aber wir müssen über die **Finanzierung** sprechen. Ist Schleswig-Holstein so reich, dass wir es alles allein bezahlen können, Frau Bohn?

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, Frau Bohn hat die Bitte, eine weitere Bemerkung machen zu dürfen. Die lassen Sie zu?

Anita Klahn [FDP]:

Ja, lasse ich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Bohn, bitte.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Schutz vor Gewalt - das habe ich eben ausgeführt - geht es nicht um Reichtum, sondern das ist Teil der Daseinsvorsorge. Sie sagten eben, wir müssten uns dringend ein-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

mal über die Auslastung unterhalten. Darüber können wir uns gern unterhalten. Was wäre denn eine Auslastung, von der die Liberalen sagen, ja, jetzt stimmen wir der Küstenkoalition zu?

Anita Klahn [FDP]:

Das kann ich Ihnen an dieser Stelle nicht sagen. Ich kann darauf hinweisen - das hat auch die Kollegin Lange angesprochen -, bei der Schließung des AWO-Hauses in Lübeck ist damals deutlich geworden, dass wir extrem lange **Belegungs- und Verweildauern** in den Häusern hatten und teilweise Auslastungen von unter 75 %, und das bei mehreren Häusern. Es war nicht nur ein Haus in Lübeck, es sind vier Häuser in Lübeck gewesen.

(Widerspruch Wolfgang Baasch [SPD] und Peter Eichstädt [SPD])

- Da war die Frage doch berechtigt. Drei Häuser, Entschuldigung.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Bohn, ist Ihre Frage damit beantwortet?

(Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Dann frage ich die Kollegin, ob sie eine weitere Bemerkung oder Zwischenfrage der Abgeordneten Lange zulässt.

(Zuruf Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Entschuldigung, die Möglichkeit, Zwischenfragen oder -bemerkungen zu machen, ist eingeräumt worden, um Debatten zu beleben und unmittelbar intervenieren zu können. Aber wir sollten uns darin einig sein, dass das nicht dazu führen sollte, hier Dialoge zu führen. Daher bitte ich Sie, sich zu überlegen, sich noch einmal zu einem Dreiminutenbeitrag zu Wort zu melden. - Jetzt frage ich die Kollegin Klahn, ob sie eine Bemerkung oder Zwischenfrage der Abgeordneten Lange zulässt.

Anita Klahn [FDP]:

Ja.

Simone Lange [SPD]: Ich habe eine Zwischenfrage zum Thema Auslastung - um das einmal in einen anderen Kontext zu stellen. Können Sie mir sagen, wie viel Frauen in Schleswig-Holstein von Gewalt betroffen sind?

- Sie werden sicher Verständnis haben, dass ich Ihnen das jetzt nicht auf den Punkt genau sagen kann. Wenn Sie vorher nachgeschaut haben, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie die Zahl nennen. Das war ja sicherlich das Ziel.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich gehe davon aus, dass Sie eine weitere Bemerkung der Kollegin Lange in diesem Zusammenhang zulassen?

Anita Klahn [FDP]:

Ja.

Simone Lange [SPD]: Ich möchte Ihnen sagen, dass in Schleswig-Holstein jede vierte Frau von Gewalt betroffen ist. Wenn Sie davon sprechen, überprüfen zu wollen, wie hoch die Auslastung in Frauenhäusern ist, will ich Sie darauf aufmerksam machen, dass auch heute noch Frauen abgewiesen werden müssen. Wenn wir das auf jede vierte Frau hochrechnen, können wir im Grunde gar nicht absehen, wie viele Frauenhäuser wir eigentlich bauen müssten. Und das alles vor dem Hintergrund - das ist ja Ihre Art der Rechtfertigung -, dass die schwarz-gelbe Vorgängerregierung 48 Plätze gestrichen hat. Das waren 15 % der Frauenhauslandschaft. Das nur als Anmerkung.

- Darf ich darauf antworten?

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Selbstverständlich, Sie haben die Frage ja zugelassen. Ihre Redezeit wird angehalten.

Anita Klahn [FDP]:

Danke schön, Frau Präsidentin. - Liebe Frau Lange, Sie sind in der letzten Legislaturperiode leider nicht dabei gewesen und haben die Diskussion im Detail nicht mitbekommen.

(Zurufe SPD)

Sie können sicher sein, dass wir genau diese Fragen in der letzten Legislaturperiode diskutiert haben. Es ist eine Mär, wenn Sie behaupten, dass Frauen abgewiesen werden mussten. Wir haben hierzu Protokolle; lesen Sie das bitte nach. Minister Schmalfuß hat seinerzeit den Nachweis erbringen können; wir haben keine Frau abweisen müssen.

Sie wissen, in welcher Situation wir in Schleswig-Holstein gewesen sind, welche **Schuldenlast** uns

(Anita Klahn)

aufgebürdet wurde. Uns und mir persönlich ist diese Entscheidung nicht leichtgefallen. Ich finde es sehr schade, dass wir die Frage, das Verwaltungsabkommen auf andere Länder auszuweiten, zum Anlass nehmen, eine Diskussion über den Bestand von Frauenhäusern zu führen. Das ist eine völlig anders gelagerte Debatte. Ich finde es nicht redlich, dass Sie uns hier etwas unterstellen wollen, obwohl ich Ihnen deutlich gesagt habe, dass beide Anträge in die richtige Richtung gehen. Es geht darum, das **Verwaltungsabkommen** zu klären, die anderen Bundesländer, die für ihre Frauen keine Plätze anbieten können, in die Pflicht zu nehmen, zumindest die Kosten zu übernehmen, die andere Bundesländer für sie aufbringen, damit die Frauen Schutz bekommen. - Jetzt möchte ich gern meine Rede fortführen und lasse keine weiteren Zwischenfragen zu.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Noch einmal, damit es für alle klar ist: Ich halte den Unionsantrag für vernünftig, dass die Landesregierung versuchen sollte, ähnliche Abkommen mit anderen Ländern zu schließen. Dass es nicht ganz einfach ist, hat verschiedene Ursachen. Das ist die **Finanzstruktur der Frauenhäuser**. Zwischen den Ländern gibt es unterschiedliche Ansätze: entweder eine Kostenerstattungsregelung nach dem Sozialgesetzbuch oder eine Zuwendungsfinanzierung, wie wir sie in Schleswig-Holstein handhaben.

Die Zuwendungsfinanzierung hat aus Sicht der FDP dabei erhebliche Vorteile gegenüber der Kostenerstattung. Denn in Schleswig-Holstein wird jede Frau unbürokratisch in einem Frauenhaus aufgenommen. Bei der **Kostenerstattung** muss dagegen eine Kostenübernahmeerklärung womöglich von einem Sozialleistungsträger vorliegen, was dazu führen kann, dass Frauen in Ausbildung, Frauen in unklaren wirtschaftlichen Verhältnissen oder auch Frauen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus nicht sofort aufgenommen werden können. Die **Zuwendungsfinanzierung** gibt zudem den Frauenhäusern eine deutlich verbesserte **Planungs- und Finanzierungssicherheit**. Auch der bürokratische Verwaltungsaufwand ist wesentlich geringer, da nicht mit verschiedenen Kostenträgern abgerechnet werden muss. Gerade bei kurzen Aufenthalten von Frauen bestünde bei einer Kostenerstattungsregelung die Gefahr, dass die Frauenhäuser einfach auf den Kosten sitzenblieben.

Die Vorteile für die betroffenen Frauen, aber auch für die Frauenhäuser, sind bei der Zuwendungsfinanzierung aus unserer Sicht so überragend gegenüber dem Nachteil des problematischen Kostenaus-

gleichs, dass an dieser Regelung nicht gerüttelt werden darf.

Gleichwohl sollte die Landesregierung alles versuchen - so verstehe ich den Koalitionsantrag -, mit den anderen Ländern über einen Ausgleich bei den Belastungen zu verhandeln und die Unterschiede innerhalb der Schutz- und Beratungslandschaft auszugleichen. Dabei muss es natürlich auch um die Probleme gehen, die aus den unterschiedlichen Finanzstrukturen erwachsen.

Die FDP spricht sich daher dafür aus, dass die Landesregierung einerseits versucht, Abkommen mit einzelnen Bundesländern über Kostenausgleiche abzuschließen, andererseits aber auch auf Bundesebene - wie es Minister Schmalfuß schon getan hat - Verhandlungen mit allen Ländern über einen **bundesweiten Rechtsrahmen für die Frauenhäuser** zu führen. Klar ist, dass Schleswig-Holstein im Sinne der betroffenen Frauen an seiner bisherigen Finanzstruktur festhalten muss.

Bezogen auf die Anträge heißt das - ich wiederhole mich -: Wir werden beiden Anträgen zustimmen, denn das eine zu machen, heißt nicht, das andere zu unterlassen, und beide Bereiche sollen vorangetrieben werden. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich dem Abgeordneten Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Augenzwinkernd und als positiver Mensch muss ich feststellen, dass ich mich darüber freue, dass die CDU ihr Herz für die Frauenhäuser wiederentdeckt hat. Bei der Kollegin Rathje-Hoffmann ging ich auch davon aus, dass es dort nie aufgehört hat zu schlagen. Auf das Thema Blutdruck und Puls komme ich noch zurück.

Beim Antrag der CDU bin ich nicht sicher, ob er eine Wohltat für die Frauenhäuser oder eher eine für die Staatskasse ist. Zu beidem möchte ich etwas sagen und vorwegschicken, dass ich diesen Antrag so nicht mittragen kann. Ich erkläre auch, warum.

Anfang September wurde die **Kooperationsvereinbarung** zwischen Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg zu den Frauenhäusern unterzeichnet. Dafür dass die geteilte Verantwortung von Menschlichkeit und die geteilte Zuwen-

(Wolfgang Dudda)

derung zu Kindern und Frauen in Not damit auf angemessene verwaltungstechnische und finanzielle FüÙe gestellt wurde, gratuliere ich der Ministerin ausdrücklich. Das ist ein gutes Werk. Ich hoffe, dass die Wirkungen dieses Abkommens positiv für die Einrichtungen sein werden. Ich hoffe, dass die Wirkungen vor allem positiv sein werden für die Opfer von Gewalt und Misshandlung, die Zuflucht in Frauenhäusern finden, und dass sie positiv für die Frauen sein werden, die 24 Stunden rund um die Uhr in den Einrichtungen ihren Dienst tun - mit Sachverstand und einer inneren Haltung, die uns allen Vorbild sein sollte.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Wolfgang Baasch [SPD])

Dass das vorgestellte Abkommen all diese positiven Wirkungen haben wird, daran habe ich - das habe ich schon Anfang September gesagt - einige Zweifel. Ich habe nämlich Zweifel daran, dass Schleswig-Holstein hier optimal verhandelt hat.

Es fällt mir wie allen anderen schwer, wenn es um Leid, Gewalt und Misshandlung geht, auf die finanzielle Seite der Medaille zu verweisen, aber wir alle wissen, dass die Frauenhäuser in diesem Lande wiederkehrend um ihre Mittel kämpfen und trotz aller Mahnungen bisher keine echte Aufstockung, keine tatsächliche Erhöhung erhalten haben. Die Kürzungen aus der schwarz-gelben Zeit sind aufgehoben, aber ich wünsche der Koalition etwas mehr Blutdruck und Puls an der Stelle, denn die Mieten sind seit 1994 nicht angepasst worden. Da könnte man noch etwas tun.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Die finanzielle Seite im vorliegenden Antrag bezieht sich auf die ausgehandelten 130.000 €, von denen nur 100.000 € bei den Frauenhäusern verbleiben, weil 30.000 € im Gegenzug in die **Koordinierungsstelle** gehen, die in Hamburg die notleidenden und hilfeschuchenden Frauen auf die Häuser verteilen soll. Ich möchte gern davon überzeugt werden, dass diese 100.000 € auch wirklich den Part abdecken, den die schleswig-holsteinischen Frauenhäuser leisten.

Aus den Reihen der Häuser selbst hört man, dass dies nicht der Fall sein wird, dass die Belastungen auf unserer Seite höher sind, als es die 100.000 € ausdrücken. Wenn dies so ist, müssen wir feststellen, dass ein solches Verwaltungsabkommen mit anderen Ländern nicht befürwortet werden kann. Ich könnte mich dem CDU-Antrag nur anschließen, wenn das Abkommen gut verhandelt wäre, wenn ich mich zusammen mit den Frauen aus den Häu-

sern irrte und die Gelder trotz aller Bedenken aus den Häusern gerecht verteilt wären. Dazu ist eine **Evaluation** notwendig. Man muss untersuchen, ob das wirklich so trägt. Wir brauchen eine Zeit der Erprobung und der **Analyse des Abkommens**. Wenn wir uns in einem Jahr hier wiedertreffen und uns plausibel gemacht werden kann, dass dieses Abkommen mit Hamburg gut für unsere Frauenhäuser ist, kann man diese Erfahrungen auch gern auf die anderen Länder übertragen. So lange kann man den Antrag nicht unterstützen.

(Beifall Torge Schmidt [PIRATEN])

Ich möchte mich eher im Ausschuss darüber unterhalten, wie wir eine solche Evaluation auf den Weg bringen können, damit das Zeichen, das Schleswig-Holstein und Hamburg gesetzt haben, dass Frauen grenzüberschreitend Hilfe, Zuflucht, Betreuung und Respekt erfahren, Beispiel für alle möglichen Partner wird. Meine Zweifel bestehen - Sie sehen es - nicht an der Sache selbst, sondern im Detail. Darin steckt, wie wir alle wissen, der Teufel. Wenn es zur Sachabstimmung kommt, werde ich meiner Fraktion empfehlen, dem Antrag der Koalition zuzustimmen. Leider können wir dem Antrag der CDU aus den genannten Gründen nicht zustimmen.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Kollegen Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seit der Gründung der ersten Frauenhäuser vor fast 40 Jahren hat sich enorm viel bewegt. Frauenhäuser bieten heute Beratung, Unterkunft und psychische Unterstützung für Gewaltopfer; sie eröffnen darüber hinaus in vielen Fällen neue berufliche Alternativen. In der Gesellschaft hat sich das Bewusstsein durchgesetzt, dass **Gewalt in der Familie** ein enormes Problem und eine gesellschaftliche Aufgabe ist.

Die Bundespolitik hat diese Entwicklung allerdings nur sehr zögerlich nachvollzogen. Wie zögerlich, kann man unter anderem daran ablesen, dass eine Bundesregierung erstmals im Sommer 2012 überhaupt einen **Bericht zur Situation der Frauenhäuser**, Fachberatungsstellen und anderer Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder vorgelegt hat. In diesem längst

(Flemming Meyer)

überfälligen Bericht stellt die Bundesregierung fest, dass Gewalt gegen Frauen alle Regionen Deutschlands und alle sozialen Schichten betrifft.

Dieser Bericht war eine wichtige Etappe im Engagement gegen häusliche Gewalt. Die Bundesregierung hat damit anerkannt, dass nicht nur Kommunen und Länder allein für die Zuflucht der Gewaltopfer zuständig sind, sondern dass auch der Bund in der Pflicht ist. Das gilt für entsprechende gesetzliche Grundlagen, aber auch für die Koordinierung; besonders dann, wenn es um zwei Bundesländer geht. So wie niedersächsische Frauen in Bremen Zuflucht suchen, tun das auch mecklenburgische in Schleswig-Holstein oder Hamburg. Das hat manchmal ganz profane Gründe wie eine fehlende Kinderbetreuung oder zu wenig Plätze in einem Haus. Manchmal wollen sich die Frauen aber auch einfach so weit wie möglich weg von ihrem Peiniger in Sicherheit bringen.

Dann beginnen für viele Frauenhäuser allerdings bürokratische Hürdenläufe, denn die **Finanzierung der Angebote für Frauen aus anderen Bundesländern** ist unglaublich kompliziert. Der dadurch entstehende **Verwaltungsaufwand** blockiert Kapazitäten, die besser der Beratung und Betreuung der Gewaltopfer zugutekommen sollten. Tatsächlich ist es so, dass die Frauenhäuser den Verwaltungsaufwand durch Selbstaubeutung der Beschäftigten stemmen müssen. Keine Frau soll nämlich abgewiesen werden. Schließlich ist jede Frau, die mit ihrem Kind an der Hand in einem Frauenhaus um Zuflucht bittet, in einer existenziellen Notsituation. Sie kann man nicht einfach in die Warteschleife legen. Das Frauenhaus versucht daher erst nach der Aufnahme, für die betroffenen Frauen finanziell tragfähige Lösungen zu finden. Die Bundesregierung schreibt dazu folgerichtig:

„Das gelingt nicht immer, in solchen Fällen tragen die Einrichtungen das Risiko fehlender Refinanzierung.“

Das kann man in der Bundestagsdrucksache 17/10500 nachlesen.

Zumindest zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg konnte zwischenzeitlich eine Lösung gefunden werden. Wir haben von den Verwaltungsabkommen schon mehrmals gehört. Die Arbeit der Frauenhäuser wird damit enorm erleichtert. Diesen Weg sollten wir natürlich weitergehen.

Die Bundesregierung berichtet von mosaikartigem Charakter der Rechtsgrundlagen. Tatsächlich haben wir es aber gerade nicht mit einem Gesamtbild zu tun, das sich aus vielen kleinen Steinchen zusam-

men setzt. Die Frauenhäuser sind eher wie kleine Halligen, da konnte es schnell mal zu „Land unter“ kommen. Dem haben wir wirkungsvoll einen Riegel vorgeschoben. Weitere **bilaterale Verwaltungsabkommen** stehen an, die Schleswig-Holstein mit anderen norddeutschen Ländern schließen müsste. Darum liegt die Idee einer Ausgleichsregelung nahe. Die würde den Frauenhäusern und damit auch den betroffenen Frauen unmittelbar zugutekommen.

Ich warne allerdings an dieser Stelle vor einem Ausgleich nach unten. Die eingeführten Standards müssen dauerhaft gesichert werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum unser Änderungsantrag. Ansonsten wird sich die Versorgungssituation der Gewaltopfer zukünftig verschlechtern. Wir kennen aus anderen Bereichen, dass Standards im Sinne einer Harmonisierung oft gesenkt werden. Das wird es mit uns ganz einfach nicht geben. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Kollegin Serpil Midyatli von der SPD-Fraktion das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Vielen Dank. - Verehrte Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Klahn, es stimmt, Frau Simone Lange war in der letzten Legislaturperiode nicht im Landtag. Es war vielleicht auch ganz gut, dass sie die eine oder andere Debatte hier nicht mitbekommen hat. Ich war in der letzten Legislaturperiode hier und habe durchaus die Diskussion um die Frauenhäuser noch sehr eindrucksvoll in Erinnerung, auch die Diskussion mit Ihnen. Ich muss dazu sagen: Ich habe mit dem ehemaligen Minister Schmalfuß auf einer anderen Ebene sehr gut zusammengearbeitet. Dort sind wir immer zu sehr guten Lösungen gekommen, wenn sie nicht von der CDU torpediert worden wären.

Frau Kollegin Klahn, Sie stellen sich hier hin und sagen: „Wir müssen auch die Kosten im Auge behalten.“ Sie machen da einen absoluten Denkfehler. Es geht darum, dass wir sagen: Zuerst kommt der Schutz für die Frauen und Kinder. Wir sorgen erst einmal dafür, dass diese Frauen und Kinder unter-

(Serpil Midyatli)

gebracht werden. Wie und wo die Kosten hinterher austariert werden, ist etwas, was man auf einer ganz anderen Ebene miteinander diskutieren sollte. Wir haben einen Bericht des ehemaligen Ministers Schmalfuß vorliegen. Ich habe ihn bei mir. Ich werde ihn Ihnen gleich noch einmal reichen. In dem Bericht steht, dass über 40 Frauen und - ich meine - 52 Kindern eine Aufnahme in den Frauenhäusern verwehrt worden ist, weil kein Platz da gewesen ist. Dann können Sie sich hier nicht hinstellen und sagen: Wir haben alle Frauen und Kinder in Schleswig-Holstein untergebracht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Anita Klahn [FDP])

- Es ist ein Bericht Ihres ehemaligen Ministers, Frau Klahn.

Gern möchte ich noch sagen, dass wir die Kürzung zurückgenommen haben und nicht mehr. Ich erinnere daran, dass - es ist noch gar nicht so lange her - die Sozialministerin am Montag in Norderstedt einen Bescheid über 700.000 € für einen weiteren Bau eines Frauenhauses überreicht hat, weil wir wissen - natürlich wissen wir das -, dass es noch Nachholbedarf gibt und wir noch mehr Plätze brauchen. Sie stellen hier hin und tun so, als habe man keine anderen Möglichkeiten gehabt.

Wolfgang Dudda, wissen Sie, was die FDP in diesem Bereich gemacht hat? Sie haben geschaut, wie viele Frauen von Schleswig-Holstein nach Hamburg gehen und wie viele von Hamburg zu uns kommen, haben einen Strich darunter gezogen und gesagt: So viele Frauen, die mehr aus Hamburg zu uns kommen, nehmen wir bei uns einfach nicht auf, sondern sie sehen, wo sie hinkommen. Genauso war das. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit, das Wort.

(Serpil Midyatli [SPD]: Lesen Sie mal den Bericht! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Lassen Sie Ihre unverschämten Beiträge! - Sandra Redmann [SPD]: Das sagt der Richtige! Frechheit! - Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

- Meine Damen und Herren, Herr Kollege Kubicki, das Wort hat die Ministerin. Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit für die Ministerin.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Danke sehr. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Diese Landesregierung hat vom ersten Tag ihres Handelns an deutlich gemacht: Der **Schutz von Frauen vor Gewalt** gehört zum Kern des Verständnisses unserer schleswig-holsteinischen Politik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben die Kürzungen rückgängig gemacht, die die Vorgängerkoalition vorgenommen hat, denn damit hatte sie die Arbeit der Frauenhäuser und Beratungsstellen verschlechtert.

Wir haben - ich glaube, mit einigem Erfolg - dafür gearbeitet, das Vertrauen der Einrichtungen in die Landesregierung wieder herzustellen. Wir haben vor allem die Bedingungen für den Schutz der von Gewalt betroffenen Frauen und der Kinder im Land im Rahmen unserer Möglichkeiten weiter gestärkt.

Ein Teil dieser Politik, auf die ich wirklich stolz bin, ist die neue **länderübergreifende Kooperation und Koordinierung**. Denn oft - eigentlich wissen Sie alle, dass hier zum Teil etwas schräg diskutiert worden ist - ist es zum Schutz der von Gewalt betroffenen Frauen geradezu erforderlich, dass sich diese - jedenfalls für eine Zeit - außerhalb ihres gewöhnlichen Aufenthaltsorts bewegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist - das ist von allen Koalitionsfraktionen betont worden - zum Schutz der Frauen ganz einfach erforderlich. Dieser Schutz soll nicht durch Ländergrenzen behindert werden.

Nicht so einfach ist es, dann den fairen finanziellen Ausgleich dafür zu schaffen.

(Anita Klahn [FDP]: Genau!)

So sehr ich mich auch darüber freue, dass die CDU-Fraktion in dieser Legislaturperiode jetzt den Fokus darauf legt, die Frauenhausarbeit wieder zu stärken, muss ich sagen: Ihr Antrag springt an dieser Stelle leider zu kurz. Denn es ist - das wurde in anderen Beiträgen deutlich - eben nicht so einfach, einen Ausgleich dieser Kosten mit allen Ländern zu vereinbaren, wie es mit Hamburg möglich war. Das ist nicht nur eine Frage des Willens, sondern liegt vor allem darin begründet, dass es in anderen Ländern ganz **unterschiedliche Finanzierungssysteme** gibt. Das fängt damit an - das ist der Hauptgrund -, dass in den meisten Ländern die Finanzierungsver-

(Ministerin Kristin Alheit)

antwortung gar nicht auf Landesebene liegt und ich damit gar keinen Partner für Verhandlungen finde. Auch in Hamburg war dies nicht einfach, aber es ist uns gelungen. Mit anderen Ländern geht das derzeit nicht.

Dieses Problem ist bekannt, aber mein Anliegen ist, trotz dieser schwierigen Situation weiterhin zu Lösungen zu kommen. Dazu - ich bitte zu entschuldigen, dass ich das in aller Deutlichkeit sagen muss - brauchen wir keine Aufforderung der Opposition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unter ganz maßgeblicher Beteiligung Schleswig-Holsteins hat sich die Konferenz der Gleichstellungsministerinnen und -minister in der letzten Woche mit den regional sehr unterschiedlichen Niveaus und den zum Teil sehr eklatanten Defiziten innerhalb der Schutz- und Beratungslandschaft für Frauen befasst. Die Konferenz hat mit Zustimmung des Bundes diesen gebeten, zusammen mit den Ländern nach Lösungen zu suchen, um das Hilfeangebot für die Opfer nachhaltig zu verbessern.

Bundesministerin Manuela Schwesig hat zugesagt, diesen Vorgang zu unterstützen. Einigkeit bestand darin, den Flickenteppich der unterschiedlichen Finanzierungsmodelle zu untersuchen, denn dieser wird als Teil des Problems gesehen. Ich erhoffe mir daher im Rahmen der Initiative auch Schritte hin zu einer bundesweit einheitlicheren und kompatibleren Finanzierung dieser Regelungen.

Die Länder sind sich im Übrigen auch einig, dass es dabei nicht um eine Verschlechterung irgendeines Standards gehen kann. Das ist ganz wichtig. Das gilt natürlich insbesondere für uns in Schleswig-Holstein.

Ich habe daher dem Bund, der eine Modellphase anstrebt, angeboten, dass wir als bundesweite **Modellregion** fungieren und dass damit unsere Standards der Maßstab sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn Folgendes ist mir ganz wichtig: Wir wollen weiterhin bundesweit positive Maßstäbe setzen. Der Schutz der Frauen vor Gewalt ist für uns entscheidend und wichtig. Das ist der Anspruch dieser Landesregierung. Das ist auch mein Anspruch, den ich in meiner Arbeit mit aller Kraft unterstützen möchte. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Beratung.

Von der Kollegin Katja Rathje-Hoffmann wurde beantragt, beide Anträge Drucksachen 18/2324 sowie 18/2369 dem Sozialausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CDU- und der Piratenfraktion. Wer lehnt die Ausschussüberweisung ab? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich schlage Ihnen abweichend von der Geschäftsordnung vor, den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Antrag der CDU Drucksache 18/2324 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag Drucksache 18/2369 seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer lehnt diesen Antrag ab? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun Tagesordnungspunkt 33 auf:

Landesweit einheitliche Standards für Entwicklungsberichte von Kompetenzen in Grundschulen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2212

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**Zeugnisnoten in Kombination mit Lernentwicklungsberichten sind eine bereichernde Chance für alle**

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 18/2257 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 18/2328

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 18/2363

Bevor wir in die Beratungen einsteigen, erteile ich der Berichterstatterin des Bildungsausschusses, der Frau Abgeordneten Anke Erdmann, das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Sven Krumbeck von der Fraktion der PIRATEN das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schaue noch einmal nach: Die letzte Seite ist da.

(Heiterkeit und Beifall - Anita Klahn [FDP]:
Ist auch die erste da?)

Aber ich möchte trotzdem mit der ersten Seite anfangen.

Seit dem 1. August kann die Mehrheit in den Grundschulen entscheiden, ob Noten erteilt oder **kompetenzbasierte Entwicklungsberichte** erarbeitet werden sollen. Diese Neuregelung hat zu vielen öffentlichen Diskussionen geführt. Vielleicht finden einige es unangemessen, diesen Sack noch einmal aufzumachen.

Aber wir PIRATEN glauben, dass die jetzt geltende Regelung noch nicht diejenige ist, die wir uns wünschen. Wir waren mit dieser Idee nicht allein. Ich freue mich wirklich, dass die Koalition unser Anliegen unterstützt und unseren Antrag sinnvoll ergänzt hat.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Festhalten können wir: Wir finden den von der Regierung eingeschlagenen Weg grundsätzlich gut. **Noten** sind immer eine **Bezugsgröße** im Vergleich zu anderen. Das mag vor 100 Jahren gut und richtig gewesen sein, aber den Anforderungen der modernen inklusiven Schule wird das nicht gerecht.

(Beifall PIRATEN)

Heute geht es um den Anspruch, jedem Kind die Förderung zukommen zu lassen, die ihm oder ihr die besten **Entwicklungsmöglichkeiten** eröffnet. Wenn es um individuelle Förderung geht, rufen alle immer: Hurra! - Dass dies aber auch einen Paradigmenwechsel bei den Instrumenten erfordert, scheint für viele noch neu und ungewohnt zu sein.

Leider muss ich sagen, dass die Diskussion, die wir dazu im Ausschuss geführt haben, untermauert hat, dass CDU und FDP mehr als deutlich gezeigt haben, dass ihre Vorstellungen an dieser Stelle wirklich veraltet sind.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wissen allerdings auch, dass die verfasste Elternschaft gegen die **Abschaffung der Noten** ist.

(Zuruf CDU: Zu Recht! - Anita Klahn [FDP]: Oh ja! Dann sind sie auch veraltet!)

Wir wissen aber auch - in einigen Zeitungsberichten und in vielen persönlichen Gesprächen wurde dies deutlich -, dass es viele Eltern gibt, die die Abschaffung der Noten inzwischen für angemessen halten. Das sind vor allem die Eltern, die bereits Erfahrungen mit Kompetenzrastern und Entwicklungsberichten gesammelt haben. Machen wir uns nichts vor: Es gibt schon an vielen Schulen diese Methoden, und die werden auch genutzt. Wir können uns schon so etwas wie Best-Practice-Lösungen ansehen, weil sie zum Beispiel verpflichtende Elterngespräche zur Zeugniserteilung vorsehen, was auch schon funktioniert.

Was mir ganz wichtig ist: Die PIRATEN wollen weg von der im Bildungsausschuss immer noch oft verwendeten und falschen Begrifflichkeit des Berichtszeugnisses. Es geht nicht darum, zum Beispiel eine schlechte Note rhetorisch flauschig zu verpacken, sondern es geht darum, einen Schüler in seiner Entwicklung zu unterstützen, zu begleiten und bestmöglich zu fördern.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Sven Krumbeck)

Weil wir glauben, dass sich die, die sich am besten mit der Thematik in diesem Land auskennen, die Pädagogen sind, haben wir als Arbeitsgrundlage den Begriff der **Entwicklungsbeschreibung von Kompetenzen**, um deutlich zu machen, dass uns die Bewertung eines Kenntniszustands nicht genug ist. Wir wollen die Entwicklung des Kindes im Fokus haben.

Wir haben diesen Antrag auch gestellt, um einen unserer Meinung nach vorhandenen handwerklichen Fehler zu beheben. Durch die Kann-Regelung wird es von Ort zu Ort sehr unterschiedliche Methoden geben. Wir PIRATEN glauben aber, wenn man von einer Sache überzeugt ist - und wir haben die Grundschulpädagogen im Rücken - und davon ausgeht, dass die Abkehr von Notenzeugnissen die beste Lösung ist, dann wollen wir, dass sie allen Schülern zugutekommt, landesweit verbindlich. Darum möchten wir, dass dieses Land einen klaren und verlässlichen Rahmen setzt, der den Lehrern am Ende auch zur Hilfe kommt.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen auch die letzten Skeptiker überzeugen, damit diese wichtige Regelung nicht bei einem Regierungswechsel gleich wieder einkassiert wird. Darum ist unsere Ergänzung in dem Antrag um die Evaluation richtig und auch wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zeugnisse sind kein Instrument zum Einschüchtern. Ich halte es mit einem bekannten Fußballtrainer der Bundesliga, Jürgen Klopp, der sinngemäß sagt, er glaube nicht daran, dass die Furcht vor der Niederlage mehr motiviere als die Freude am Gewinnen. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir das für alle unsere Schüler etablieren könnten. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist die richtige und kindgerechte Bewertung von schulischen Leistungen? Wie kann man Kinder motivieren, dem Unterricht nicht nur beizuwohnen, sondern sich zu beteiligen, ihm motiviert zu folgen, sich auch Zeit zu nehmen, um zu üben und Unterrichtsinhalte zu wiederholen? - Eine

Antwort auf diese Frage ist sicherlich ein guter Unterricht, der sich an den Bedürfnissen und am **Entwicklungsstand der Kinder** orientiert und sie auch motiviert. Eine weitere Antwort ist aber auch eine **prompte Rückmeldung** auf ihre erbrachten schulischen Leistungen und Erfolge, und das in einer Form, die natürlich in erster Linie von den Schülerinnen und Schülern, aber auch von den Eltern leicht verstanden werden kann. Es ist für uns eine Kombination aus Noten und einem schriftlichen Bericht, der auf die individuellen Entwicklungen des Kindes eingeht und ihre Stärken deutlich macht. Darüber hinaus würde es eine solche Kombination den Kindern auch ermöglichen, in diesen Berichten aufgezeigt zu bekommen, in welchen Fächern sie richtig gut sind und in welchen Fächern sie noch Nachholbedarf haben.

Wir stimmen also in der Frage der kompletten **Ab-schaffung der Noten** in den Grundschulen mit der Koalition und auch den PIRATEN überhaupt nicht überein, sondern wir glauben, dass Noten sehr wohl eine gute Rückmeldung für unsere Schülerinnen und Schüler und auch für ihre Eltern sind.

(Beifall CDU)

Was jedoch an dem Ursprungsantrag der PIRATEN durchaus richtig war, war die Forderung nach einer Vereinheitlichung der Leistungsbewertungen innerhalb der Zeugnisse.

Meine Damen und Herren, wir haben in Schleswig-Holstein inzwischen ein Sammelsurium an Zeugnissen, das es Kindern und Eltern inzwischen richtig schwer macht, sich darin noch zurechtzufinden. Wer unterschiedliche Kinder an unterschiedlichen Schulen hat, hat auch die unterschiedlichsten Zeugnisse zu Hause, und keiner weiß mehr, wie man die Dinger richtig lesen soll.

(Beifall CDU und FDP)

Noten sind ein gutes und ein seit Langem bewährtes **pädagogisches Mittel**, Kindern eine direkte **Rückmeldung** über ihre erbrachten Leistungen und Erfolge zu geben. Das sehen übrigens auch die Grundschulleitern so. Der Landeselternbeirat hat in seiner Stellungnahme zur Grundschulverordnung sehr deutlich gemacht, dass er sich für die Beibehaltung der Noten mit einem entsprechenden tabellarischen Entwicklungsbericht einsetzt. Das ist die Elternvertretung dieser Schülerinnen und Schüler.

Auch eine Umfrage des „sh:z“ und ganz aktuell eine Umfrage des NDR haben deutlich gemacht, dass sich in diesem Land, in Schleswig-Holstein, 87 % der Befragten für Noten aussprechen. Darüber hin-

(Heike Franzen)

aus ist die NDR-Umfrage insgesamt eine ziemliche Klatsche für die Bildungspolitik dieser Landesregierung.

(Beifall CDU und FDP)

Noten haben eine hohe **Akzeptanz** in unseren Schulen, und vermutlich ist das auch der Grund, dass Sie über die Grundschulverordnung versucht haben, die Mitbestimmungsrechte von Eltern auszuhebeln. Eltern wollen gern Noten, Sie wollen sie nicht. Deswegen sollen Eltern in den Schulkonferenzen ihre Stimme an der Stelle nicht mehr erheben können. Ich finde, es ist eine ziemliche Dreistigkeit, die hier in die Grundschulverordnung eingezogen worden ist.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, eine Rückmeldung durch eine Note muss natürlich in einem Verhältnis stehen, nämlich in dem Verhältnis der geforderten Leistung und der erbrachten Leistung. Das kann nur dann sinnvoll sein, wenn es an **objektiven Leistungskriterien** orientiert ist, und dann sind Noten auch Ansporn, um sich zu verbessern. Wenn diese Noten dann auch noch mit einem Bericht unterlegt sind, in dem man wirklich deutlich erkennen kann, an der Stelle hat sich das Kind gut entwickelt, dann ist das motivierend. Wenn man auf der anderen Seite deutlich machen kann, an der Stelle gibt es noch Nachholbedarf, dann wissen Eltern auch, wo ihre Kinder tatsächlich stehen, insbesondere in der Situation, dass wir in Schleswig-Holstein inzwischen die **Schulartempfehlungen** abgeschafft haben. Woran sollen sich Eltern denn noch orientieren, wie es mit ihren Kindern nach der Grundschulzeit weitergehen soll?

(Beifall CDU und FDP)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir als CDU setzen uns dafür ein, an der Stelle einmal die ideologischen Scheuklappen abzusetzen

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

und die Leistungsbewertung

(Beifall CDU und FDP)

zum Tragen kommen zu lassen, die erstens transparent und leicht verständlich ist, zweitens die Stärken und Schwächen am besten widerspiegelt und drittens Kinder zu Leistungen motiviert. Wir treten für **kombinierte Noten- und Berichtszeugnisse** ein und würden uns freuen, wenn Sie mein Beitrag überzeugt hat und Sie unserem Antrag zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kollegen der SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Franzen, Umfragen haben immer so ihre Tücken. Wenn Sie in die Schule gehen und sagen würden: Liebe Schülerinnen und Schüler, wollt ihr lieber Noten von 1 bis 4 statt der jetzigen Regelung, würden Sie auch auf eine Mehrheit treffen. Wenn Sie zu Beginn der Herbstferien nachfragen würden, was würdet ihr davon halten, wenn wir generell auf den Inseln und Halligen die Herbstferien auf drei Wochen ausdehnen würden, würden Sie garantiert auch auf eine überwältigende Mehrheit stoßen. Umfragen haben generell ihre Tücken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Wahlen auch!)

Liebe Piratenfraktion, ich bedanke mich dafür, dass es uns gelungen ist, im Bildungsausschuss auf der Basis Ihres Antrags einen zwischen Ihnen und der Koalition einvernehmlichen Antrag zu verabschieden.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie sollten Wahlgeschenke abschaffen!)

In diesem Haus und besonders im Bildungsausschuss wird seit Jahrzehnten ein Diskurs darüber geführt, was die geeignete Form ist, um den **Leistungsstand** von Schülerinnen und Schülern zu dokumentieren. Das grobschlächtige deutsche Notensystem mit nur sechs Stufen hat den Vorteil, Vergleiche zwischen den Schülerinnen und Schülern relativ leicht herstellen zu können, aber den Nachteil, Stärken und Schwächen innerhalb desselben Faches und den Lernfortschritt nicht abzubilden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Entwicklungsberichte leisten genau das, stoßen jedoch bei manchen Menschen auf den Vorbehalt, dass sie der Subjektivität seitens des beurteilenden Lehrers noch stärker als Ziffernzeugnisse ausgesetzt sind. Ich muss diese Diskussion nicht im Detail wiederholen.

Unsere bisherige Ministerin Frau Wende hat - mit unserer vollen Unterstützung - den Grundschulen

(Kai Vogel)

die Möglichkeit gegeben, auf Schulnoten in allen vier Jahrgängen zu verzichten und sie durch **Kompetenzraster** zu ersetzen. Dafür erstellt das Ministerium Vorlagen, an denen sich die Lehrkräfte orientieren können. Sie werden damit nicht alleingelassen und nicht dazu gezwungen, das Rad jedes Jahr neu zu erfinden. Aber den Grundschulen, die es für pädagogisch richtig halten, an der Benotung festzuhalten, ist das dennoch nicht verwehrt, wenn dies von der Schulkonferenz so beschlossen wird.

CDU und FDP hatten einen Änderungsantrag vorgelegt, der sich dafür aussprach, ab Klasse drei wieder generell Zeugnisnoten in Kombination mit Lernentwicklungsberichten zu erteilen. So ein Antrag kann nur von Kollegen ausgedacht worden sein, die nie schlechte Noten hatten.

(Lachen CDU und FDP - Unruhe - Glocke Präsidentin)

Den Schüler oder die Schülerin, der oder die von einer Fünf oder gar einer Sechs im Zeugnis motiviert wurde, wie Kollegin Klahn es im Ausschuss dargestellt hat, muss mir mal jemand zeigen. Die habe ich noch nie getroffen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich vermute, das ist keine Wortmeldung von Herrn Kubicki, sondern er will aufzeigen, dass er von einer Fünf motiviert worden sei.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kann ich Ihnen sagen!)

- Dann ist es eine Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Vogel, möchten Sie zulassen, dass Herr Kubicki aus seiner Schulzeit berichtet?

(Heiterkeit)

Kai Vogel [SPD]:

Wir haben ja alle unterschiedlich lange Schulzeiten hinter uns. Ich blicke auf eine sehr umfangreiche und lange Zeit aus unterschiedlichen Perspektiven zurück. Aber ich bin gespannt, ob ich wirklich dem ersten Schüler begegnen sollte.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Lieber Herr Kollege, ich bin gern bereit, das Zeugnis zu öffnen. Das muss ich ja auch meinen Kindern gegenüber tun. Ich bin in den Halbjahreszeugnissen durch eine Fünf regelmäßig

dazu motiviert worden, im zweiten Halbjahr mehr zu tun, um die Fünf zu egalisieren.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Halbjahreszeugnisse waren extrem schlecht, und die Jahresendzeugnisse extrem gut. Sie wollten ein Beispiel sehen? Ich bin es.

- Ich danke Ihnen für den Nachweis, den Sie erbracht haben. Aber in den vielen Zeugnisgesprächen, die ich geführt habe, hat man zwar am Ende, wenn man auf die Fünf blickt, gesagt, man wolle sich intensiv darum bemühen, ganz fleißig zu sein. Aber bedauerlicherweise verfallen viele nach zwei Wochen in genau die gleichen Verhaltensmuster, und die Noten sind ebenso schlecht wie im Jahr zuvor.

(Anita Klahn [FDP]: Das ist etwas ganz anderes! - Christopher Vogt [FDP]: Das liegt vielleicht auch an den Lehrern!)

- Herr Vogt, Sie sprechen sicherlich vor dem Hintergrund besonderer Erfahrung, auf die Sie zurückblicken können.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich bin Lehrersohn!)

Worauf sich CDU und FDP dabei stützen, ist klar. Es gab wieder eine Umfrage, wonach sich die Leute nichts anderes als Notenzeugnisse vorstellen konnten. Darauf hatte ich am Anfang bereits verwiesen. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Wir alle sind mit Noten aufgewachsen. Die Eltern wollen eben wissen, wie gut ihr Kind ist. Das ist auch nachvollziehbar. Aber auch hier wird sehr bald ein Bewusstseinswandel einsetzen. Die Eltern wollen wissen, wo ihr Kind beim Lernfortschritt hinterherhinkt und wo es welche Fortschritte macht, und zwar in einer detaillierten Darstellung.

Der vom Ausschuss beschlossene Antrag definiert klar den Unterschied zwischen Entwicklungsberichten und Kompetenzrastern, wobei letztere den aktuellen Leistungsstand darstellen sollen, während die Entwicklungsdynamik in den Entwicklungsberichten zu dokumentieren ist.

Wir bitten deshalb die Landesregierung, sobald wie möglich **Muster für Entwicklungsberichte** für alle vier Klassenstufen vorzulegen, die kein starres Korsett sein sollten, sondern an den Bedarf der Schule angepasst werden können, wenn es pädagogisch sinnvoll und begründbar ist. Darüber werden wir uns dann im Bildungsausschuss ausgiebig austauschen können.

(Kai Vogel)

Eine Sache wundert mich jetzt in der Debatte; denn da haben wir uns wirklich deutlich weiterentwickelt. Normalerweise stehen in der Schule in der letzten Stunde - wir haben ja nicht mehr allzu viele Tagesordnungspunkte - alle mehr oder weniger mit gepackten Koffern da. Ich merke, dass wir uns da deutlich weiterentwickelt haben; denn Sie alle sind sehr diskussionsbereit. Ich danke Ihnen dafür und wünsche Ihnen eine schöne Herbstzeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Anke Erdmann.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Franzen sprach von einer kompletten Abschaffung der Noten. Ebenso wie ich mir in der Schule differenzierte Rückmeldungen wünsche, wünsche ich mir auch differenzierte Reden und Zeitungsartikel.

(Anita Klahn [FDP]: Das wünschen wir uns auch!)

Am letzten Schultag vor den Sommerferien stand in den „Kieler Nachrichten“: „Das letzte Notenzeugnis“ in der Grundschule. Das ist pointiert, aber falsch. Worum geht es nämlich eigentlich? Das muss man sich einmal klarmachen, um das etwas zu differenzieren. Dann kommen vielleicht auch die Gefühle nicht so in Wallung. Eigentlich hätte auf Seite eins im Januar 2015 eine Schülerin abgebildet werden müssen, die den ersten Entwicklungsbericht in Klasse vier in der Hand hält. Denn das ist die Neuerung, die durch diese Verordnung ermöglicht wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Das ist aber dann kein solcher Aufreger für konservative Kräfte. Es geht hier nicht um Kulturkampf; das ist wirklich Kokolores.

(Christopher Vogt [FDP]: Konservative Kräfte! Ich denke, Sie sind die neue konservative Kraft! Das sagt jedenfalls Frau Heinold immer!)

- Sie müssen auch nicht immer alles glauben, was Frau Heinold sagt, an der Stelle jedenfalls nicht.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Entwicklungsberichte sind jedenfalls unter Schwarz-Rot eingeführt worden. Davon könnte Herr Vogt sich noch eine Scheibe abschneiden. Es war ganz normales Regierungshandeln. Sie sind in den Klassen drei, fünf, sechs und sieben unter der Regierung Carstensen eingeführt worden. Die Regierung Carstensen hat das durchgeführt.

Was ist jetzt neu? - In Klasse vier müssen keine Noten mehr gegeben werden. Das ist neu. Früher musste man sich bewusst gegen Ziffernoten entscheiden. Heute kann man sich bewusst für Ziffernoten entscheiden. Das ist wirklich keine Kulturrevolution.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Wir haben gerade von Frau Franzen gehört, was möglicherweise für Ziffernoten spricht. Sie sprach von **Vergleichbarkeit** und von **Objektivität**.

(Heike Franzen [CDU]: Das Wort habe ich nicht benutzt!)

- Sie haben die Begriffe objektive Leistungskriterien und Motivation angeführt.

Wir Grünen sind da skeptisch. Wir sind damit nicht allein. **Objektivität** ist nur scheinbar gegeben. Ich verweise dazu auf eine alte, aber sehr interessante Studie. An der Kieler Universität ist eine Studie erarbeitet worden, in der über 600 Aufsätze von jeweils 18 Lehrkräften bewertet wurden. Kein einziger dieser Aufsätze hat nur allein eine Note bekommen. 10 % dieser Aufsätze haben ein Notenspektrum von mindestens fünf Noten erhalten. Es gab aber auch Fälle, die mit den Noten von Eins bis Sechs bewertet wurden. So viel zum Thema Objektivität.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

- Ich rede von Aufsätzen, die in der Kieler Untersuchung von 18 verschiedenen Lehrkräften benotet worden sind.

(Anita Klahn [FDP]: Haben sie jetzt Noten bekommen oder nicht?)

- Wenn Sie mir eine Frage stellen wollen, Frau Klahn, dann fragen Sie doch richtig. Dann geht das nicht von meiner Redezeit ab. Was haben Sie nicht verstanden?

Anita Klahn [FDP]: Ihr Trommelfeuer hat etwas vermengt, denke ich. Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie berichtet, dass Aufsätze ohne Noten bewertet wurden. In der Folge sprechen Sie aber davon, dass es Noten

(Anke Erdmann)

gab. Nutzen Sie die Gelegenheit, jetzt noch einmal Luft zu holen und das Ganze in Ruhe und langsam zu formulieren.

- Ich kann noch schneller, Frau Klahn. Schnell zu denken, ist manchmal auch ganz hilfreich, ebenso wie schnell zu sprechen. 600 Aufsätze wurden von 18 verschiedenen Lehrkräften benotet. Die These war, dass die Notenbewertung nicht objektiven Kriterien entspricht. Über diesen Punkt hatten wir gerade gesprochen. In der Studie wird dann festgestellt, dass 10 % dieser Aufsätze von Eins bis Fünf beziehungsweise von Eins bis Sechs bewertet worden sind. Die Ausgangsthese war, dass Noten objektiv sind und Leistungen vernünftig abbilden. Frau Franzen sagt, man weiß, wo man steht. Darauf antworte ich: Offensichtlich - das ist nur eine von vielen Studien - weiß man durch eine Note nicht, wo man steht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Abgeordneten?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Anita Klahn [FDP]: Eine kurze Anmerkung, Frau Kollegin Erdmann: Das ist nichts Neues!

Ja, genau. Das ist nichts Neues. Aber diese Erkenntnis hat sich noch nicht durchgesetzt.

Jetzt noch eine Bemerkung zum Thema Motivation. Ich wurde in der neunten Klasse auf dem Gymnasium durch eine Fünf durchaus motiviert.

(Anita Klahn [FDP]: Aha!)

Aber zeigen Sie mir einmal den Drittklässler, der durch permanente Vieren oder Fünfen leistungsmotiviert ist. Das Gegenteil ist oft der Fall.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Frau Franzen, wenn es Ihnen passt, dann zitieren Sie gern aus der Hirnforschung. Insbesondere Herr Spitzer weist darauf hin, dass gerade so etwas zu Blockaden führen kann, wenn auch nicht automatisch führen muss. Aber es ist eben nicht automatisch so, dass sich die Kinder einfach nur nicht angestrengt haben. Schlechte Noten können durchaus

zu Blockaden führen. Deswegen wünschen wir uns ein **differenzierteres Feedback**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir wissen, dass nicht alle diese Auffassung teilen. Deswegen geht es uns um Wahlfreiheit. Es geht um Wahlfreiheit und nicht um Kulturrevolution an dieser Stelle. CDU und FDP haben einen Antrag gestellt, der in Sachen Wahlfreiheit noch hinter das zurückgeht, was es unter der Regierung Carstensen tatsächlich gegeben hat und was auch Frau Franzen als bildungspolitische Sprecherin mitgetragen hat. Deswegen ist überhaupt nicht klar, warum Sie die **Wahlfreiheit**, von der Sie sonst so viel reden, einschränken wollen.

Andererseits trauen Sie offensichtlich den Ziffernoten auch nicht. Denn sonst würden Sie ja nicht fordern, noch Entwicklungsberichte dazuzunehmen. Das alles, was Sie hier machen, ist doch nicht logisch.

Der Antrag, den die PIRATEN eingebracht haben - wir haben uns jetzt auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt -, ist wichtig, zumal es Standards gibt. Wir freuen uns auf die Evaluation und auf die Ergebnisse. Bis dahin brauchen wir eine Vielfalt, damit die Schulen die Konzepte, mit denen sie begonnen haben, weiter fahren können.

Wir wissen, dass sich die Schulen eine intensive Begleitung durch das Ministerium wünschen. Ich bin optimistisch, dass das jetzt auf den Weg gebracht wird.

Zu jedem Zeugnistag wird ein Sorgentelefon des Kinderschutzbundes geschaltet. Das ist zwar eine gute Sache. Ich wünsche mir allerdings so ein Leistungsbeurteilungssystem, dass kein Sorgentelefon für Kinder erforderlich ist. Ich wünsche mir ein Feedback von Schulen, das von Eltern und Kindern so aufgenommen werden kann, dass man nicht in Not und Sorge bei einer fremden Nummer anrufen muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der FDP hat die Kollegin Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Erdmann, ich

(Anita Klahn)

finde es unmöglich, mit welcher Vehemenz Sie immer wieder den Lehrkräften an den Grundschulen unterstellen, wenn ein Schüler so schlecht ist, wie Sie es darstellen und permanent Vieren und Fünfen nach Hause bringt, dass die Lehrer sich nicht mehr um diesen Schüler kümmern, um ihn bestens zu fördern und nach vorn zu bringen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das haben Sie gerade eben gesagt. Das muss ich an dieser Stelle einfach einmal sagen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sollten einmal zum Ohrenarzt gehen!)

Liebe Kollegen, wir haben unseren Antrag erneut eingebracht, weil uns in Diskussionen mit Lehrern und Eltern deutlich gemacht worden ist: Wir möchten **Noten** haben. Wir möchten auch den **Lernentwicklungsbericht** haben. Wir möchten wissen, wie sich die Noten zusammensetzen. Deswegen finden wir das Kompetenzraster sehr gut.

Sie haben völlig zu Recht ausgeführt, Aufsätze zu bewerten, das ist eine der schwierigsten Übungen. Ich bin froh, dass ich keine Lehrkraft bin und mich dafür nicht einsetzen muss.

(Zuruf SPD: Die Schüler auch!)

Ich bin der Meinung, dass Ziffernnoten allein ihre Schwächen haben. Aber auch Lernentwicklungsberichte allein haben ihre Schwächen. Frau Kollegin Franzen hat es ausgeführt. Nicht jeder ist in der Lage, das zu verstehen, was in einem Lernentwicklungsbericht steht. Man kann mit unterschiedlichen Worten sehr verschiedene Sachen ausdrücken. Hinzu kommt die subjektive Wahrnehmung, und am Ende weiß keiner mehr, ob der Schüler nun wirklich gut ist oder nicht.

Ich bringe an dieser Stelle immer gern das Beispiel meines eigenen Sohnes, der unter einer hundsmiserablen Mathearbeit stehen hatte: „Toll! Man sieht, was du kannst!“ - Daraufhin sagte ich: „Kind, du wirst wohl üben müssen.“ - Dazu sagte mein Sohn: „Nein, ich muss nicht üben. Es steht doch darunter: Toll! Man sieht, was du kannst!“

Meine Damen und Herren, wir sind mit Lehrern und Eltern im Gespräch. Lehrkräfte schließen nicht aus, dass Bewertungen bei einem sympathischen Schüler im Einzelfall positiver ausfallen. Aus all diesen Erkenntnissen lässt sich aber doch nicht ableiten, dass Noten per se schlecht sind.

Spätestens dann, wenn man in ein anderes Bundesland umzieht, braucht man ein Zeugnis.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Grundschule!)

Schülerinnen und Schüler, die einen Auslandsaufenthalt planen, müssen ihre Noten umrechnen lassen. Wollen Sie also, dass die Kinder erst in **Klasse 8** zum ersten Mal über Noten stolpern, und dann kommt plötzlich das böse Erwachen?

Vor einigen Tagen hatten wir eine Veranstaltung - auch der Kollege Habersaat war dabei - in einer Grundschule mit Eltern, die sich sehr differenziert damit auseinandergesetzt haben. Die Eltern haben gesagt: Wir möchten Noten haben. Wir möchten die zusammenfassende ergänzende Leistungsbeurteilung. Wir möchten auch das Kompetenzraster und den Lernentwicklungsbericht haben, um zu wissen, wo unser Kind steht. Wir erwarten eine gerechte Wahrnehmung und nachvollziehbare Bewertung der schulischen Leistung.

Der Kollege Habersaat konnte sich dieser Argumentation auch nicht völlig entziehen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das hat er uns verschwiegen!)

- Vielleicht sollten Sie auch einmal miteinander reden.

Wir sind der Meinung, dass all das, was **schriftlich** abgeliefert wird, das verbale **Gespräch** nicht ersetzen kann. Es ist absolut notwendig, dass sich Eltern und Lehrer über das austauschen, was in Schriftform vorliegt.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

Das alles ist in unseren Anträgen enthalten. Wir würden es begrüßen, wenn Sie dem zustimmen würden. Wenn Sie diesen **Systemwechsel**, der Ihnen so überaus wichtig ist, auf den Weg bringen wollen, dann geben Sie doch auch den Menschen, die das betrifft, die **Zeit**, diesen mitzugehen. Genau das ist die Forderung, die ich an dieser Stelle wiederholen möchte, die vorgestern Abend auch in Oldesloe geäußert worden ist.

Warum muss das jetzt par ordre du mufti zu diesem Schuljahr umgesetzt werden? Die Schulen hatten überhaupt keine Chance, sich darauf einzustellen. Die Grundschullehrer sagen uns: Geben Sie uns die Möglichkeit, in Ruhe vernünftige **Raster** zu **entwickeln**, uns damit auseinanderzusetzen, sodass wir Vorlagen dafür haben, wie das gerecht, vernünftig und nachvollziehbar für alle Beteiligten werden soll.

Der Kollege Habersaat hat an dieser Stelle zugesagt, er werde dafür werben, dass frühestens zum

(Anita Klahn)

nächsten Schuljahr mit einer Umsetzung zu rechnen ist, wobei dann auch die Kompetenzraster dabei sind, wie wir es fordern.

Abschließend möchte ich daran erinnern, dass kein Schüler durch die Abschaffung von Noten besser werden wird. Sie sorgen dafür, dass jeglicher **Leistungsgedanke** aus den Schulen entfernt wird.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Für gute Leistungen und für ein gutes Vermitteln von Wissen sind immer noch gute und motivierte Lehrer vonnöten. Ich denke, an dieser Stelle haben wir noch einige Baustellen. Es tut mir leid, dass Sie nicht nachvollziehen wollen, was Eltern wirklich wünschen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben im Frühjahr große Diskussionen und eine umfangreiche Presseberichterstattung zum **Sinn und Unsinn von Notengebung in Grundschulen** erlebt. Auslöser war ein entsprechender Vorstoß der ehemaligen Bildungsministerin und der regierungstragenden Fraktionen.

Unser Ziel war es, und unser Ziel ist es, dass vor allem in Grundschulen weniger auf Noten und mehr auf **Berichts- und Tabellenzeugnisse** gesetzt wird. Für die Klassen drei und vier haben wir diese Möglichkeit zwar eröffnet. Letztlich liegt die Entscheidung aber bei der Schulkonferenz. Auch wenn davon in sehr unterschiedlichem Umfang Gebrauch gemacht wird, gelten für die weiterführenden Schulen ähnliche Regelungen. Wie erwähnt, sind Berichts- und Tabellenzeugnisse längst Realität. Die Forderung, dass diesen Zeugnissen zur besseren Vergleichbarkeit landeseinheitliche Standards zugrunde liegen müssen, ist natürlich richtig. Doch auch hierbei haben wir uns nach meinem Wissen längst auf den Weg gemacht.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Bei einer so tiefgreifenden Veränderung bei der Beurteilung unserer Schülerinnen und Schüler müssen wir natürlich sehr gründlich arbeiten. Anregungen und Verbesserungsvorschläge sind uns deshalb sehr willkommen. Es nützt in meinen Augen nur wenig, wenn in

erster Linie Dinge gefordert werden, die wir schon auf den Weg gebracht haben oder bei denen zumindest schon ein erster Aufschlag vorliegt.

Losgelöst von Detailfragen freut es mich natürlich, dass auch ein Teil der Opposition die Vorteile von **Entwicklungsberichten** gegenüber Ziffernnoten sieht; denn solche Kompetenzraster vermitteln einen deutlich differenzierteren Blick auf Fähigkeiten, Kenntnisse und Leistungen der Schülerinnen und Schüler als schlichte Schulnoten. Das Aneignen von Wissen und messbaren Kompetenzen ist zwar ein wichtiger Teil der schulischen Bildung, aber er ist eben nicht der einzige.

Daneben stehen auch die Förderung von **künstlerischen** und **emotionalen Fähigkeiten** sowie die Vermittlung von **sozialen Kompetenzen**. Das sind Dinge, die sich nun einmal schwer in eine Skala von eins bis sechs zwängen lassen. Dies gilt ganz besonders vor dem Hintergrund zunehmend heterogener Grundschulklassen in einem inklusiven Schulsystem.

Doch die Abkehr von Ziffernnoten macht nicht nur eine viel detailliertere Beschreibung der Entwicklung unserer Kinder möglich. Sie gibt unseren **Lehrerinnen und Lehrern** auch mehr **Freiräume**. Durch Zeugnisse in Berichts- oder Tabellenform können Stärken und Schwächen und eben auch individuelle Lernerfolge aufgezeigt werden. So wird zum Beispiel Kindern, die im Verhältnis zum Durchschnitt vielleicht eher schwächer abscheiden und sich trotzdem entwickeln, nicht sofort die Motivation genommen. Wo bisher am Anfang wie am Ende des Schuljahres vielleicht in der Grundschule die Note Fünf stand, werden jetzt Lernerfolge und Lernfortschritte genauso sichtbar wie bestehende Defizite. Das halte ich für eine klare Verbesserung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ohne Zweifel haben wir es hierbei mit einer gravierenden Veränderung zu tun. Es liegt in der Natur der Sache, dass auch an den **Grundlagen und Standards** für die Entwicklungsberichte weiter gefeilt werden muss. Wie bei so vielen neuen Dingen ist nicht alles von Beginn an fehlerfrei und komplett ausgereift. Aber auch hier, auf diesem sinnvollen Weg in Richtung Entwicklungsbeurteilung anstelle von reiner Bewertung, werden wir immer besser. Um das Ziel einer inklusiven Schule zu erreichen, sehe ich kaum eine Alternative. Inklusive Schule - und hier gebe ich den PIRATEN völlig Recht - erfordert nun einmal neue Standards der Leistungs- und Lernfortschritts-

(Jette Waldinger-Thiering)

analyse. Dass wir im Laufe dieses Verfahrens auch auf **einheitliche Standards** und auf die **Vergleichbarkeit** achten müssen, versteht sich in meinen Augen von selbst.

Noten allein reichen nicht aus, denn Schülerinnen und Schüler wollen zeigen, was sie leisten können. Mit dieser neuen Art und Weise, die Entwicklung der Kinder in der Grundschule zu zeigen, schafft man den Elternsprechtag nicht ab, der immer noch gehalten wird, wenn die Entwicklungsberichte oder die Zeugnisse ausgegeben werden. Das möchte ich festhalten.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich das Wort dem Kollegen - -

Martin Habersaat [SPD]:

Habersaat, mein Name. Guten Tag!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Martin Habersaat.

(Heiterkeit)

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin Fritzen! Meine Damen und Herren! Natürlich kümmern sich die Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein um ihre Schülerinnen und Schüler. Natürlich wird im Fall der Vergabe einer 5 oder einer 6 in der Grundschule pädagogisch auf das Kind eingegangen und Trost gespendet. In diesem Fall muss aber auch Trost gespendet werden, weil allein die Tatsache der Note 5 oder 6 diese Notwendigkeit erzeugt.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Das war vor einigen Jahren der Grund dafür, die **Noten** in den **Klassen 1 und 2** abzuschaffen. Das war in Schleswig-Holstein und auch allgemein Konsens. Ich habe von Ihnen nicht gehört, dass wir die Noten in den Klassen 1 und 2 wieder einführen sollen oder dass wir am besten sogar schon im Kindergarten Noten einführen sollen. Es ist doch anerkannt, dass in den Klassen 1 und 2 keine Noten vergeben werden und dass dies kein Weltuntergang ist. Die Gemeinschaftsschulen verzichten in den Klassen 5 bis 7 nicht grundlos auf Noten. Dieser Ent-

scheidung liegen pädagogische Forschungen und Konzepte zugrunde, die durchaus funktionieren.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

In **Klasse 3** können die Schulen bereits heute entscheiden, ob sie Noten wollen oder nicht. Nun gibt es im Lande einen Trend: Dort, wo in der Vergangenheit bereits in Klasse 3 auf Noten verzichtet wurde, entscheiden sich die Eltern auch heute nicht dafür, die Noten in den Klassen 3 und 4 einzuführen. Dort, wo sich damals für die Klasse 3 für Noten entschieden wurde, gibt es auch heute die Entscheidung, Noten für die Klassen 3 und 4 zu haben. Das spricht für die These, dass die Menschen zunächst einmal das behalten wollen, was sie schon kennen. Das ist geschenkt.

Wir empfehlen, in den **Klassen 3 und 4** keine Noten zu vergeben. Der Umstand, dass man eine schlechte Note hat, ist nicht in jedem Fall so zu erklären, wie das bei Herrn Kubicki war: Man ist eigentlich ein brillanter Geist, war nur stinkendfaul. In manchen Fällen ist es einfach so, dass die Kinder gar nicht mehr könnten; egal wie sehr sich der kleine Timmi anstrengt, er kommt vielleicht niemals von der 4 weg. Für ihn ist das nun einmal ein Frusterlebnis. Dies in Kauf zu nehmen, weil ich den Eilerschüler damit motiviere, indem er eine 1 hat, ist es aus meiner Sicht nicht wert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Martin Habersaat, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

Martin Habersaat [SPD]:

Ja, bitte.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Lieber Herr Kollege Habersaat, Sie waren immer schon zum Halbjahreszeugnis brillant, ich war es erst am Ende. Unabhängig von dieser Frage: Sie glauben, dass diese Frustration mit der Notengebung in Klasse 8 aufhört? Oder setzt sie sich dann fort, wenn jemand aufgrund seiner Leistungsfähigkeit nicht über diese Note hinauskommt?

- Ich glaube in der Tat, dass es in Klasse 8 zu solchen Frusterlebnissen kommt. Ich glaube aber auch, dass 14-Jährige damit anders klarkommen als Neunjährige, Herr Kubicki.

(Martin Habersaat)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man muss Neunjährigen eben nicht erzählen: Du wirst auf den Ernst des Lebens vorbereitet, es wird hart für dich, und nur allein kommst du durch. Das ist nicht die **Aufgabe der Grundschule**. Die Aufgabe der Grundschule ist es auch nicht, eine Vergleichbarkeit von Kindern herzustellen. Machen Sie sich einmal klar, ob Sie es sich eigentlich wünschen würden, dass die Kinder nicht nur das Zeugnis bekommen, sondern eine Rangfolge. Man könnte die Kinder in eine Reihenfolge von 1 bis 25 bringen. Dann wissen die Eltern ganz genau: Mein Kind hat Bronze erhalten. Es kann aber auch heißen: Mein Kind hat Bronze, Nachhilfe ist erforderlich, es muss die Goldmedaille erhalten. So ticken die einfach nicht.

Wir wollen überzeugen. Wir haben gute Argumente. Wir wissen, das braucht Zeit. Deshalb zwingen wir niemanden, auf die Noten zu verzichten. Deshalb entwickeln wir unsere Entwicklungsberichte weiter fort und versuchen, argumentativ zu arbeiten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Kollegin Klahn hat uns auf einen Mangel im System hingewiesen: Wir müssen es einräumen, die Problematik von **Auslandsaustauschen von Drittklässlern** hatten wir bisher völlig unberücksichtigt gelassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW - Anita Klahn [FDP]: Es gibt Kinder, die mit ihren Eltern in der 2. Klasse ins Ausland gehen! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Erdmann, **Entwicklungsberichte** gibt es in diesem Land schon seit der Zeit, als wir beide diesen Saal noch von draußen betrachtet haben. Sie sind unter Rot-Grün damals von Frau Erdsiek-Rave eingeführt worden. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, denn damals war ich Vorsitzende des Landeselternbeirats für Grund-, Haupt- und Sonder-schulen in diesem Land.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn man uns vorwirft, wir wollten Entwicklungsberichte nicht, dann ist das dummes Zeug.

Wir haben Ihnen einen Vorschlag vorgelegt, der besagt, wir wollen eine **Kombination** aus der **Note**, die sich an objektiven Kriterien orientieren muss, wobei ich nicht gesagt habe, dass die Note objektiv ist, sondern dass sie sich an objektiven Kriterien orientieren muss, und einem entsprechenden **Bericht**, der deutlich macht, wo die Stärken und Schwächen eines Kindes liegen.

Wenn Sie vor Ort unterwegs sind und mit den Eltern sprechen, dann werden Sie sehr schnell feststellen, dass dies eine sehr hohe Akzeptanz findet. Wenn wir in der Schule Leistungsbewertungen umgehen, dann müssen sich Eltern und Lehrkräfte ein Stück weit auf gleicher Augenhöhe begegnen können. Das ist gegeben, wenn man Gespräche auf einer Grundlage führt, die man auch versteht. Noten werden in diesem Land nun einmal verstanden. Sie werden noch viel besser verstanden, wenn sie mit einem entsprechenden Bericht unterlegt werden.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Ich will Ihnen etwas zu Ihrer **Wahlfreiheit** in den **Grundschulen** sagen: Grundschulen, die keine Schulkonferenz stattfinden lassen, haben keine Wahlfreiheit. Diese müssen ab sofort auf Noten verzichten, weil die Grundschulordnung vorsieht, dass die Schulen auf Noten verzichten. Erst wenn die **Schulkonferenz** tagt und einen Beschluss herbeiführt, der nicht mehr Mehrheitsbeschluss ist, sondern dem Vetorecht der Lehrkräfte unterliegt, was bei allen anderen Beschlüssen im Grundschulbereich bisher nicht der Fall gewesen ist, ist dies möglich. Bisher gab es an den Grundschulen immer Mehrheitsbeschlüsse, weil dort die Schülervertretungen nicht vertreten sind.

Meine Damen und Herren, im Umkehrschluss heißt dies: Die Eltern haben an dieser Stelle nicht mehr den Einfluss, den sie früher auf die Leistungsentscheidungen hatten.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin - -

Heike Franzen [CDU]:

Dies muss man auch sagen: Ich höre von **Schulräten**, die durchs Land ziehen und durchaus darauf hinwirken, dass an den Schulen Entscheidungen gegen Noten getroffen werden. Dort ist mitnichten von Wahlfreiheit zu sprechen.

Schauen Sie sich einmal an, welche Diskussionen wir gerade an den Schulen haben. Das sind unnötige Diskussionen. **Unser Vorschlag** müsste doch für Sie ein **Kompromissvorschlag** sein. Er würde Ihre Entwicklungsberichte beinhalten und die Noten. Ich glaube, eine vernünftiger Grundlage zur Leistungsbewertung können wir Kindern gar nicht geben.

Zu der Aussage, dass ein Kind eine Bronzemedaille bekommt, ein anderes eine Goldmedaille: Mein Gott, im Sport vergleichen wir uns auch. Da finden wir das alle Klasse, da jubeln wir, wenn wir vorn sind. Auf der anderen Seite werden andere Anstrengungen übernommen. Es ist ziemlicher Unfug zu sagen - -

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, ich rede jetzt ein wenig lauter, weil ich nicht weiß, ob Sie mich überhaupt gehört haben. - Gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogel?

Heike Franzen [CDU]:

Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das wäre auch Ihre Chance, denn eigentlich ist Ihre Redezeit soeben abgelaufen.

Kai Vogel [SPD]: Vielen Dank, liebe Frau Kollegin Franzen. Sie wissen sicherlich, dass festgelegt worden ist, dass einmal im Halbjahr eine Schulkonferenz stattfinden muss. Es besteht eigentlich für keine Schule die Möglichkeit, vor der Ausgabe des kommenden Zeugnisses keine **Schulkonferenz** stattfinden zu lassen. Insofern ist Ihr Beispiel nicht ganz griffig, wenn ich ehrlich bin.

Heike Franzen [CDU]:

Lieber Kollege Vogel, wir beide, Sie als Lehrkraft und ich als Elternvertreterin, sind schon Mitglied einer Schulkonferenz gewesen. Es obliegt dem **Vorsitzenden der Schulkonferenz**, die **Tagesordnung** festzulegen. Wenn dieser das Thema nicht

auf die Tagesordnung setzt, dann gibt es auch keinen Beschluss. Herr Kollege, das ist wirklich hanebüchend, so etwas in den Raum zu stellen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Kollegin Anke Erdmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Franzen, als Zwischenbemerkung wäre das, was ich jetzt sagen will, kürzer gewesen. Erstens glaube ich nicht, dass die Leute jubeln würden, wenn wir beide uns im Sport messen würden. Zweitens machen die Leute das ja nicht freiwillig und nicht durch Schulzwang.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Schulelternbeiratsvorsitzende, die solche Punkte nicht auf die Tagesordnung setzen, gibt es sicherlich. Das finde ich eine interessante Darstellung. Es gibt aber auch Schulleitungen, die bei solch wichtigen Punkten schon darauf achten, dass das vernünftig über die Bühne geht. Das ist doch gar keine Frage.

Mein letzter Punkt: Warum Ihr Vorschlag für uns keinen Kompromiss darstellen kann, ist darauf zurückzuführen, dass wir nicht wollen, dass zwangsweise in Klasse 3 Noten gegeben werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deswegen kann das für uns kein Kompromiss sein. Ich weiß gar nicht, was daran nicht zu verstehen ist. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Koch von der CDU-Fraktion.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie vielleicht der eine oder andere Kollege hier in diesem Haus auch habe ich zurzeit zwei Kinder an der

(Tobias Koch)

Grundschule. Ich gehöre also zu den Eltern, die bereits Erfahrungen mit **Kompetenzraster- und Tabellenzeugnissen** haben sammeln können. Ich sage ganz deutlich: Ja, das war für mich aussagekräftig. Ich fand es deutlich differenzierter, nicht nur eine Note in Deutsch zu sehen, sondern auch erkennen zu können, wie mein Kind im Lesen, im Rechtschreiben, im Ausdruck und im Sprachschatz ist. Das war für mich aussagekräftig.

(Zuruf SPD: Für Sie?)

- Für meinen Sohn. Danke schön.

(Heiterkeit SPD)

Ich habe zwar auch noch eine Tochter an der Grundschule. Die befindet sich aber noch in der ersten Klasse und ist noch nicht so weit.

Für meinen Sohn war ein Zeugnis, das aussieht wie ein Lottozettel mit 36 Kreuzen, aber nicht aussagekräftig. Also setzt man sich zu Hause als Eltern mit ihm zusammen und versucht, ihm dieses Zeugnis zu erklären und mit ihm zu besprechen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Ja, Sie sehen, unsere Erziehungsmethoden sind durchaus nicht so konservativ, wie Sie uns immer unterstellen.

(Heiterkeit)

Aber am Ende kommt man doch dazu, dass man die vier Spalten des Tabellenzeugnisses in **Noten** übersetzt, um es auch dem Kind begreiflich zu machen. Das mögen Sie nun wieder verwerflich finden.

Aber ich habe auch vor wenigen Wochen und Monaten erlebt, wie dann das erste Notenzeugnis gewirkt hat und wie mein Sohn dieses erste Notenzeugnis verstanden hat und wie er auch die ersten Klassenarbeiten, für die Noten vergeben wurden, verstanden hat und welche Motivation das bei ihm ausgelöst hat.

(Wortmeldung Sven Krumbeck [PIRATEN] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich beantworte gleich Zwischenfragen, aber lassen Sie mich das bitte erst zu Ende führen.

Es war ja zu dem Zeitpunkt, als es keine Noten gab, nicht so, dass nichts unter den Klassenarbeiten stand. Da stand dann entweder drunter „Prima“, oder da stand drunter „Du hast schon gut gelernt“. Das ist durchaus ein elementarer Unterschied gewesen. Es war für das Kind nur nicht erkennbar, dass

es einen großen Unterschied gibt zwischen einem „Prima“ oder „Du hast schon gut gelernt“ und einem Notenzeugnis. Was meinen Sie, was die Noten unter einer Klassenarbeit oder ein Notenzeugnis für eine **Motivation** ausgelöst haben, wie mein Sohn danach ganz anders gelernt hat!

(Zuruf SPD - Heiterkeit)

- Nein, das würde ich jetzt nicht sagen. Auf jeden Fall mag das ein Einzelfall sein, es ist also nur ein Erfahrungsbericht.

Ich jedenfalls habe miterleben können, wie das Notenzeugnis und wie die Benotung einer Klassenarbeit einen Motivationsschub auslösen kann. Auch die **Vergleichbarkeit** mit den anderen Kindern hat dazu beigetragen, diese Motivation auszulösen. Vergleichbarkeit ist überhaupt nichts Negatives.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, ich habe Sie gerade so verstanden, dass Sie bereit sind, Bemerkungen und Zwischenfragen der Kollegen Krumbeck und Erdmann zuzulassen.

Tobias Koch [CDU]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Krumbeck.

Sven Krumbeck [PIRATEN]: Sehr geehrter Herr Kollege Koch! Stimmen Sie mir zu, dass Ihr Sohn auf die Idee, dass unter ein Zeugnis unbedingt Noten gehören, erst dadurch gekommen ist, dass Sie ihm das übersetzt haben? Ich meine, Ihr Sohn würde ja von sich aus allein nie darauf kommen, dass unter einem Zeugnis unbedingt Noten stehen müssen. Es kommt ja immer auf das Elternhaus an, wenn darin die Meinung vorherrscht, dass man sich als Sohn unbedingt mit anderen messen können muss. Wenn der Sohn aber von Anfang an mit den Entwicklungsberichten groß geworden wäre, hätte er doch nie das Bedürfnis gehabt, dass man ihm das in Noten übersetzen müsste. Dadurch wird dieser Druck doch erst aufgebaut.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Tobias Koch [CDU]:

Ich gebe Ihnen recht, Herr Kollege, dass jedes Kind durch Erziehung im Elternhaus geprägt wird. Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass mein Sohn von sich aus auch in der Öffentlichkeit gesagt hat: „Ja, ich würde gern weiterhin Notenzeugnisse haben, weil ich mich gern vergleichen möchte, weil ich wissen möchte, wo ich stehe.“ Ich glaube nicht, dass ich ihn insoweit explizit beeinflusst habe.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun Frau Erdmann zu einer weiteren Zwischenbemerkung.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Koch, ich möchte jetzt nicht, weil ich auch gar nicht weiß, ob das auf Ihren Sohn jetzt schon passt, nach dem Notenspiegel fragen. Aber können Sie sich vorstellen, dass es Kinder gibt, die in der Grundschule ein Notenzeugnis mit überwiegend Vieren und möglicherweise auch Fünfen haben, und diese durch die Noten eben nicht motiviert sind, sich nun auf ganzer Linie mehr anzustrengen, wie es vorhin schon Herr Habersaat gesagt hat?

Tobias Koch [CDU]:

Das kann ich mir vorstellen, Frau Kollegin, Ihre Frage gibt mir im Übrigen Gelegenheit, den Schluss meines Wortbeitrags auch in die Antwort auf Ihre Frage einzubauen.

Wir plädieren aus genau diesem Grund ja eben nicht für ein ausschließliches Notenzeugnis, sondern für die **Parallelität von Notenzeugnissen mit Bericht** und gern auch mit Kompetenzraster.

Wenn wir hier einen unideologischen Ansatz präferieren wollen, dann liegt es doch nahe, das gemeinsam zu kombinieren. Wenn es Eltern gibt, die sich das so wünschen, und wenn es Eltern gibt, die sich das anders wünschen, dann lassen Sie uns doch beide Formen parallel machen; dann ist das für jeden verständlich und für jeden nachvollziehbar.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann aber ergänzt durch Berichte oder Kompetenzraster, damit man die Entwicklungsschritte auch nachvollziehen kann. Man kann dann dem Kind sagen: „Das ist vielleicht nach wie vor noch eine Vier. Aber guck mal, an der Stelle bist du schon

besser geworden.“ Lassen Sie uns das doch also kombinieren. Sie sind doch diejenigen, die ideologisch sind und sagen, Sie wollten weg von den Notenzeugnissen.

(Beifall CDU)

Es wäre doch die größte Gemeinsamkeit, die wir praktizieren könnten, wenn wir sagten: Lassen Sie uns beides gemeinsam machen.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wollen die Eltern aber auch nicht!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Frau Abgeordneten Erdmann?

Tobias Koch [CDU]:

Ja.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur weil wir im anekdotischen Bereich sind. Ich habe vorher Emma gefragt. Emma ist elf, und ich habe sie gefragt, ob ich von ihr berichten darf.

Emma ist zur Grundschule gegangen und hat dort in Klasse 4 nur Ziffernnoten bekommen und in Klasse 5 auf der Gemeinschaftsschule ein Kompetenzzugnis. Ich habe sie gefragt, was ihr denn besser gefällt. Es war nun also wirklich nicht so, dass ich ihr gesagt habe, was ich gut finde. Sie sagte mir, sie finde das Kompetenzzugnis viel besser. Es sei viel expliziter.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das ist übrigens kein Akademikerhaushalt, aus dem sie kommt.

Dann habe ich sie gefragt, ob sie denn gern zusätzlich Noten hätte. Daraufhin hat sie mir geantwortet - und das ist auch einer der Gründe dafür, dass wir Ihren Vorschlag ablehnen müssen -: „Wenn eine Note danebensteht, dann gucken eben alle immer nur auf die Note.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

- Frau Kollegin Erdmann, dann berichte ich Ihnen jetzt noch einmal von meinen Erfahrungen aus dem

(Tobias Koch)

Elternabend von einer zweiten Klasse, an dem ich teilgenommen habe.

(Zuruf SPD: Wie lange ist das her?)

- Das ist jetzt zwei Jahre her. Mein Sohn ist ja jetzt in der 4. Klasse, und es ist jetzt zwei Jahre her, als er in der 2. Klasse war. Wir saßen dort also als Eltern und bekamen zu hören: Ein Notenzeugnis gibt es zwar in der 3. Klasse, aber erst zum Ende des Schuljahres, nicht schon zum Halbjahr des Schuljahres. Das war an unserer Schule jedenfalls so vorgesehen. Da hatte schon damals in der 2. Klasse die Mehrheit der Eltern gesagt: „Wir würden uns eigentlich ein Notenzeugnis auch schon zum Halbjahr in der 3. Klasse wünschen.“

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wüssten das die Kinder oder die Eltern?)

- Nein, die Eltern. Ich berichte ja hier auch von einem Elternabend, also sind es logischerweise die Eltern, die diesen Wunsch geäußert haben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Eben!)

Damals also schon waren die Eltern der Auffassung, sie hätten gern zum ersten Halbjahr ein Notenzeugnis, weil es sonst viel zu spät sein würde, darauf zu reagieren, wenn das Notenzeugnis erst am Ende der 3. Klasse kommt.

Deswegen sage ich: Es gibt unterschiedliche Sichtweisen der Kinder, es gibt unterschiedliche Sichtweisen der Eltern. Deswegen lassen Sie uns doch beides nebeneinanderstellen. Das wäre unideologisch. Das ist unser Vorschlag. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung erteile ich nun das Wort der Ministerin für Schule und Berufsbildung Britta Ernst.

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist bereits viel zu diesem Thema gesagt worden, und es ist ja auch ganz munter darüber diskutiert worden. Ich will für die Landesregierung nur noch Folgendes festhalten: Wir möchten, dass Eltern eine genaue Rückmeldung über die schulischen Leistungen und Kompetenzen erhalten. Und Noten stoßen da nun einmal an Grenzen.

Wir wissen aber auch, dass seit vielen Jahren natürlich über eine **bessere Form** der **Leistungsbewer-**

tung diskutiert wird. Wenn man genau hinschaut, ist die Note eben nicht so aussagekräftig. Eine Drei in Deutsch sagt nichts aus über den Wortschatz, die Rechtschreibung und die Ausdrucksfähigkeit. Wir wollen deshalb zu einer besseren und genaueren Rückmeldung kommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Heftigkeit der Debatte hat den Eindruck erweckt, als würde es hier zu einer ganz großen **Veränderung** kommen. Aber so ist es ja gar nicht. Wir haben in den Klassen 1 und 2 schon seit Langem keine Noten mehr. Damit werden gute Erfahrungen gemacht. In der Klasse 3 waren die Noten bisher optional, das Berichtszeugnis verpflichtend. Das bleibt auch so.

Neu ist nur, dass die Schulen in **Klasse 4** künftig entscheiden können, was sie wollen, dass die Note nicht mehr vorgegeben wird. Das ist die Veränderung, die wir vorgenommen haben. Wir möchten den Grundschulen die **Wahlmöglichkeit** geben.

Die Form der Benotung hängt auch mit dem **pädagogischen Konzept** der jeweiligen Schule zusammen. Wenn eine Schule dazu übergegangen ist, sehr stark individualisiert zu unterrichten, unterschiedliche Lernniveaus zu bedienen, Kindern mit ganz unterschiedlichen Entwicklungen gleichzeitig im Unterricht die richtigen, für sie passenden Aufgaben und Fragestellungen zu geben, dann passt doch ein Notenzeugnis, das ein Standardraster über alle Kinder legt, überhaupt nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Wenn wir uns weiter überlegen, was eigentlich inklusive Schule bedeutet, dann müssen wir doch erkennen, dass ein Notenzeugnis vermutlich kein besonders gutes Instrument ist, um diesem neuen Menschenbild, das wir haben, gerecht zu werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir kennen natürlich auch die Diskussionen an den Schulen und wissen, was viele sagen. Wir werben für diese Form der Leistungsbewertung nicht deshalb, weil wir gegen Leistung sind, sondern weil wir glauben, dass es viel besser ist und den Kindern viel individueller gerecht wird. Wenn man den Antrag der Opposition ansieht - die Debatte geht nicht erst seit Jahren, sondern seit vielen, vielen Jahren -, stellt man fest: Auch Sie haben sich dahin entwickelt zu erkennen, dass eine **Note allein** eine unzureichende Erkenntnis gibt. Insofern sind Sie

(Ministerin Britta Ernst)

einen Schritt darauf zugegangen zu sagen: Ein Bericht, ein **Kompetenzraster** als Ergänzung ist sinnvoll. - Vielleicht gelingt es Ihnen, sich noch ein Stück weiterzuentwickeln und den Schulen die abschließende Entscheidung selbst zu überlassen. Dann wären wir nah beisammen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich habe mich auch an der **angeblichen Objektivität** von **Noten** gestört. Das weiß nun wirklich jeder und jede, dass in einer leistungsstarken Klasse ein ähnliches Spektrum an Noten vergeben wird wie in einer schwächeren. Das heißt, die Vergleichbarkeit und Objektivität gibt es einfach nicht. Das glauben viele einfach nur.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich möchte vielleicht auch genereller sagen: Ich wünsche mir häufig in Debatten über Schulpolitik, dass die Erkenntnisse aus der **eigenen Schulzeit** nicht herangezogen werden,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbeck [PIRATEN])

zumindest nicht von den schon etwas Älteren, Herr Krumbeck,

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

weil es einfach den Blick verstellt. Natürlich begegnet uns das auch in Versammlungen und Veranstaltungen. Wir selbst neigen auch dazu. Aber der Unterricht, den ich in der Schule gehabt habe, hat überhaupt nichts damit zu tun, was jetzt an Schulen stattfindet.

Das ist doch das wichtigste Argument: dass sich **Schule** so gut **entwickelt** hat, so differenziert geworden ist und viel weniger standardisiert geworden ist. Natürlich sagen in Umfragen viele, die Noten von früher kennen und mit ihnen gut klargekommen sind: Haben Sie doch nichts gegen Noten! - Aber zeitgemäß und passend zur heutigen Form von Schule und vor allen Dingen zu der Form von Schule, die wir eigentlich erreichen wollen, ist die Note nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Deshalb begeben wir uns auf den Weg, wirklich für unsere Überzeugung zu werben.

Ich freue mich über den Antrag, der aus dem Bildungsausschuss gekommen ist. Wir wollen das,

was wir jetzt haben, **evaluieren**. Ich freue mich auch, dass Konsens darüber besteht, dass wir zu einer **Standardisierung** kommen wollen, dass wir den Schulen etwas an die Hand geben wollen, dass wir auch gute Kompetenzraster erstellen wollen und uns dafür auch noch einmal Zeit nehmen.

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass das natürlich auch bedeutet, dass die Schulen, die in diesen Tagen entscheiden, ob sie Noten oder keine Noten haben wollen, natürlich auch noch einmal in einem Jahr erneut von uns befragt werden, wie sie das sehen, weil wir auch noch einmal zu Veränderungen kommen. Das ist der Weg. Wir werden deshalb - das wissen wir schon sicher - in einem Jahr hier vermutlich eine weitere muntere Debatte führen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe daher die Beratung. Wir kommen mithin zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 18/2363, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? - Das sind, soweit ich das sehe, alle anderen Abgeordneten. Enthaltungen gibt es nicht. - Damit ist dieser Änderungsantrag Drucksache 18/2363 gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen zweitens zu den Anträgen, zu denen eine Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses vorliegt. Der Ausschuss empfiehlt zunächst, den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 18/2257 (neu), abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Piratenfraktion, vom SSW, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer lehnt die Ausschussempfehlung ab? - Das sind die Abgeordneten von FDP und CDU. - Enthaltungen gibt es keine. - Damit ist die Ausschussempfehlung angenommen.

Weiter empfiehlt der Ausschuss, den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2212, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung anzunehmen. Wer dieser Ausschussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Frakti-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

on der PIRATEN. Wer lehnt diese Ausschussempfehlung ab? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. - Enthaltungen sehe ich keine. - Damit ist diese Ausschussempfehlung angenommen.

Meine Damen und Herren, wir fahren fort in der Tagesordnung und kommen zu Tagesordnungspunkt 35:

Mobilität für Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2161

Dazu teile ich Ihnen zunächst mit, dass mit Ausnahme der Fraktion der PIRATEN sämtliche Fraktionen und auch die Landesregierung ihre Reden zu Protokoll geben werden. - Ich erteile jetzt dem Kollege Dr. Patrick Breyer zu seinem Beitrag das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei Noten kann natürlich jeder von uns mitreden. Ich glaube, dass auch jeder von uns Erfahrungen im Bereich Kinder- und Jugendmobilität gemacht hat, nicht nur auf dem Weg zur Schule, sondern auch zu sonstigen Freizeitaktivitäten.

(Christopher Vogt [FDP]: Wenig gute!)

Schade, dass nur die PIRATEN hier am Mikrofon etwas dazu sagen möchten.

(Volker Dornquast [CDU]: Sie können ja im Protokoll lesen, was wir gesagt hätten!)

Dieser Berichts Antrag, den wir gestellt haben, ist ein Anliegen von „**Jugend im Landtag**“ im letzten Jahr gewesen, das heißt, die Jugendlichen selbst haben sich gewünscht, dass wir uns mit dem Thema **Mobilität für Kinder und Jugendliche** beschäftigen. Sie haben das so begründet, dass sie sagen: In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein geht es mehr und mehr darum, für Freizeitaktivitäten auch in andere Gemeinden kommen zu können. Sie wissen alle: demografischer Wandel und die Folgen desselben.

Die Jugendlichen hatten sich eine aktuelle landesweite **Zwischenbilanz in Form eines Berichts** als Grundlage für die Erarbeitung einzelner Projekte gewünscht, die in Kooperation zum Beispiel mit den Kommunen oder Jugendverbänden umgesetzt werden können.

Die Finanzierung sicherer und verlässlicher Strukturen für Kinder und Jugendliche hilft auch, soziale Benachteiligung abzubauen und allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Zugang und Teilhabe zu ermöglichen.

Gemessen an diesem umfassenden Ansatz, den uns die jungen Menschen hier präsentiert haben, bleibt dieser Bericht doch leider deutlich hinter dem Anliegen zurück, Herr Minister, denn Sie behandeln in Ihrem Bericht nur eine **kleine Facette** der Kinder- und Jugendmobilität, nämlich den **öffentlichen Personennahverkehr**. Was wir immerhin aus Ihrem Bericht wissen, ist, dass die Kinder und Jugendlichen nur etwa 20 % ihrer Wege mit dem ÖPNV zurücklegen. Das heißt, es wäre erforderlich, dass wir uns auch mit anderen Verkehrsformen auseinandersetzen, die sie nutzen.

Aus meiner Sicht wünsche ich mir auch noch eine verstärkte Auseinandersetzung mit Möglichkeiten zur Schließung von Mobilitätslücken; denn gerade das ist ja das Problem, das die jungen Menschen adressieren, dass es auf dem Land zunehmend nur noch den Schülerverkehr gibt.

Herr Minister, Sie haben es in Ihrem Bericht ausgeführt. Die Frage ist ja, wie man angesichts dieser zurückgehenden Zahl von Verbindungs- und Mobilitätsmöglichkeiten das vielleicht auffangen kann. Eine Möglichkeit könnte zum Beispiel die Einrichtung von **Sammeltaxen** oder auch die Einrichtung von **Bürgerbussen** sein, wie es sie in einigen Regionen in Schleswig-Holstein schon gibt, die ehrenamtlich betrieben werden. Ich glaube, in dem Bereich, wo sich Individualverkehr noch nicht lohnt, aber öffentlicher Verkehr nicht mehr finanzierbar ist, können Bürgerbusse eine Lücke schließen. Ich fände es gut, wenn wir in den weiteren Beratungen darauf eingehen könnten, inwiefern das eine Möglichkeit sein könnte.

Eine weitere Idee zur Schließung von Mobilitätslücken könnte die Idee von **Kombitickets** sein - das heißt, dass man mit einem Ticket nicht nur mit Bus und Bahn fahren kann, sondern dann vielleicht mit einem Sammeltaxi weiterkommt - oder die Frage, wie wir vonseiten des Landes helfen können. Können wir ein Förderprogramm auflegen, wie es das etwa in NRW für Bürgerbusse gibt? Das würde mich interessieren, Herr Minister.

Ich habe gesehen, dass es in anderen Ländern, etwa in Brandenburg, ein **Modellprojekt** gibt, das „**Jugend mobil**“ heißt. Dort sind mit öffentlicher Förderung ein Netzwerk beziehungsweise regionale Mobilitätsnetzwerke aufgebaut worden, in denen

(Dr. Patrick Breyer)

sich Jugendliche ganz konkret vor Ort Gedanken darüber machen: Wie können wir unsere Mobilitätsmöglichkeiten ausbauen?

Da es das Anliegen der jungen Menschen gewesen ist, dass Ihr Bericht, Herr Meyer, Grundlage für die Erarbeitung einzelner Projekte bilden sollte, wäre es natürlich wichtig gewesen - und wir sollten das nachholen -, auch die **Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten**, die bestehen, darzustellen. Da denke ich insbesondere an den Bereich Nachhaltigkeit, weil wir in dem Bereich EU-Fördermöglichkeiten und -töpfe haben, die für nachhaltige Verkehrsmöglichkeiten genutzt werden können, natürlich auch für den ländlichen Raum.

Dass der Bericht lückenhaft ist, ist vielleicht auch damit zu erklären, dass er nur im Verkehrsministerium ausgearbeitet wurde, während sicherlich auch das MELUR und das Sozialministerium Zuständigkeiten in dem Bereich haben.

Vor dem Hintergrund wünsche ich mir, dass wir den Fragen, die die Jugendlichen aufwerfen, weiter nachgehen, indem wir den Bericht im Ausschuss weiter behandeln und dann eine schriftliche Anhörung durchführen, in der wir die Jugendverbände, die Verkehrsverbände und die Kommunen anhören, wie wir zu Verbesserungen bei der Kinder- und Jugendmobilität kommen können.

Vielleicht nicht in diesem, sondern in anderem Zusammenhang sollten wir die Idee eines **fahrscheinlosen Nahverkehrs** erörtern, die auch angesprochen wird. Denn dass allein die Tarifgrenzen solche Modellversuche ausschließen, kann nicht richtig sein. Wir wissen bei jeder Monats- oder Schülerkarte, dass die an Tarifgrenzen stößt und trotzdem nur regional gültig ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie haben selber auf den anderen Zusammenhang hingewiesen. Ich weise Sie darauf hin, dass Sie Ihre Redezeit mittlerweile überschritten haben, und möchte Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ja, ich komme zum Schluss und beantrage, dass wir den Bericht im Wirtschaftsausschuss weiter behandeln. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, Jürgen Weber [SPD] und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

(Unruhe)

Auch die Landesregierung gibt ihre Rede zu Protokoll. Der Kollege Breyer hat beantragt, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/2161, dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache auf, zunächst Tagesordnungspunkt 12:

Wahl der Mitglieder des Landtags für den Wahlkreisausschuss

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2333 (neu)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht, dann werden wir so verfahren. Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 18/2333 (neu) seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen, und die vorgeschlagenen Mitglieder des Landtags sind gewählt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Sicherstellungszuschlag für kleine Grundschulstandorte

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2322

Grundschulstandorte in ihrer Existenz sichern und stärken

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2362

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Antrag Drucksache 18/2322 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/2362 als selbstständigen Antrag dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dies so beschließen will, den bitte ich

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies gegen die Stimme des Kollegen Martin Habersaat so beschlossen.

(Unruhe)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

Lehrereinstellungsbedarf und Lehrereinstellungsangebote sowie Lehrerausbildungskapazitäten an den lehrerbildenden Universitäten in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2282

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

Novellierung des Rettungsdienstgesetzes

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2283

Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/2283, dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/2350

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/2350. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/2350 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Meine Damen und Herren, ich schließe die Tagung und teile Ihnen abschließend mit, dass wir uns am 12. November 2014, um 10 Uhr, zur 27. Tagung des Landtags hier wiedersehen. Bis dahin wünsche ich allen einen bunten Herbst und eine gute Zeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:16 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Mobilität für Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2161

Volker Dornquast [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Bericht des Ministers mit seiner sehr speziellen und spezifischen Fragestellung des Grundantrages der PIRATEN ist leider aus vielen Gründen nur recht wenig informativ.

Die wichtigste und klarste Aussage des Berichtes findet sich gleich auf der ersten Seite. Dort heißt es:

„Dem Ministerium liegen nur wenige Informationen zur Mobilität von Kindern und Jugendlichen vor.“

Dass dieses tatsächlich so ist, zeigen die weiteren elf Seiten dann auch sehr deutlich. Denn diese erläutern sehr ausführlich die bekannte Rechtslage der Schülerbeförderung in den Kreisen. Des Weiteren schildert der Bericht die Organisation und die Probleme des allgemeinen ÖPNV auf weiteren fünf bis sechs Seiten und stellt schließlich auf der Seite 8 fest, dass die Altersgruppe von 14 bis 17 Jahren die für den Bericht relevante Gruppe sei - sehr gut, dass hier allerdings nur geringe Fallzahlen vorhanden seien.

Die PIRATEN haben mit der Mobilität für Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein ein sehr wichtiges Thema angeschnitten. Denn wie die Mobilität von Kindern und Jugendlichen in Zukunft in Schleswig-Holstein gewährleistet werden kann, ist angesichts der Tatsache, dass im Jahr 2020 in Schleswig-Holstein 56.000 Schulkinder weniger zur Schule gehen werden und es somit 2.500 Schulklassen in der Fläche weniger geben wird, überdenkenswert. Wir brauchen hier ein landesweites Konzept und keinen Aufsatz über den allgemeinen ÖPNV.

Meine Damen und Herren, auch die Folgen dieser genannten Veränderungen für bereitgehaltene Freizeitangebote, die im Wesentlichen von Ehrenamtlichen organisiert werden, müssen untersucht werden. Kommen Kinder und Jugendliche nicht zu ihrem Sportverein, zur Jugendfeuerwehr und anderen, wäre der gesellschaftliche Schaden groß. Weniger

Kinder bedeutet mittelfristig, dass die Wege zukünftig zwischen Wohnort und Schule beziehungsweise Wohnort und Freizeitbeschäftigung deutlich länger werden. Das gilt überproportional für die Fläche in Schleswig-Holstein und weniger für die Städte. Dies stellt der Bericht auch fest, zieht aber keine Schlussfolgerungen daraus.

Auch ich bin der Ansicht, dass man - wie im Bericht geschehen - den ÖPNV in Schleswig-Holstein nur als Ganzes betrachten kann. Denn er wird schließlich von der gesamten Gesellschaft getragen, und er soll der gesamten Gesellschaft dienen. Aber es gibt natürlich schon spezielle Probleme, die besonders die Jugend betreffen. So dürfen bestimmte Fahrzeuge erst ab einem gewissen Alter gefahren werden.

Es sind aber nicht nur die Kinder und Jugendliche, die längere Wege haben, sondern es sind auch vielfach ältere Menschen auf den Dörfern in Schleswig-Holstein, die längere Wege zum Arzt, zu Einrichtungen der Grundversorgung in Kauf nehmen werden müssen. Das beispielsweise diese beiden Altersgruppen mit ihren unterschiedlichen und spezifischen Anforderungen und Bedürfnissen ihren Alltag entsprechend gestalten können, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Hier sind Impulse erforderlich, um den ÖPNV zukunftssicher zu gestalten und um ihn finanzierbar zu halten. 320 Millionen € Steuermittel sind viel Geld, 280 Millionen € Fahrgastbeitrag ebenso. Verschwendung muss vermieden werden.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grund ist es umso unverständlicher, dass die Landesregierung weiter an ihrem Plan festhält, eine StadtRegionalbahn mit Gesamtkosten von 356,5 Millionen € im Großraum Kiel zu installieren. Allein die Reaktivierung der Strecke Kiel-Schönberger Strand wird mindestens 30 Millionen € kosten und voraussichtlich mindestens ein jährliches Defizit von 1,7 Millionen € einfahren.

Es ist nur ein schwacher Trost, dass die Regionalisierungsmittel des Bundes in Zukunft steigen werden. Wie dieses für Schleswig-Holstein genau aussieht, ist noch nicht bekannt.

Herr Minister, bauen Sie den ÖPNV da aus, wo er am dringendsten benötigt wird und unterstützen Sie ihn dort mit den Regionalisierungsmitteln des Bundes. Binden Sie zusätzlich die kleinen Dörfer und

(Volker Dornquast)

Gemeinden an die Mittel- und die Oberzentren besser an. Schaffen Sie Klarheit, welche Projekte für eine flächendeckende Grundversorgung bei gleichzeitig geringeren Bevölkerungszahlen geplant werden müssen und wann sie ausgebaut werden können.

Am wichtigsten ist aber, wie das Land die Finanzierung absichern möchte. Sie gefährden durch Ihre StadtRegionalBahn die Versorgung auf dem Land. Dörfer werden von der Außenwelt abgeschnitten, weil kein Bus mehr hält. Sie lassen nach wie vor eine klare Priorisierung der Schienenprojekte in der Metropolregion vermissen, also da wo sie wirklich sinnvoll sind.

Wenn es Ihnen wirklich ernst ist, den ÖPNV in der Fläche zu stärken, dann ist es die erste Aufgabe, das Angebot zum Beispiel außerhalb der klassischen Schulzeiten zu stärken und damit den individuellen Mobilitätsbedürfnissen für Kinder und Jugendlichen, aber auch der Seniorinnen und Senioren, die sich vielfach auch nicht mehr im Individualverkehr auf die Schleswig-Holsteinischen Schlaglochpisten trauen, gerecht werden zu können. Wir werden im Wirtschaftsausschuss die Beratungen fortsetzen.

Kai Vogel [SPD]:

Herr Präsident! Schleswig-Holstein war eines der ersten Bundesländer, die die Partizipation von Kindern und Jugendlichen fest verankert haben - gesetzlich ebenso wie in unserer Kultur. Was für Planungsprozesse in der Kommune gilt, funktioniert auch in anderen gesellschaftlich relevanten Feldern. Tatsächlich könnten wir uns eine ganze Reihe von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder an Fragen der Mobilität vorstellen.

Gern gebe ich Ihnen einige Beispiele: Wie sollen Busse und Bahnen ausgestattet sein? Wie machen wir den Schulweg sicherer? Mit welchen Verkehrsmitteln bin/wäre ich gern unterwegs? Was gehört dazu, damit ich mich auf dem Schulweg und in der Freizeit unterwegs sicher fühle? Wo sollte der Verkehr in der Kommune entlanggehen?

Ich bin froh, dass nun auch Kinder bis 14 Jahre in den landesweiten Marktforschungen, die von der Landesweiten Verkehrsservicegesellschaft LVS jährlich beauftragt werden, befragt werden. Unsere Gesellschaft täte darüber hinaus gut daran, Kindern und auch Jugendlichen mehr Mitspracherechte zu geben und mehr Kompetenz zuzutrauen. Als Lehrer weiß ich, wie häufig man erstaunt und erfreut über die Klugheit, Kreativität und Gestaltungsfreude von Kindern ist.

Mobilität von Kindern und Jugendlichen ist auch ein Zukunftsthema. Die Art und Weise, wie wir Kindern Mobilität ermöglichen und nahebringen, wird auch die Anforderungen prägen, die sie später an ihre Mobilität im Erwachsenenalter haben.

Wir sind uns in vielen Punkten einig, in welche Richtung es im demografischen Wandel gehen muss: Im ländlichen Raum werden wir viel häufiger gemeinsam Mobilität organisieren. Das wird nicht nur, aber auch in Nachbarschaftshilfe erfolgen. Auch Anforderungen, die wir an öffentliche Daseinsvorsorge formulieren, werden in die Mobilität von morgen einfließen. Umso wichtiger, dass Kinder die Möglichkeit haben, Mobilität auch jenseits von „Taxi Mama“, Individualverkehr und möglichst vielen PS kennenzulernen.

Kleine Kinder fahren auf rund 60 % ihrer Wege im Auto mit. Das ist nachvollziehbar, auch wenn wir uns wünschen würden, dass bei Kindern unter fünf Jahren der Weg in die Kita und andere Wege zu Fuß oder mit dem Rad oder Bus selbstverständlich sind. Da sind andere Länder, in denen das Wetter auch nicht besser ist als hier, wie Dänemark, die Niederlande oder Schweden, weiter. Dass allerdings auch Kinder zwischen neun und 13 Jahren rund ein Drittel ihrer Wege im Auto zurücklegen, erscheint mir recht viel. Ich kann mir vorstellen, dass bei einer stärkeren Partizipation von Kindern und Jugendlichen an der Mobilitätsplanung mehr Selbstständigkeit herauskommt.

Der Bericht der Landesregierung macht deutlich, was es schon gibt: Das Ferienticket ist toll, um Schleswig-Holstein kennenzulernen. Mobilitätstage können dazu beitragen, die Vielfalt der Verkehrsmittel kennenzulernen. Busschulen wie die HVV-Schulberatung lehren informativ und unterhaltsam über Einsteigen, Umsteigen, Aussteigen und alles was dazugehört.

Ich weiß aus eigener Erfahrung: Wer die HVV Rallye durchlaufen hat, hat nicht nur eine Menge Spaß, sondern auch keine Angst mehr, ohne die Eltern die S- und U-Bahn zu nutzen.

In der letzten Landtagstagung habe ich deutlich gemacht, dass wir noch mehr Vernetzung brauchen, auch zwischen öffentlichem Personennahverkehr und dem Rad. Wer sein Fahrrad sicher an einem Bahnhof oder einer Bushaltestelle untergebracht weiß, fährt viel ruhiger und auch mit mehr Freude im ÖPNV. Das wird auch vielfältiger Mobilität von Kindern zugutekommen. Sicherheit und Attraktivität des Radverkehrs und der öffentlichen Verkehrsmittel müssen gewährleistet und gesteigert

(Kai Vogel)

werden. Und auch ein fahrscheinloser ÖPNV könnte Mobilität erleichtern, übrigens nicht nur für Kinder und Jugendliche.

Ich bin überzeugt, dass die Mobilität von Kindern und Jugendlichen ausbaufähig ist. Denn jeder, der als Kind gerne mit dem Fahrrad gefahren ist, behält diese Leidenschaft meist bei. Ebenso verhält es sich beim ÖPNV. Das sollten wir nutzen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung hat hier heute ihren Bericht zur Mobilität von Kinder und Jugendlichen vorgelegt. Er ist ein erster guter Schritt und zeigt deutlich auf, dass das Fahrrad und der öffentliche Personenverkehr gerade für Kinder und Jugendliche eine wichtige Rolle spielt. Sehr ausführlich stellt der Bericht die Organisation von Zug- und Busverkehr dar. Ausgerechnet hier wird viel zu sehr nebeneinanderher gearbeitet. Besonders problematisch wird dieses dann auf dem Land, wo praktisch nur noch Schulbusse fahren. Zudem äußert er sich zum fahrscheinlosen Nahverkehr. Als elektronische Fahrkarte sei er modellhaft in Erprobung und als kostenlose Gemeinschaftsleistung nicht finanzierbar. So, nun wissen wir das. Schön, aber was machen wir mit der Erkenntnis?

Der ADAC-Studie „Mobilität von Kindern“ nach machen Schulwege nur circa 30 % der Wege von Kindern aus. Die überwiegende Zahl der Fahrten wird also gemacht, wenn die Schulbusse nicht fahren. Kein Wunder, das der überproportionale Anteil von Zug und Bus bei Kindern und Jugendlichen mit Erreichen des Führerscheinalters drastisch abnimmt.

Wir Grüne sagen, dass ÖPNV so gestaltet werden muss, dass er auch außerhalb der Schule nutzbar wird, und zwar auch auf dem Land. Das wird zuerst etwas kosten, aber jeder gute Unternehmer weiß: Kinder sind die Kunden von morgen. Rechnen Sie einmal die Einnahmen aus, wenn alle Bürger so viel Zug und Bus führen wie Kinder und Jugendliche. Zwei- bis dreimal so viele Fahrgäste hätten wir und damit auch Einnahmen.

Ähnliches trifft auf das Radfahren zu. Kinder selbständig unterwegs sein zu lassen, ist volkswirtschaftlich eine Investition in die Zukunft, eine Investition mit hoher Rendite. Sie sind meist aktiver, da sie nicht erst warten müssen, bis sie jemand fährt. Damit haben sie auch mehr soziale Kontakte und nicht nur geklickte Freunde auf einem Sozialnetz-

werk. Sie sind meistens auch sicherer im Verkehr, da sie mehr Erfahrung haben. Das senkt später die Unfallquote.

Zudem sind sie meist fitter - sowohl geistig als auch körperlich. Verstärktes Bringen der Schüler zur Schule setzt sich als Gewohnheit später fest und führt auch im Erwachsenenalter zu mangelnder Bewegung im Alltag. Neulich berichtete die „KN“, wie sich das auswirken kann: Von 247 Bewerbern bei der Feuerwehr Kiel bestanden nur 100 den Sporttest. Das kostet.

Sogar der ADAC bemängelt, dass die selbständige Mobilität von Kindern zurückgeht. Wir müssen die selbständige Mobilität von Kindern und Jugendlichen fördern und als Gemeinschaftsaufgabe verstehen. Wir müssen sie auch als Gesamtpaket knüpfen. Das darf sich nicht auf die Schulwege beschränken, sondern muss unbedingt die Freizeit- und Alltagswege einbeziehen. Das gilt insbesondere für die für Kinder und Jugendlichen besonders wichtigen Verkehrsmittel Zug und Bus sowie dem Fahrrad. Fahrradfahren muss gerade für Kinder sicher sein, auch wenn dieses heißen sollte, dass wir Autofahrer langsamer fahren müssen. Diese Sekunden müssen Kinder uns einfach wert sein. Wir können doch schließlich nicht die Kinder drinnen einsperren, damit die Autos „draußen spielen“ können.

Meine Damen und Herren, sie sehen: Wir haben viel zu tun im Wirtschaftsausschuss, aber kaum eine Aufgabe ist so wichtig wie diese. Kinder sind die Zukunft, und die Mobilität ist ein zentraler Bestandteil des Lebens. Was für Kinder gut ist, kann auch für uns Erwachsene nicht schädlich sein.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dem schriftlichen Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie ist nicht viel Neues oder gar Weltbewegendes zu entnehmen.

Wenig überraschend heißt es dort zum Einstieg in die Thematik auf Seite drei:

„Insgesamt liegen dem federführenden Ministerium ... nur wenige Informationen zu Mobilität von Kindern und Jugendlichen vor.“

Dies ist zu Beginn des 14 Seiten starken Machwerks immerhin schon eine beachtliche, wenn auch ehrliche Ansage.

Daten über die Organisation und Finanzierung des Schulverkehrs, der einen Großteil der Mobilität von Kindern und Jugendlichen - ich möchte fast sagen -

(Christopher Vogt)

zwangsläufig ausmacht, liegen nicht vor. Immerhin kann der Bericht darüber Aufschluss geben, dass während:

„im Hamburger Randbereich die verschiedenen Verkehrsträger in der Regel gut vertaktet sind, ... in den ländlichen und nördlichen Regionen Schleswig-Holsteins Bus und Bahn selten aufeinander abgestimmt (sind).“

Damit haben wir eine der Kernaussagen des Berichtes. Eine weitere findet sich wenige Seiten später. Die Untersuchung zum Mobilitätsverhalten der Jugendlichen in Schleswig-Holstein bringt wenig Erstaunliches zu Tage. Dort heißt es auf Seite 9:

„Als Hauptgrund für die Nutzung des ÖPNV wird die Nichtverfügbarkeit eines Autos angegeben bzw. dass kein Führerschein vorliegt.“

Bei den von den Kindern genutzten Verkehrsmitteln spielt der ÖPNV eine „untergeordnete Rolle“ und wird „im Wesentlichen als Möglichkeit zur Schülerbeförderung wahrgenommen“. - Na so was!

Die Herausforderungen, die sich der ÖPNV in Zukunft stellen muss, sind vielfältig. Angesichts des demografischen Wandels muss sich der ÖPNV nicht nur auf sinkende Schülerzahlen einstellen, sondern muss ebenso sein Fahrplanangebot wegen der zunehmenden Ganztagsangebote an den Schulen merklich ausweiten.

Besonders schön fand ich auf Seite 10 unter der Überschrift „4. Verschiedene Projekte“ folgenden Satz:

„Ein Großteil der Schülerinnen und Schüler nutzt täglich (zwangsweise) den ÖPNV.“

Ich fühle mich dabei ungewollt an meine eigene Schulzeit zurückversetzt. Damals waren die Busse nach der vierten - meiner - Haltestelle derart überfüllt, dass der lange Weg zur Schule zumindest in dieser Hinsicht selten eine Freude war.

Dass es sich bei den Schülerinnen und Schülern um potenzielle Nutzer von morgen handelt, hat der ÖPNV glücklicherweise erkannt und hat entsprechende Projekte, die beispielhaft im Bericht aufgeführt sind, auf den Weg gebracht.

In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein herrschen ganz andere Bedingungen als beispielsweise in Hamburg. Dort schaut niemand mehr auf einen Fahrplan - dort geht man einfach zur Haltestelle und wartet höchstens 10 Minuten, bis Bus oder Bahn die Fahrgäste an ihr gewünschtes Ziel bringen.

Dass wir derartige Taktungen in Schleswig-Holstein nicht ermöglichen können, ist leider so - Schüler wie auch Pendler können hiervon ein Lied singen.

Das Fazit des Berichtes ist absolut zutreffend. Eine verbesserte Abstimmung zwischen den einzelnen Akteuren ist unerlässlich.

Ich begrüße daher die Pläne für den Aufgabenträgerverbund nah.sh GmbH ausdrücklich. Nur mit einem guten und verlässlichen Angebot auch für die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein ist der ÖPNV auch für die Zukunft gewappnet. - Vielen Dank für die wohlwollende Aufmerksamkeit.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche. Insofern ist es richtig und wichtig, dass wir uns heute mit diesem Thema befassen. Auf den Fahrradverkehr gehe ich dieses Mal allerdings nicht dezidiert ein. Dieses Thema wurde schon in der Antwort auf die Große Anfrage „Fahrradverkehr in Schleswig-Holstein“ detailliert beleuchtet.

Der vorliegende Bericht zeigt: Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein sind mobil, sie nutzen verschiedene Verkehrsmittel in unterschiedlicher Intensität - je nach Alter: Die ganz Kleinen sind entweder unter anderem als Mitfahrer im Auto unterwegs oder legen Wege zu Fuß zurück, ältere Kinder nutzen verstärkt das Fahrrad oder den ÖPNV. Bei der Altersstufe der 18- bis 25-Jährigen sinkt dann wieder der Anteil derer, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind. Der ÖPNV ist also stark von den Schülerverkehren geprägt.

Schülerbeförderung ist eine Pflichtaufgabe. Insbesondere in den ländlichen Räumen ist der ÖPNV auf diesen Bedarf stark ausgerichtet. Das ist natürlich richtig so, weil alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein zur Schule kommen sollen. Hier liegen aber schon jetzt und erst recht in Zukunft große Herausforderungen.

Sinkende Schülerzahlen in den ländlichen Räumen bedeutet mehr Verkehr. Das klingt erst einmal paradox. Weniger Schülerinnen und Schüler heißt aber: weniger Schulstandorte in der Fläche und somit längere Wege vom Wohnort zur Schule, also mehr Individualverkehr und mehr Bedarf an Schülerbeförderung. Hinzu kommt die freie Wahl der Schule

(Minister Reinhard Meyer)

- auch hierdurch entstehen neue Beförderungsbedürfnisse. Hierauf müssen wir uns einstellen.

Die Fokussierung auf die Schülerverkehre hat allerdings schon jetzt den Nachteil, dass andere Mobilitätsbedürfnisse vom Angebot des ÖPNV nicht genügend berücksichtigt werden. Dies gilt ausdrücklich nicht für die Städte und auch nicht für die Kreise im Hamburger Umland, die an das Netz des HVV angeschlossen sind. Hier gibt es ein gut „vertaktetes“ ÖPNV-Angebot.

In den weniger dicht besiedelten Gebieten sind die Angebote von Bus und Bahn jedoch nicht immer gut genug aufeinander abgestimmt. Die Kleinteiligkeit bei Zuständigkeit und Verantwortlichkeit im Bereich der Mobilität von Kindern und Jugendlichen ist der Vielzahl an Akteuren geschuldet, die hier tätig sind: Es gibt die Aufgabenträger, die Schulträger, die Gemeinden, die Verkehrsunternehmen, die Schulen und natürlich die Kinder und Jugendlichen selbst. Sie alle haben eine eigene Interessenlage. Ein Ausgleich all dieser Interessen kann nur auf lokaler Ebene erfolgen. Es ist aber notwendig, auf übergeordneter Ebene regionale Vereinbarungen in Einklang zu bringen - im Interesse aller und im Interesse eines starken ÖPNV.

Deshalb ist jetzt, parallel zu dieser Landtagssitzung, ein eigener schleswig-holsteinischer Aufgabenträgerverbund mit dem Namen nah.sh-GmbH gegründet worden. Dieser Verbund dient dazu, dass sich die verschiedenen Verkehrsunternehmen besser abstimmen, und zwar kreisübergreifend und verkehrsmittelübergreifend - zum Nutzen aller Fahrgäste, ob jung oder alt. Wir brauchen zum Beispiel abgestimmte Konzepte zum Umgang mit Schulanfangs- und Endzeiten, wir brauchen mehr Koordination zwischen Bus und Bahn, wir wollen einen verbesserten SH-Tarif - SH-Tarif 2.0 -, gemeinsame Qualitätsmaßstäbe, ein zentrales Beschwerdemanage-

ment, Echtzeitinformation und Konzepte für die „letzte Meile“. Ein gemeinsamer Verbund gibt darüber hinaus die Möglichkeit, E-Ticketing-Lösungen voranzutreiben.

Für all das ist ein starker Verbund notwendig, um den ÖPNV in Schleswig-Holstein zukunftsfest aufzustellen. Dies ist der Landesregierung ein wichtiges Anliegen. Deshalb haben wir auf der Verkehrsministerkonferenz vergangene Woche auch so hart um einen Kompromiss aller Länder zum Thema Regionalisierungsmittel gekämpft. Es ist uns gelungen, einen einstimmigen Beschluss herbeizuführen. Dies ist ein starkes Signal Richtung Berlin: Die Länder konnten sich - trotz unterschiedlichster Voraussetzungen und Bedarfe - auf eine gemeinsame Linie verständigen. Diese basiert auf einem neuen Verteilungsschlüssel, dem „Kieler Schlüssel“.

Die Landesregierung arbeitet also mit großem Engagement daran, gute Rahmenbedingungen für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu schaffen. Dies gilt insbesondere für den ÖPNV, auf den gerade Kinder und Jugendliche angewiesen sind. Deshalb unterstützen wir auch gern Projekte, die Kindern und Jugendlichen den ÖPNV nahebringen - mit zweierlei Zielrichtung: Wir wollen Kinder und Jugendliche als die „Nutzer von morgen“ gewinnen. Und wir wollen Kinder und Jugendliche für das Thema Sicherheit sensibilisieren.

Wir wollen also verstärkt für den ÖPNV werben, wir wollen das ÖPNV-Angebot in Schleswig-Holstein verbessern, und wir wollen Kindern und Jugendlichen Mobilität ermöglichen, die sie sicher ans Ziel bringt.